



Plenarprotokoll

10. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 27. September 2000

Verbraucherberatung Schleswig-Holstein e.V.	652	Heinz Maurus [CDU], zur Geschäftsordnung	654
Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/415		Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie.....	655, 718
Heinz Maurus [CDU].....	652	Martin Kayenburg [CDU]	661
Beschluss: Dringlichkeit bejaht und als Punkt 34 a in die Tagesordnung ein- gereiht	653	Lothar Hay [SPD]	670
Harmonisierung der Wettbewerbsbedin- gungen	653	Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	677, 712
Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/416		Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	685, 718
Holger Astrup [SPD].....	653	Anke Spoorendonk [SSW].....	693
Reinhard Sager [CDU]	653	Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	700
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	653	Reinhard Sager [CDU]	706
Beschluss: Dringlichkeit bejaht und als Punkt 34 b in die Tagesordnung ein- gereiht	654	Günter Neugebauer [SPD]	709
Gemeinsame Beratung	654	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	714
a) Erste Lesung des Entwurfs eines Ge- setzes über die Feststellung des Haus- haltsplanes 2001 (Haushaltsgesetz 2001)	654	Thomas Stritzl [CDU]	717
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/290		Beschluss: Überweisung an den Finanz- ausschuss und alle übrigen Ausschüsse	719
b) Finanzplan des Landes Schleswig-Hol- stein 2000 bis 2004	654	Erste Lesung des Entwurfs eines Geset- zes zur Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften	720
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/337		Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/374	
		Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	720
		Martin Kayenburg [CDU]	721
		Gisela Böhrk [SPD]	722
		Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	724
		Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	725
		Anke Spoorendonk [SSW].....	726
		Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss	727

Gemeinsame Beratung	727
a) Ladenöffnungszeiten	727
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/377 (neu)	
b) Abschaffung des Gesetzes über den Ladenschluss	727
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/388	
c) Innenstädte und „Tante Emma“ stärken	727
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/418	
Roswitha Strauß [CDU]	727
Wolfgang Baasch [SPD]	729
Dr. Heiner Garg [F.D.P.]	729, 733
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	731
Lars Harms [SSW]	732
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	733
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	734
Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss und den Wirtschaftsausschuss ..	735

* * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 5. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Beurlaubt ist Frau Abgeordnete Kleiner; erkrankt sind Frau Ministerin Moser und Frau Abgeordnete Tenor-Alschausky. Ich wünsche den Erkrankten gute Genesung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich zu erheben. - Am 14. August verstarb der ehemalige Abgeordnete und Landtagspräsident Dr. Paul Rohloff. Der Verstorbene gehörte dem Schleswig-Holsteinischen Landtag von 1950 bis 1971 als Mitglied der CDU-Fraktion an. In der Zeit von 1964 bis 1971 war Dr. Rohloff Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Mit außerordentlich hohem Sachverstand und seinen Engagement über die Landesgrenzen hinaus hat sich Dr. Rohloff für das Land Schleswig-Holstein und seine Menschen eingesetzt und verdient gemacht. Sein vorbildliches Wirken bleibt unvergessen.

Am 12. August verstarb zudem der ehemalige Abgeordnete des Schleswig-Holsteinischen Landtages Fritz Latendorf. Der Verstorbene gehörte dem Schleswig-Holsteinischen Landtag von 1962 bis 1992 an. Auch er war Mitglied der CDU-Fraktion. In der Zeit von 1979 bis 1988 war Fritz Latendorf stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. Neben seinem hohen fachlichen Können und seinem außerordentlichen Engagement wurde Herr Latendorf über alle Fraktionsgrenzen hinweg für sein integres und schlagfertiges Wesen sehr geschätzt.

Wir werden den beiden Verstorbenen ein bleibendes Andenken bewahren. Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben; ich danke Ihnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktion der CDU hat einen Dringlichkeitsantrag eingereicht.

Verbraucherberatung Schleswig-Holstein e.V.

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/415

Das Wort zur Begründung der Dringlichkeit erhält Herr Abgeordneter Maurus.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident, wir haben die Begründung in dem Antrag deutlich gemacht.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen zur Begründung der Dringlichkeit sehe ich nicht. Ich möchte das Haus auf unsere Geschäftsordnungsbestimmung in § 51 Abs. 3 aufmerksam machen, wonach eine Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich ist. Wer die Dringlichkeit des Antrages bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Dringlichkeit bejaht und der Dringlichkeitsantrag in die Tagesordnung aufgenommen. Wir werden ihn als Punkt 34 a in die Tagesordnung einreihen. Ich bitte die Fraktionen, sich über die Redezeiten zu verständigen und mir einen Vorschlag über den Zeitpunkt des Aufrufs zu machen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben einen weiteren Dringlichkeitsantrag eingereicht.

Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/416

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abgeordneten Astrup.

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind der Auffassung, dass wir uns nicht nur wegen der Demonstration vor dem Haus, sondern auch wegen der schnellen Entwicklung, die wir insbesondere auf Berliner Bühne zu diesem Thema erleben, eine Meinung bilden sollten, wie wir die Wettbewerbsverzerrung auf europäischer Ebene, die es zweifellos gibt, eingrenzen, am liebsten abschaffen könnten. Wir möchten diese Diskussion mit Ihnen gern heute führen und schlagen verfahrenstechnisch vor, diesen Antrag, wenn seine Dringlichkeit denn bejaht wird, in den Tagesordnungspunkt 31 - Ökosteuer - einzureihen. Dann hätten wir eine verbundene Debatte, hätten einen Zeitersparnis und könnten trotzdem umfangreich diskutieren. Ich bitte Sie um Zustimmung.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Als weiterer Redner hat Herr Abgeordneter Sager das Wort zur Begründung der Dringlichkeit.

(Reinhard Sager [CDU]: Gegen die Dringlichkeit!)

Reinhard Sager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte gegen die Dringlichkeit dieses Antrages sprechen.

(Widerspruch bei der SPD)

Wir haben gerade eben vom Kollegen Astrup nichts gehört, was die Dringlichkeit im Besonderen begründet. Wir sind gleichwohl der Auffassung, dass dieser Antrag thematisch zu dem CDU-Antrag, der heute Nachmittag beraten wird, zur Gesamthematik der Ökosteuer gehört. Es handelt sich hier um einen Ergänzungsantrag, Änderungsantrag oder Zusatzantrag, den die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorlegen. Ein Dringlichkeitsantrag ist dies nach dem Sinn der Geschäftsordnung nicht. Herr Kollege Astrup, wir sind gleichwohl dafür, dass wir das heute Nachmittag in die Debatte über die Ökosteuer mit einreihen, weil wir in der Tat der Überzeugung sind, dass dies in den Gesamtkomplex Ökosteuer mit hinein gehört.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Was denn nun?)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ebenfalls zur Begründung der Dringlichkeit hat Frau Abgeordnete Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Sager, natürlich können wir uns immer darüber streiten, was dringlich ist oder nicht. Wir haben die Geschichte mit der Verbraucherzentrale - großzügigerweise - durchgehen lassen. Seit Wochen liegt die Streichliste der Landesregierung zu den Förderprogrammen vor und Sie haben das Thema erst als dringlich erkannt, als Sie merkten, dass hier eine Pressekonferenz läuft, und außerdem steht das Thema im Rahmen der heutigen Haushaltsdebatte sowieso auf der Tagesordnung.

(Holger Astrup [SPD]: Richtig!)

Trotzdem haben wir die Dringlichkeit bejaht, weil Sie das gern extra diskutieren möchten.

Der andere Punkt, den wir jetzt haben, ist, dass draußen auf der Straße - Sie haben das gesehen - zig LKWs, Traktoren und so weiter stehen,

(Reinhard Sager [CDU]: Das wissen Sie erst seit gestern? - Weitere Zurufe von der CDU)

die zu Recht gern möchten, dass wir uns nicht nur mit

(Monika Heinold)

der Ökosteuer, sondern vor allem mit der Frage der Wettbewerbsverzerrung in Europa beschäftigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Angesichts dieser Demonstration ist es durchaus ein Antrag, der dringlich ist. Wir möchten ihn morgen zusammen mit der Ökosteuer diskutieren, obwohl das eigentlich zwei unterschiedliche Themen sind.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig!)

Trotzdem können wir eine verbundene Debatte führen. Ich bitte Sie herzlich, unseren Antrag als Dringlichkeitsantrag anzuerkennen. Wenn nicht, werden auch wir hinsichtlich der Dringlichkeit Ihrer Anträge in Zukunft schärfere Maßstäbe anlegen. Das ist kein Problem.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen zur Begründung sehe ich nicht.

Wir werden jetzt über die Dringlichkeit abstimmen. Ich verweise auf § 51 Abs. 3 der Geschäftsordnung. Wer der Dringlichkeit dieses Antrags zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Zwei Drittel der abgegebenen Stimmen wurden erreicht, damit ist die Dringlichkeit befürwortet.

Herr Astrup, entgegen Ihrer geschäftsleitenden Bemerkung werden wir diesen Antrag als Punkt 34 b in die Tagesordnung einreihen. Bitte verständigen Sie sich über den Zeitpunkt des Aufrufs und über die Redezeiten.

Ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich darüber verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 3, 4, 7, 18, 19, 21, 24 und 28 sowie 40 ist eine Aussprache nicht geplant. Der Punkt 46 soll von der Tagesordnung abgesetzt werden. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 2 und 44 - Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans 2001 und Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2000 bis 2004 - die Tagesordnungspunkte 10 bis 12 - Rechtsextremismus - die Tagesordnungspunkte 17 und 25 - Zielvereinbarung zwischen dem Land und den Hochschulen - die Tagesordnungspunkte 23 und 34 - Ladenöffnungszeiten - sowie die Tagesordnungspunkte 36, 37, 41 und 47 - 9. Ostseeparlamentarierkonferenz, Aktivitäten im Ostseeraum,

Erweiterungsprozess der EU und Sicherheitskooperation im Ostseeraum.

Fragen zur Fragestunde liegen nicht vor.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung.

Ferner wurde mir mitgeteilt, dass sich die Fraktionen verständigt haben, die Tagesordnungspunkte 32, 33, 35, 38, 42 und 45 von der Tagesordnung abzusetzen sowie die Tagesordnungspunkte 8 und 43 in dieser Tagung ohne Aussprache zu behandeln.

Unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause werden wir jeweils bis längstens 18:00 Uhr tagen. Widerspruch höre ich nicht, dann werden wir so verfahren.

Bevor wir uns jetzt ins Alltagsgeschäft stürzen, möchte ich Herrn Abgeordneten Malerius ganz herzlich im Namen des Hauses zu seinem heutigen Geburtstag gratulieren. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Beifall)

Auf der Tribüne begrüßen wir Besucher des Gymnasiums Eckhorst, Bargtheide. Herzlich Willkommen!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 2 und 44 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/290

b) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2000 bis 2004

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/337

(Wortmeldung des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Bevor ich die Debatte eröffne, erteile ich Herrn Abgeordneten Maurus zu einem Geschäftsordnungsantrag das Wort.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident! Sie haben soeben bei der Abstimmung über den Antrag der SPD die Dringlichkeit festgestellt. Ich zweifle dieses Ergebnis an.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Die war zweifelsohne gegeben, zwei Drittel der Stimmen wurden erreicht, daran hat es keine Zweifel gegeben. Ich will die Abstimmung nicht wiederholen lassen, das Ergebnis war eindeutig. Ungefähr 40 Abgeordnete haben dem Antrag zugestimmt und ungefähr 15 haben nicht zugestimmt. Tut mir leid!

Ich eröffne die Debatte und erteile dem Herrn Minister für Finanzen und Energie das Wort.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute den **Haushaltsentwurf 2001** und die **Finanzplanung** bis zum Jahr 2004 vor. Dies ist der letzte Haushalt, den wir in DM aufstellen. Ab 2002 gibt es einen Eurohaushalt. Es ist der erste Haushalt, den wir dem Landtag im Intranet und auf CD-ROM zur Verfügung gestellt haben. Wir haben im Finanzausschuss über einige technische Schwierigkeiten beim Anklicken diskutiert und werden wohl noch weiter diskutieren. Es ist weiterhin der erste Haushalt dieser Legislaturperiode und damit der erste Haushalt, den die neue Landesregierung verantwortet.

Das **Land Schleswig-Holstein** muss heute in seine **Zukunft** investieren, um die Zukunftschancen seiner Bürgerinnen und Bürger zu wahren. Das Land Schleswig-Holstein muss heute zugleich sparen, um unseren Kindern morgen nicht die Gestaltungsspielräume zu verbauen. Wir dürfen uns nicht die Last erleichtern, indem wir sie als Schulden in die Zukunft verschieben. Deshalb wollen wir die Nettoneuverschuldung bis 2008 auf Null reduzieren.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD]
und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mut zu Zukunftsinvestitionen und Konsequenz bei der Fortsetzung der **Konsolidierung** des Landeshaushalts gehören zusammen. Wir sparen für die Zukunft im eigenen Land und unsere Schwerpunkte sind die Schaffung von Arbeitsplätzen, mehr Bildung für unsere Kinder und Jugendlichen und ein ökologischer und technologischer Innovationsschub für unser Land. Deshalb gilt: Mehr Geld für mehr Lehrer und mehr Geld für die Finanzierung unseres Programms „Zukunft im eigenen Land“ einschließlich ASH.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An morgen denken, heute handeln. Auf diese Formel hat die Ministerpräsidentin dies in ihrer Regierungserklärung gebracht. Wir wollen die **Nettoneuverschuldung** bis 2008 auf null senken, obwohl wir wissen, dass uns die Auswirkungen der Steuerreform in den

nächsten Jahren dramatisch treffen. Durch die ebenso richtungweisende wie mutige Steuerreform 2000 hat die Bundesregierung den Reformstau der Ära Kohl beendet. Die Reform wird der Wirtschaft unseres Landes erhebliche Impulse geben. Das deutsche Steuerrecht ist jetzt international wettbewerbsfähig. Die steuerlichen Entlastungen der Verbraucher schaffen zusätzliche Kaufkraft und die Mittelstandskomponenten in diesem Paket kommen gerade unserer Wirtschaftsstruktur in Schleswig-Holstein entgegen. Hierfür haben wir uns im Vermittlungsausschuss besonders eingesetzt.

Aus all diesen Gründen haben wir dem **Steuerreformpaket** im Bundesrat zugestimmt, zumal auch wesentliche Forderungen des Landtags erfüllt wurden. Wir haben wohl wissend zugestimmt, dass der Preis für unser Land und unseren Landeshaushalt zunächst einmal sehr hoch ist. Wir schätzen die Kosten für die Entlastung der Wirtschaft und der Bürgerinnen und Bürger im kommenden Jahr auf 1,5 Milliarden DM. Dem stehen für das Land und die Kommunen Steuermindereinnahmen von 750 Millionen DM gegenüber.

Allein im Jahre 2001 muss Schleswig-Holstein eine Summe von 488 Millionen DM zur Finanzierung dieser Reform verkraften. Von 2001 bis 2004 wird sich dieser Betrag nach KFA auf 1,2 Milliarden DM belaufen. Für die Kommunen beläuft sich dieser Betrag auf 533 Millionen DM.

Die Aufgabe, die wir bei den Eckdaten dieses Haushalts zu lösen hatten, lautete in Stichworten: Einnahmeneinbrüche auffangen, inhaltliche Schwerpunkte der Landespolitik finanziell absichern, zwangsläufige Mehrausgaben bewältigen und dies alles schließlich mit Haushaltsdaten zu verbinden, die einen deutlichen Beitrag zur Konsolidierung der Landesfinanzen darstellen. Es ist und bleibt ein mehrfacher Spagat zwischen dem berechtigten Wunsch der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft nach Steuererleichterungen, den ebenso berechtigten Wünschen nach mehr Bildung, besserer Infrastruktur und einer ordentlichen Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen und der unabwiesbaren Verpflichtung zur Konsolidierung des Haushalts, den wir zu leisten haben.

Im Einzelnen bedeutet das: Wir haben die Belastung aus der Steuerreform, die ich bereits erläutert habe. Nach KFA sinken die **Steuereinnahmen** im kommenden Jahr um 166 Millionen DM gegenüber den im Mai vorigen Jahres geschätzten Steuereinnahmen. Dem gegenüber stehen zwangsläufige **Mehrausgaben**, von denen ich hier nur drei nennen will: 32 Millionen DM für Zinsen, 38 Millionen DM für BAföG und Wohngeld und 78 Millionen DM für den Anstieg der Beamtenpensionen. Auf diese zusätzlichen Ausgaben haben

(Minister Claus Möller)

wir faktisch keinen Einfluss. Rund 60 Millionen DM Mehrausgaben sind hingegen politisch gewollt, weil sie unserer zukunftsorientierten Schwerpunktsetzung entsprechen. Ich nenne die Lehrer, die Wettbewerbs-hilfe und die komplementären Mittel zur Finanzierung des „ziel“-Programms.

Die so gesetzten **Haushaltseckdaten** sind Ihnen bekannt. Die Nettoausgaben betragen 14,9 Milliarden DM. Bereinigt um durchlaufende Mittel der EU beträgt die Steigerungsrate der Nettoausgaben nur 0,9 %. Die Neuverschuldung sinkt um 43 Millionen. Die Kreditfinanzierungsquote sinkt von 6,6 % auf 6,2 % - eine sehr gute Zahl -, aber die Zinsausgabenquote stagniert nach wie vor bei hohen 12 %. Die Ausgaben für die Investitionen belaufen sich auf über 1,5 Milliarden DM; das sind etwa 10,1 %. Die bereinigte Personalkostenquote sinkt um 0,4 %.

Selbsternannte Steuerschätzer haben durch völlig unrealistische Prognosen in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen seien die größten Hindernisse bereits überwunden.

Es gibt natürlich auch gute Nachrichten. Die **Wirtschaft** in Deutschland, in Euroland, befindet sich auf **Wachstumskurs**. Die Arbeitslosigkeit sinkt.

(Zurufe von der CDU)

Und der Bundesfinanzminister hat mit seiner Versteigerung der UMTS-Lizenzen und der richtigen Entscheidung, den Erlös von knapp 100 Milliarden DM für die Schuldentilgung des Bundes zu verwenden, ein wichtiges Signal gesetzt. Betrachten wir konkret die Situation in Schleswig-Holstein, so können wir mit dem bisherigen restriktiven Vollzug des laufenden Haushalts 2000 zufrieden sein. Aber beim Blick in die nächste Zukunft gibt es keinen Grund zur Euphorie und keinerlei Spielraum, vom Konsolidierungskurs abzuweichen.

Lassen Sie mich bei den **UMTS-Lizenzen** beginnen. So sehr ich ja dem Kollegen Hans Eichel gönne, dass sich bei ihm das Sprichwort „Das Glück hilft dem Tüchtigen“ eindrucksvoll bewahrheitet,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

so eindringlich muss ich auf unsere Belastungen hinweisen. Bekanntlich kann der Kaufpreis von der Steuer abgesetzt werden. Wir haben das in einer Kleinen Anfrage beantwortet. Und inwieweit sich die im Abschreibungszeitraum von 20 Jahren auf 800 Millionen DM addierbaren Steuerverluste wirklich kompensieren durch neue Wachstumsimpulse dieser Technologie und durch neue Arbeitsplätze, bleibt abzuwarten. So erfreulich es ist, dass eine Firma in unserem Land den

Zuschlag bekommen hat, so ist das in jedem Fall für die Standortgemeinde ein Problem.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Weitere steuerliche **Einnahmerisiken** ergeben sich aus der Absetzbarkeit der Beiträge der Wirtschaft zum Zwangsarbeiterfonds, den steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten der Wirtschaft nach der Steuerreform und aus den geplanten sozialen Maßnahmen zur Abpufferung der Mineralölpreiserhöhungen.

Ich habe nur kurz überschlagen können, was dies für uns bedeutet: Nur die Entfernungspauschale und nur der Heizkostenzuschlag für Wohngeldempfänger - BAföG und Sozialhilfe habe ich noch nicht berechnen können - machen einen Betrag von 50 Millionen DM aus.

Ich denke, es ist richtig, zu dieser Entlastung zu kommen, aber, lieber Hans Eichel, so nicht! Darüber, wer die Kosten trägt, wird zu sprechen sein. Wir nicht allein!

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] - Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Die steuerlichen **Auswirkungen der Rentenreform** habe ich noch nicht eingerechnet. Auch wenn 19 Milliarden für das Jahr 2008 im Raume stehen, gehe ich davon aus, dass sie im Jahre 2001 vielleicht noch nicht greifen.

So lässt sich das gute Zwischenergebnis des Haushaltsvollzugs zum Halbjahr 2000 nicht auf das Jahresergebnis 2000 hochrechnen und auf gar keinen Fall auf das Haushaltsjahr 2001 und den Finanzplanungszeitraum bis 2004.

Sie wissen, dass durch ein **Bundesverfassungsgerichtsurteil** die neue Regelung des **Familienlastenausgleichs** von 1983 bis 1995 neu veranlagt werden musste. Ich darf Ihnen sagen, dass die Finanzämter unseres Landes im Juli und August dieses Jahres 219.000 geänderte Steuerbescheide herausgegeben haben, aus denen sich eine Erstattung von 49,5 Millionen DM ergeben hat. Ich denke, das ist rechtens, aber es ist ebenfalls ein Einnahmeverlust. Ich möchte mich ausdrücklich bei den Beamtinnen und Beamten in der Steuerverwaltung bedanken, dass sie dieses Verfahren so zügig zusätzlich abgewickelt haben.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Erst die **Steuerschätzung im November** wird zeigen, wie sich die Einnahmen tatsächlich entwickeln. Klar ist aber schon jetzt, dass zum Ausgleich des Haushalts

(Minister Claus Möller)

2001 auch einmalige Einnahmen von rund 400 Millionen DM erforderlich sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo wollen Sie die hernehmen?)

- Ruhig Blut! Hierzu gehören die Einführung einer Oberflächenwasserabgabe,

(Unruhe bei der CDU)

der Verkauf von LEG-Anteilen und des Seefischmarktes sowie globale Mehreinnahmen im Einzelplan 11

(Lachen und Zurufe von der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sagen Sie uns doch, wo Sie diese Einnahmen erzielen werden!)

im Zusammenhang mit den EU-Verfahren gegen die Landesbanken.

(Zurufe von der CDU)

- Hören Sie doch zu!

Was die **LEG** angeht, so laufen die Vorbereitungen planmäßig. Die Verhandlungen können am Ende des ersten Quartals 2001 abgeschlossen sein.

Die im Einzelplan 11 veranschlagten 200 Millionen **globale Mehreinnahmen** sind im Zusammenhang mit dem EU-Verfahren gegen die Landesbanken zu sehen. Hier geht es bekanntlich um die Angemessenheit der Vergütung für die Inanspruchnahme des Haftungskapitals der I-Bank und um die Frage, ob es sich um eine Beihilfe handelt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie gehen davon aus, dass Sie da gewinnen werden?)

Die Vergleichsverhandlungen zwischen der Bundesregierung, dem Land Nordrhein-Westfalen, der WestLB und der EU über diesen angeblichen Beihilfetatbestand für den zurückliegenden Zeitraum sind im Frühsommer nun doch gescheitert, obwohl - wie ich meine - sich gerade der Kollege Steinbrück sehr bemüht hat, zu einem Kompromiss zu kommen. Nun wird der EuGH für den rückwirkenden Teil entscheiden müssen und dieses Verfahren kann sich über das Jahr 2001 hinziehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie gehen davon aus, dass Sie gewinnen, sonst könnten Sie die Einnahmen nicht einstellen!)

- Seien Sie doch nicht so nervös.

(Heiterkeit bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich bin überhaupt nicht nervös!)

Um eine nicht zu verkraftende Belastung durch die Inanspruchnahme des Haftungskapitals der I-Bank

Schleswig-Holstein in Zukunft zu vermeiden, prüfen die Landesregierung und die Landesbank eine Umwandlung des Haftungskapitals in stimmberechtigtes Stammkapital. Das geht vom Grundsatz her.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da hat man doch keine Einnahmen!)

Hierzu ist die Zustimmung aller Anteilseigner erforderlich. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Für den Fall des Scheiterns werde ich dem Landtag über die Nachschiebeliste dann wohl alternative Deckungsvorschläge unterbreiten müssen, die allerdings die politischen Handlungsspielräume weiter einengen werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das Beteiligungskapital ist doch keine Einnahme!)

Ich werde Sie im Rahmen der Finanzausschussberatungen über den Fortgang ausführlich unterrichten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das Ganze ist unglaublich!)

Was nun die **Ausgabenseite** angeht, so haben wir eben die vier großen Ausgabenblöcke:

Die **Zinsen** belaufen sich auf 1,8 Milliarden DM; das sind immerhin 12 %.

Die **Personalausgaben** belaufen sich auf 5,6 Milliarden DM oder 37,2 % der Nettoausgaben und 23,7 % werden für bundesgesetzlich festgelegte Ausgaben und für viele unserer etwa 400 Förderprogramme benötigt.

Die **Zahlungen an die Kommunen** belaufen sich auf knapp 27 Millionen der Nettoausgaben.

(Reinhard Sager [CDU]: Prozent!)

- Danke! Prozent! Vielen Dank, Herr Sager! Einer jedenfalls hört zu.

(Heiterkeit bei der SPD)

- Mindestens einer! Die hohe Belastung durch die **Schuldendienstleistungen** hat sich zunehmend zu einem Sprengsatz nicht nur für unseren Haushalt entwickelt. Sie kennen auch die Dramatik im Bundeshaushalt. Wir haben zwar mit unserem modernen Kredit- und Zinsmanagement den Anstieg der Zinskosten gedrosselt; das waren in den letzten Jahren 370 Millionen DM Ersparnisse. Erstmals hatten wir nach 30 Jahren im letzten Jahr Zinsausgaben, die unter dem Stand des Vorjahres lagen. Aber die Zinssignale gehen dennoch nach oben und die Zinsbelastung wird steigen. Das haben wir auch in der mittelfristigen Finanzplanung unterstellt.

(Minister Claus Möller)

Langfristig aber gilt nur eines. Den Belastungen durch steigende Zinskosten kann nachhaltig nur begegnet werden durch einen **Schuldenabbau** oder zumindest eine Senkung der Nettoneuverschuldung auf null. Deshalb war auch die Entscheidung der Ministerpräsidentin richtig, die Minderausgaben aus der Lehrerverbeamtung ausschließlich zur Senkung der Nettokreditaufnahme zu verwenden.

(Beifall bei der SPD)

Wir konsolidieren durch eine Reduzierung bei den Personalausgaben. Zu bedenken ist natürlich, dass über ein Drittel der **Personalausgaben** auf die Lehrer entfallen, den unbestreitbar politischen Schwerpunktbereich in diesem hohen Hause. Hier sind Kürzungen nicht möglich. Im Haushaltsentwurf sind als eine erste Rate von tausend zusätzlichen Stellen 200 neue Stellen für Lehrer sowie 100 Stellen für Lehramtswärter eingestellt. Die Pensionsausgaben steigen mittelfristig von 1,19 Milliarden DM im Jahre 2000 auf rund 1,40 Milliarden DM im Jahre 2004. Wenn auf Bundesebene nicht parallel zur Rentenreform etwas passiert, können wir das nicht beeinflussen.

In den großen Personalbereichen Polizei, Justiz und Steuerverwaltung, die über 21 % der Personalausgaben ausmachen, sind Einsparungen kaum möglich und ich vermute, politisch auch nicht gewollt. Im Bereich der Hochschulen ist es schwierig genug gewesen, im Rahmen der Zielvereinbarungen die Personalkosten zu überrollen.

Der Anstieg der Personalkosten, wie wir ihn im Haushalt haben, gründet sich im wesentlichen nur auf den Zuwachs der Pensionslasten in Höhe von 78 Millionen DM. Dass die Personalausgabenquote - ich sage einmal: wirklich bereinigt um die Ausgliederung der Hochschulkosten - um 0,4 % zurückgeht, ist erfreulich und wir liegen nach wie vor, was die Personalkosten im Ländervergleich angeht, auf einem Spitzenplatz bei den geringsten Personalausgaben je Einwohner. Es fallen im Personalhaushalt 2001 auch 444 Stellen weg, 153 werden auf die GMSH übertragen. Das sogenannte 1.600-Stelleneinsparprogramm ist erfüllt. Das haben viele bezweifelt. Und wir haben noch einmal 600 Stellen mit kw-Vermerken, die teilweise bis 2028 liefern, bis maximal 2005 befristet. Sie werden in der mittelfristigen Finanzplanung realisiert werden. Die Ressorts haben und werden die Tarif- und Beamtenbesoldungserhöhungen in ihrem Budget auffangen müssen.

Ich komme zum Bereich **Förderprogramme**. Bereits im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, dass alle Förderprogramme des Landes von den jeweiligen Ministerien für den Haushaltsentwurf neu eingeworben und neu begründet werden mussten. Dieser Haushalt ist

das Ergebnis einer solchen generellen Überprüfung. Und die Einschnitte sind ohne Zweifel erheblich. 31 Förderprogramme des Landes werden im Jahr 2001 eingestellt, sieben bis 2004. Weitere 146 Programme werden zum Teil drastisch gekürzt.

Gegenüber den ursprünglichen Anmeldungen zum Haushalt erreichen wir so ein Einsparvolumen von knapp 70 Millionen DM. Insgesamt ist knapp die Hälfte der Förderprogramme von diesen Kürzungen betroffen. Sie addieren sich bis zum Jahr 2004 auf 236 Millionen DM. Bei den Kürzungen hat es kaum politische Tabus gegeben. Das Spektrum reichte vom Sport - ja, Frau Spooendonk - bis hin zu den Minderheiten. Auch wenn die CDU behaupten wird, es sei kaum gespart worden, so wird im vielstimmigen Protest der Betroffenen doch deutlich, wie tief die Einschnitte teilweise sind.

(Zurufe von der CDU)

Ich begrüße es, dass von allen Fraktionen - so habe ich das verstanden - die Notwendigkeit und der Umfang der Kürzungen weitgehend akzeptiert werden.

(Frauke Tengler [CDU]: Ach!)

Die Debatte wird - so vermute ich - über einzelne Punkte geführt werden, nämlich ob man hier oder dort eine Verschiebung vornehmen sollte.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich finde es sehr positiv, dass die Opposition, die im Vorjahr Kürzungen in Höhe von 65 Millionen DM gefordert hat,

(Widerspruch bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

nachdem wir das nun konkretisiert haben, jetzt im Prinzip dazu steht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie können nicht einmal gut rechnen! - Zuruf von der CDU: Tut sie nicht!)

- Das wird sich ja herausstellen.

In einigen wenigen Ausnahmefällen haben wir auch eine Erhöhung der Haushaltsansätze für das kommende Jahr zugelassen oder zulassen müssen. Das ist völlig klar. Ich nenne hier die Werftenhilfe mit einem Plus von 14,4 Millionen DM, die Betriebszuschüsse an den ÖPNV mit einem Plus von 26,5 Millionen DM, die Gemeinschaftsaufgabe mit dem Plus von 14,3 Millionen DM und das Regionalprogramm mit einem Plus von 8 Millionen DM.

(Minister Claus Möller)

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass viele Förderprogramme nicht nur gegenüber den Anmeldungen der Ressorts für das kommende Jahr, sondern auch gegenüber dem laufenden Jahr deutlich reduziert wurden.

Auch der große Ausgabenblock Zahlung des Landes an die Kommunen wird über einen zeitlich befristeten Vorwegabzug einen Beitrag zur Konsolidierung leisten müssen. Der Haushaltsentwurf sieht für die Jahre 2001 bis 2004 einen Vorwegabzug des KFA um 100 Millionen DM vor. Gleichzeitig hat die Landesregierung aber deutlich gemacht, dass der **kommunale Finanzausgleich** nur ein Baustein einer gerechten Lastenverteilung zwischen Land und Kommunen darstellt.

(Klaus Schlie [CDU]: Das haben Sie vor allem im Sonderausschuss deutlich gemacht; sehr überzeugend!)

Auch der Sonderausschuss hat angesichts der dramatischen Haushaltssituation des Landes für einen Konsolidierungsbeitrag der kommunalen Gebietskörperschaften plädiert.

(Reinhard Sager [CDU]: Donnerwetter!)

Es gibt keine Formel, aus der der Betrag von 100 Millionen DM abzuleiten wäre.

(Reinhard Sager [CDU]: Eben, eben! - Klaus Schlie [CDU]: Eben, blamiert haben Sie sich!)

Aber es ist klar, dass ein solcher Konsolidierungsbeitrag notwendig ist, damit wir überhaupt in der Lage sind, einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen.

(Reinhard Sager [CDU]: Unsinn ist das, was Sie erzählen!)

Auch wenn wir den Anlass, die Belastungen durch die Steuerreform betrachten, ist die Kürzung nach meiner Ansicht gerechtfertigt. Das Land wird durch die Steuerreform deutlich stärker als die Kommunen belastet. Unseren Belastungen bis 2004 von 1,23 Milliarden DM stehen Belastungen der Kommunen in Höhe von 533 Millionen DM gegenüber. Das entspricht einer Verteilung der Belastung von 70 zu 30 %. In den sonstigen Belastungsrechnungen - Fonds Deutsche Einheit und anderen - wird immer von einem Belastungsverhältnis von 60 zu 40 % ausgegangen.

Wir haben im Vermittlungsausschuss zum Steuersenkungsgesetz gerade deutliche Verbesserungen für die Kommunen erreicht. Das Land ist durch das Ergebnis des Vermittlungsverfahrens zwar auch mit 107 Millionen DM entlastet worden, die Kommunen allerdings mit 258,3 Millionen DM.

Ich will weder das Land ärmer als arm noch die Kommunen reicher als reich rechnen.

(Klaus Schlie [CDU]: Das ist Ihnen schon einmal nicht geglückt!)

Aber diese Zahlen machen deutlich: Wir wahren die Balance. Es gibt keine einseitige Belastung der Kommunen. Richtig bleibt auch: Die Steuereinnahmen der Kommunen werden trotz Kürzung in den kommenden Jahren etwas stärker ansteigen als die des Landes. Die Finanzkraft der Gemeinden Schleswig-Holsteins ist mit 105 % überproportional hoch. Schleswig-Holsteins Gemeinden haben nach Baden-Württemberg die geringste Verschuldung pro Einwohner, das Land nach dem Saarland die zweithöchste.

(Klaus Schlie [CDU]: Überlegen Sie einmal warum!)

Ich sage, das ist ein Erfolg guter Haushaltspolitik der Kommunen, aber es ist auch der Erfolg eines fairen kommunalen Finanzausgleichs

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Lachen und Widerspruch bei der CDU)

und fairer Zuwendungs- und Erstattungspolitik des Landes.

(Zuruf von der CDU: Das glauben Sie doch selbst nicht! - Reinhard Sager [CDU]: Tosen der Beifall bei der SPD!)

Da können wir uns mit jedem anderen Land, auch mit jedem unionsregierten Land, messen.

Wir wollen die Belastung für die Kommunen jedoch abpuffern. Der Bundesrat wird am Freitag eine von Schleswig-Holstein initiierte Tilgungsstreckung bei den Annuitäten des Fonds Deutsche Einheit beschließen, durch die die Kommunen von 2001 bis 2003 um 76,4 Millionen DM entlastet werden. Weitgehende Einigkeit zwischen Land und Kommunen besteht darüber, dass aus einer Kombination aus Schulbaufonds und kommunalem Investitionsfonds in den nächsten fünf Jahren ein Schulbau- und Sanierungsprogramm in Höhe von 600 Millionen DM realisiert werden soll -

(Klaus Schlie [CDU]: Was hat das miteinander zu tun?)

wir haben einen gewaltigen Nachholbedarf in diesem Bereich -, und ich denke, das ist richtig.

(Klaus Schlie [CDU]: Deswegen greifen Sie den Kommunen trotzdem in die Tasche!)

Ich verweise darauf, dass der Landesrechnungshof die unterschiedliche Finanzsituation der kommunalen Gebietskörperschaften festgestellt hat. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, hier auch interkom-

(Minister Claus Möller)

munal einen Ausgleich zu schaffen, zum Beispiel durch eine differenzierte Kreisumlage. Das ist nur ein Mosaikstein.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] - Zurufe von der CDU)

Über die Deregulierung, Standardabsenkung und eine Funktionalreform wird noch im Laufe dieses Jahres verhandelt und es wird Beschlüsse geben.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Erst dann wird zu beurteilen sein, wie hoch die Belastung der Kommunen wirklich ist.

Zur **mittelfristigen Finanzplanung**: Auch hier muss der Kurs einer nachhaltigen Finanzpolitik beibehalten werden. Im Rahmen unserer Zielsetzung wollen wir die Nettoneuverschuldung auf 634 Millionen DM senken. Selbstkritisch anmerken möchte ich, dass die mittelfristige Finanzplanung noch zu hohe globale Minderausgaben in den Jahren 2002 bis 2004 aufweist. Ihr Abbau bleibt eine vorrangige Aufgabe in der erstmals vorgesehenen Fortschreibung im Rahmen der Nachschiebeliste. Wir müssen auf die nächsten Stufen der Steuerreform 2003 und 2005 und die steuerlichen Folgen einer Rentenreform, die wir alle wollen, vorbereitet sein. Ich vermute einmal, dass auf die 19 Milliarden DM, die jetzt bis zum Jahr 2008 genannt worden sind, in einem Rentenkonsens durch die Opposition eher noch etwas draufgepackt werden wird. Zur letzten Stufe der Steuerreform im Jahre 2005 gibt es noch keine Schätzungen, aber ich vermute, dass uns das bis zu 600 Millionen DM nach KFA treffen kann.

Um diesen Herausforderungen begegnen zu können, sind weitere strukturelle Maßnahmen zur Entlastung des Landeshaushaltes erforderlich. Ich nenne neben den Personalkosten und den bereits genannten Punkten den Abbau der dreistufigen Landesverwaltung, länderübergreifende Zusammenarbeit, die Fortsetzung der Funktionalreform, Deregulierung und Abbau von Standards und die Modernisierung in der Verwaltung durch neue Kosten-Leistungs-Rechnungen oder durch Datenverarbeitung. Hierzu wird das Kabinett im November erste Beschlüsse fassen.

Von erheblicher Bedeutung ist natürlich auch der **Länderfinanzausgleich** ab 2005. Bei der anstehenden Neugestaltung des Finanzausgleichs wird sich zeigen, ob dieses föderale Solidaritätsprinzip, um dessen Wirksamkeit uns viele andere Länder beneiden, auch weiterhin funktioniert. Die Interessenlage unseres Landes ist nicht die von Bayern und Baden-Württemberg. Wir bauen vielmehr auf eine gute, funktionierende norddeutsche Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einigkeit zwischen allen Ländern und dem Bund besteht darin, dass das Maßstäbengesetz, der Länderfinanzausgleich und ein notwendiger Solidarpakt noch in dieser Wahlperiode des Bundestages verabschiedet werden. Einigkeit zwischen den Ländern besteht darin, dass der Bund auch in Zukunft seine Verantwortung, insbesondere die für den Solidarpakt, in bisherigem Umfang wahrnehmen muss. Ich bin gedämpft zuversichtlich, dass sich nach der Ministerpräsidentenkonferenz im Oktober auch erste Konturen für einen zukünftigen Länderfinanzausgleich abzeichnen werden - noch nicht das endgültige Ergebnis, aber eben erste Konturen.

Ich zitiere noch einmal aus der Regierungserklärung:

„Wir wollen dieses Land weiter voranbringen. Wir handeln heute, weil wir an morgen denken.“

(Thorsten Geißler [CDU]: Das tun Sie aber nicht!)

„Dafür setzten wir deutliche Prioritäten und investieren in die richtigen politischen Schwerpunkte.“

Mit diesem Haushalt 2001 bringen wir unser Land ein Stück voran.

(Beifall bei der SPD und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei der CDU - Klaus Schlie [CDU]: Tosender Beifall!)

Wir setzen die richtigen Schwerpunkte und investieren in Arbeit, Bildung und Innovation. Wir handeln verantwortungsbewußt für morgen durch einen konsequenten Konsolidierungskurs.

Bei der Vorstellung des Haushalts habe ich hinsichtlich der **Sparmaßnahmen** eine Rundumverteidigung der Landesregierung prognostiziert.

(Thomas Stritzl [CDU]: Verteidigung! - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: So etwas nennt man auch Wagenburg! - Heiterkeit bei der F.D.P. und bei der CDU)

Natürlich gibt es heftige Proteste und damit die Frage: Haben wir den Betroffenen zu viel zugemutet? Ich meine, nein. In einer Reihe von Gesprächen mit Kommunen, Verbänden, Vereinen und der Wirtschaft, aber auch in der veröffentlichten Meinung hat es viel Zu-

(Minister Claus Möller)

stimmung zum **Konsolidierungskurs** der Landesregierung gegeben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Von wem? - Martin Kayenburg [CDU]: Nicht einmal von der eigenen Fraktion!)

Mut zu Zukunftsinvestitionen und Mut zur Haushaltskonsolidierung gehören zusammen. Es gibt in der derzeitigen Situation weder eine Alternative zu mehr Lehrerstellen noch zur Reduzierung der Nettokreditaufnahme und mittelfristig keine Alternative zum Schuldenabbau.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile dem Herrn Oppositionsführer das Wort. - Bitte sehr, Herr Abgeordneter Kayenburg!

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst bitte ich um Nachsicht, dass ich zu spät gekommen bin. Aber ich glaube, es war wichtiger, draußen bei den Demonstranten zu sein,

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Unruhe bei der SPD)

die gezeigt haben, wie sehr sie durch die Politik dieser Landesregierung und der Bundesregierung belastet sind.

(Konrad Nabel [SPD]: Dann reden Sie doch draußen!)

Ich glaube, nachhaltiger kann man nicht deutlich machen, wie unzufrieden man mit dem sein muss, was hier vorgelegt worden ist, mit dem, was in der großen Politik in Berlin passiert. Gleichwohl bitte ich um Nachsicht, Herr Minister, dass ich ein wenig zu spät gekommen bin.

Heute beraten wir in erster Lesung einen **Haushaltsentwurf**, der schon seit Wochen in der öffentlichen Diskussion steht. Ich meine, das hat es bisher in dieser Form wirklich noch nie gegeben. Durch gezielte **Indiskretionen** - wie ich vermute, aus Ihrem Hause, Herr Minister -

(Renate Gröpel [SPD]: Das ist unglaublich!)

durften einige ausgewählte Journalisten die von der rot-grünen Landesregierung angedachten Sparvorschläge bei Zuwendungen und Zuschüssen für Vereine und Verbände schon einmal in der parlamentarischen Sommerpause bekanntgeben. Ich denke, dies ist wirklich ein ungeheuerlicher Vorgang

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie es nötig, mit Unterstellungen zu arbeiten? Das ist aber schwach!)

- Frau Heinold, ich komme auf Sie zurück -, zumal das Paket eine Mogelpackung ist.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Kaum war dieser Versuchsballon gestartet, erhoben sich - wahrscheinlich wie erwartet - auch schon die Proteste der gesellschaftlich relevanten Gruppen vom Sport bis zur Sozialarbeit, von den Vertriebenen bis zu ehrenamtlichen Gleichstellungsbeauftragten. Kaum war die **Sparliste** bekannt, bröckelte auch Ihre rot-grüne Front. Allen voran ging Landwirtschaftsministerin Franzen, die mit ihren Rücknahmeüberlegungen nicht eilfertig genug sein konnte. Aber auch in der SPD-Landtagsfraktion begann man, die Streichliste wieder einzusammeln. So hat sich beispielsweise der Fraktionsvorsitzende Hay darüber Gedanken gemacht, ob die Kürzungen in der Jugendarbeit wirklich sinnvoll seien. Herr Hay, wenn ich Ihre Presse von gestern richtig lese, dann denken Sie ja auch darüber nach, ob nicht - ich zitiere - „der im Haushaltsentwurf vorgesehene Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich reduziert oder sogar ausgesetzt werden soll“.

(Klaus Schlie [CDU]: Hört, hört! Was sagt dazu eigentlich der Kommunalminister?)

Erst hören wir vollmundige Ankündigungen und nachher wird eingesammelt.

Aber die Regie scheint ja aufzugehen. Kommt es wirklich in den nächsten Wochen bei der einen oder anderen Position zu Veränderungen, dann sind Ihnen, meine Damen und Herren von Rot-Grün, die Betroffenen auch noch dankbar. Einerseits ist das, wie ich finde, eine durchaus bemerkenswerte Verdummungsstrategie, andererseits aber ist diese Vorankündigung eine glatte Mißachtung des Landtages, für den, Herr Minister, das Budgetrecht immer noch das „Königsrecht“ des Parlaments ist.

(Beifall bei der CDU und bei der F.D.P.)

Ich frage mich: Was haben Sie eigentlich für ein Verfassungsverständnis? Ich kann die Kritik der Kollegin Spoorendonk voll unterstützen, wenn sie von einem schlechten parlamentarischen Stil spricht, der von dieser Landesregierung hätte verhindert werden können. Und auch Ihr grüner Koalitionspartner sieht das offenbar ähnlich. Deswegen verstehe ich Ihren Zwischenruf nicht, Frau Heinold! Sie haben doch am

(Martin Kayenburg)

30. August die Vorveröffentlichung von Haushaltszahlen als unparlamentarisch bezeichnet.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber ich habe doch nicht gesagt, dass es aus dem Ministerium kommt!)

Recht haben Sie! Genau dies ist zu kritisieren.

In diesem Verhalten, in der **Missachtung des Parlaments**, kommt die ganze Arroganz der Macht zum Ausdruck, obwohl dies durch die Leistungen dieser Regierung nun wirklich nicht gerechtfertigt ist.

(Beifall bei der CDU und F.D.P.)

Frau Ministerpräsidentin, nachdem Sie sich schon im Finanzausschuss davor gedrückt haben, Stellung zu nehmen, erklären Sie uns doch bitte hier und heute, ob das Ihr Umgang mit dem Parlament in der 15. Legislaturperiode werden soll. Ihre Erklärung dazu ist längst überflüssig.

(Zuruf von der SPD: Ja, das stimmt! - Konrad Nabel [SPD]: Längst überflüssig, Herr Kollege?)

- Überfällig. - Entschuldigung.

Wenn man zu Beginn der Diskussion im Sommer noch den Eindruck gewinnen konnte, mit dem **Haushaltsentwurf 2001** wolle die neue Landesregierung nach der Landtagswahl endlich mit den Versäumnissen der Vorgängerregierung aufräumen, und wenn man den Eindruck gewinnen konnte, durch kraftvolles Handeln und strukturelle Einschnitte wollten Sie die Zukunft des Landes sichern, so bricht dieses kunstvolle Gebäude inzwischen Stück für Stück zusammen. Ich wundere mich darüber überhaupt nicht. Denn wer war diese Vorgängerregierung? Wer ist denn schon seit 1988, seit zwölf Jahren, für die Finanzen dieses Landes verantwortlich? Für wen war die Finanzpolitik stets Chefsache? Doch für Sie, Frau Simonis. Sie allein haben den Karren in den Dreck gefahren, zunächst als Finanzministerin und jetzt als Ministerpräsidentin.

(Beifall bei der CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Deshalb wird sie auch immer wieder gewählt!)

Wenn es heute im Haushalt an allen Ecken und Enden brennt, dann haben Sie es allein zu verantworten. Schlimm ist es, dass Sie sich dann auch noch als Erste zum Löschen melden.

(Zurufe von der CDU)

Aber mit markigen **Ankündigungen** vor und nach den Landtagswahlen waren Sie ja noch nie zimperlich. Ich erinnere noch einmal an Ihre Regierungserklärung von 1996, zu Beginn der **14. Legislaturperiode**. Da sollte

die Nettokreditaufnahme schrittweise auf 800 Millionen DM zurückgeführt werden, unerwartete Mehreinnahmen sollten zur zusätzlichen Senkung der Nettoverschuldung verwendet werden, Nettoausgaben sollten im Durchschnitt um 1,5 % steigen und die Personalausgaben wollten Sie bis zum Jahre 2000 auf unter 39 % drücken. Was ist von diesen Versprechungen eingetreten? Nichts, absolut nichts. Ich will das auch belegen:

Nettokreditaufnahme: 1,1 Milliarden DM. Nettoausgaben: angewachsen um 2,2 %. Neuverschuldung: gestiegen um 3,1 %. Erbschaftsteuer von 175 Millionen DM nicht verwendet.

Wenn ich das alles zusammenzähle, zeigt das die Bilanz Ihrer Erfolglosigkeit. Sie konnten in der letzten Legislaturperiode keines Ihrer Vorhaben realisieren.

(Beifall bei der CDU - Günter Neugebauer [SPD]: Es gab auch Ursachen dafür!)

- Herr Neugebauer, was soll denn hier eine Ursachendiskussion? Gucken Sie doch einmal in den Vorschlag, der jetzt gemacht ist. Schon wieder haben wir so ein ehrgeiziges Ziel: **Nettokreditaufnahme** bis 2010 auf null bringen. Wer soll Ihnen das noch glauben, Frau Simonis?

Ihr Entwurf sieht für 2001 eine Neuverschuldung in Höhe von 1,1 Milliarden DM, für 2002 über 1 Milliarde DM und für 2003 865 Millionen DM vor. Ich garantiere Ihnen, dass diese 865 Millionen DM spätestens im nächsten Finanzplan revidiert werden. Ich glaube, Frau Ministerpräsidentin, Sie wollen wieder einmal eine Leiter zum Mond bauen. Sie werden jämmerlich abstürzen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie hier noch sitzen, will ich gern zugestehen, dass Sie das allein den Turbulenzen der CDU auf Bundesebene vor der letzten Landtagswahl zu verdanken haben. Die vernichtende Niederlage, die sonst auf Sie zugekommen wäre, wird in der Diskussion Ihrer Partei nur zu deutlich. Die Diskussion um Ihre Ablösung verstummt doch nicht. Der Kollege Hay, aber auch Frau Erdsiek-Rave und Herr Dr. Rohwer werden doch schon in aller Öffentlichkeit gehandelt.

(Thorsten Geißler [CDU]: Rohwer nicht mehr! - Heiterkeit bei der CDU)

Viele in der SPD wollen Sie längst in den politischen Ruhestand schicken. Ich denke, über das Ob wird schon gar nicht mehr diskutiert. Die entscheidende Frage ist nur noch das Wann.

(Beifall bei der CDU)

(Martin Kayenburg)

So sind Sie, Frau Ministerpräsidentin: eine **Ministerpräsidentin auf Abruf**, ein bisschen nett, ein bisschen Landesmutter, aber insgesamt kraftlos und nicht mehr in der Lage, die Zukunft unseres Landes glaubhaft zu gestalten.

(Konrad Nabel [SPD]: So ein Quatsch!)

Den letzten Knacks haben Sie mit der endgültigen Aufgabe Ihrer verbohrteten **Entbeamtungspolitik** erhalten, die aus gutem Grund niemand in ganz Deutschland mittragen wollte. Das ist für die Steuerzahler wirklich eine „teure Tasse Tee“ geworden. Das waren weit über 100 Millionen DM, die Sie in die Bildung, in die Hochschulen und in die Infrastrukturen des Landes hätten stecken können. Das war Missmanagement im Unternehmen Schleswig-Holstein. Dafür wird man abgelöst, Frau Simonis, zumal sich die Fehlleistungen häufen.

Dabei ist die Aufgabe der Entbeamtungspolitik nur ein Beispiel, wie diese Landesregierung nach und nach die zahlreichen Vorschläge unserer Entschließungsanträge aus den vergangenen Jahren übernommen hat. Es ist schon auffällig. Wir machen uns Jahr für Jahr Gedanken, machen Vorschläge, die von Ihnen lautstark abgelehnt werden, die dann aber später Stück für Stück von dieser Landesregierung - Herr Möller hat das eben bestätigt - klammheimlich umgesetzt werden.

Ich jedenfalls kann mich noch gut daran erinnern, wie die damalige Fraktionsvorsitzende, Frau Erdsiek-Rave, unsere Vorschläge in der Haushaltsdebatte am 21. Januar 1998 als Sonderangebot im politischen Winterschlussverkauf bezeichnet hat. Dann, nach einer gewissen Schamfrist, wurden diese so genannten Sonderangebote aus der rot-grünen Kiste geholt und als besonders innovatives Produkt dieser Landesregierung verkauft.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Schnäppchenjäger!)

So finde ich es auch bemerkenswert, wie Sie, Herr Kollege Hay, nach einem Treffen der norddeutschen SPD-Fraktionsvorsitzenden in der Presse erklärt haben, die Statistischen Landesämter seien ein gutes Beispiel für eine norddeutsche Behördenzusammenarbeit. Ich frage mich: Woher haben Sie diese gute Idee? Ich will es Ihnen verraten: Es war unser Entschließungsantrag vom 2. Dezember 1998.

(Lothar Hay [SPD]: Lesen Sie meine erste Rede von 1992!)

Eigene Ideen fehlen Ihnen. Nennen Sie mir doch nur ein Beispiel einer strukturellen Einsparmaßnahme, die in den vergangenen Jahren aus der SPD-Fraktion gekommen ist. Da wird Ihnen kein Beispiel einfallen.

Das erklärt auch, warum Sie nicht müde werden, uns seit Jahren zu fragen, welche konkreten Einsparvorschläge wir denn hätten.

(Holger Astrup [SPD]: Das stimmt!)

Das zeigt doch Ihre ganze Ideenlosigkeit.

(Renate Gröpel [SPD]: Ihre, ja! - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt sind wir noch Schuld, dass Sie keine Ideen haben!)

- Ich denke, wir haben gute Beispiele, Frau Heinold! Ein weiteres aktuelles Beispiel - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was sagen Sie zu den Kürzungen, die im Haushalt stehen? Sind Sie dafür oder sind Sie dagegen? Das interessiert uns jetzt!)

- Ich komme darauf, Herr Hentschel! Seien Sie doch nicht ungeduldig. Ich will ja gerade auf ein weiteres aktuelles Beispiel eingehen: die **Kürzungen** bei den Zuwendungen und Zuschüssen, die in den vergangenen Wochen bei den **Verbänden und Vereinen** große Unruhe ausgelöst haben. Wir hatten bereits im Haushalt 1998 eine Kürzung von 67,2 Millionen DM vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wurde damals von Ihnen als völlig unrealistisch abgetan. Damals wurde uns mangelnder haushaltspolitischer Durchblick bescheinigt.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil Sie es nicht konkretisiert haben!)

Nun haben Sie genau diese Kürzungen in Ihren Vorschlag hineingenommen. Erstaunlicherweise haben Sie unseren Vorschlag noch getoppt und daraus 72 Millionen gemacht.

Eines allerdings sage ich Ihnen: Über die Vorschläge im Einzelnen werden wir sehr genau beraten und sehr genau diskutieren müssen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann fangt damit an!)

Dann werden wir entscheiden, was wir mittragen können.

(Zuruf von der SPD: Sie haben noch nie etwas mitgetragen!)

Eines ist jedenfalls sicher, Frau Heinold: Die Kastanien werden wir für Sie nicht aus dem Feuer holen.

(Beifall bei der CDU)

Inzwischen hat sich auch Ihre größte so genannte Einsparaktion seit Bestehen der rot-grünen Landesregie-

(Martin Kayenburg)

rung als die unverschämteste finanzpolitische Mogelpackung erwiesen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Auf die einfache Frage eines Journalisten, auf wie viel Millionen die Vereine und Verbände nun gegenüber 2000 verzichten müssten, mussten Sie, Herr Finanzminister Möller, erst einmal den Taschenrechner hervorholen, um dabei festzustellen, dass sogar 6,8 Millionen DM mehr herauskommen. Das ist symptomatisch dafür, wie Sie Haushaltspolitik im Land betreiben. Denn die Einsparungen waren nur **Kürzungen** in den **Anmeldungen der Ministerien**. Das ist schon eine merkwürdige Einsparaktion. Peinlich, Herr Minister Möller!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]; Herr Kayenburg, Sie haben es wieder nicht verstanden! Das ist wirklich ein Problem!)

- Es kommt noch schlimmer, Herr Hentschel!

Wie mit unseren Entschließungsanträgen der vergangenen Jahre stehen wir weiterhin dazu, dass auch Vereine und Verbände in schwierigen Zeiten Kürzungen hinnehmen müssen.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Bei genauer Überprüfung Ihrer so genannten Einsparliste kann man jedoch eine ziemlich bedenkliche Schiefelage feststellen. Einsparungen gibt es bei der Altenhilfe, bei der Jugendförderung, bei der AIDS-Prävention, in der Krebsaufklärung, beim Landessportverband und in der Landwirtschaft.

(Lothar Hay [SPD]: Sie haben die Grenzverbände vergessen!)

Das sind nur einige Beispiele, wo Sie die fleißigen Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, die ordnungsgemäß Ihre Steuern zahlen und abends vielleicht einmal in den Sportverein gehen wollen, bestrafen wollen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine Frechheit!)

Aber die rot-grünen Spielwiesen werden nicht angepackt, Frau Heinold! Was ist denn mit Ihren Eine-Welt-Promotionsprojekten?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wo sind denn da die Kürzungen?

Ich sehe dann, dass die Maßnahmen zur Emanzipation gleichgeschlechtlicher Lebensweisen gar noch einen Zuschlag von 10 % oder 8 % kriegen. Dann frage ich mich: Wo bleibt denn da Ihre Ausgewogenheit?

(Beifall bei der CDU)

Dass sich dieser Minister auch nicht davor scheut, an den unmöglichsten Ecken den Rotstift anzusetzen, was unserem Land wirklich schadet, wird an einem Vorhaben deutlich, über das jüngst diskutiert wurde: **Schleswig-Holstein Musik Festival**. Zunächst gab es 4 Millionen DM. Dann wurde die Dynamisierung dieses Betrages gestoppt. Dann wurde auf 3,8 Millionen DM reduziert. Nun ist Herr Möller dabei, für die Zukunft - noch nicht für das nächste, aber dann für das übernächste Jahr - auf 3,5 Millionen DM zu reduzieren. Damit schaden Sie dem Image dieses Landes, Herr Möller!

(Konrad Nabel [SPD]: Quatsch!)

Damit schaden Sie einem Projekt, das wir doch gemeinsam nach vorn gebracht haben. Sie riskieren damit, dass auch andere Sponsoren im gleichen Umfang wie Sie kürzen. Das wissen Sie sehr genau. Das ist Ihre verkehrte Haushaltspolitik, Herr Möller.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen steht dieser rot-grüne Haushaltsentwurf auf tönernen Füßen. Eine handwerklich saubere Meisterleistung ist das nun wirklich nicht.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sie haben keine Alternativen! - Zuruf von der CDU: Herr Neugebauer!)

Die 410 Millionen DM an Einnahmen, die Sie zusätzlich sehen, stehen doch noch völlig in den finanzpolitischen Sternen, Herr Neugebauer!

Im Einzelplan 05 wollen Sie 210 Millionen DM aus der **Veräußerung von Beteiligungen des Landes** vereinnahmen. Sonst weisen Sie wirklich den Kauf jeder Briefmarke im Einzelnen nach. Aber was passiert hier? - Diese beeindruckende Summe wird mit keinem einzigen Satz erklärt. Ich frage mich: Was ist das eigentlich für eine Haushaltspolitik?

Vielleicht haben Ihnen die Herren von der Landesbank oder Herr Neuber von der WestLB nach dem Immobiliendeal eine neue kreative Idee gebracht. Oder ist es vielleicht so, dass Sie aufgrund des Immobiliendeals diese kreative Idee hatten und die beiden anderen Herren über diese Idee stocksauer sind, weil das nämlich die **Banken** belastet, weil damit Kapital zur Verfügung gestellt werden soll, mit dem man die Ausleihungen jetzt noch ausdehnen kann, mit denen die Banken jetzt Geld verdienen? Die Banken werden nicht so dumm sein, den Haushalt dieses Landes dadurch zu sanieren, dass sie ihr eigenes beleihungsfähiges Kapital in so einen maroden Haushalt stecken, Herr Minister!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da ist etwas dran! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

(Martin Kayenburg)

Wenn Sie schon darüber nachdenken, beispielsweise hier etwas zu ändern - wobei sich die Frage stellt, ob es überhaupt zulässig ist, das aus Bundesmitteln gespeiste Wohnungsbauvermögen an Dritte zu veräußern -, so sage ich Ihnen, die Sparkassen haben nicht die geringste Lust dazu. Warum denken Sie nicht einmal über eine **Veränderung der Rechtsform der Landesbank** nach? Warum denken Sie dann nicht über Synergieeffekte, Fusionen oder die Bildung einer AG nach, die die operativen und anderen Geschäfte so aufteilt, dass dadurch ein schlagkräftiges, norddeutsches Instrument entsteht? Das wäre mehr als das Zusammenlegen zweier statistischer Landesämter, Herr Minister!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn ich den Zeitfaktor betrachte, soll Minister Möller doch einmal erklären, wie er diesen Deal im Jahr 2001 noch in trockene Tücher bringen will. Ich garantiere Ihnen: Für den Haushaltsausgleich 2001 wird Ihnen an dieser Stelle, Herr Minister, überhaupt nichts gelingen.

Nicht viel anders sieht es im Einzelplan 11 aus, wo Sie 200 Millionen DM als **globale Mehreinnahmen** vereinnahmen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ich weiß ja, das ist Claus Möllers Märchenstunde. Da wird nämlich die alte Tante **LEG** - die Geschichte vom Verkauf haben wir ja nun schon oft gehört - herangezogen und muss wieder einmal für die Sanierung des Haushaltes herhalten. Und wie das bei Märchen so ist: Die Summen werden immer größer, Herr Möller, und die Verkaufsaussichten immer kleiner. Und nachher werden Sie als der Hans im Glück dastehen, der alles verloren und nichts dazugewonnen hat, Herr Möller. Das wird Ihr Problem sein.

(Beifall bei der CDU)

Worauf aber Herr Möller hofft, ist eben schon deutlich geworden. Er hofft auf **Steuermehreinnahmen**! Deswegen hat er diese globalen Mehreinnahmen auch angesetzt. Vielleicht ist diese Hoffnung ja nicht ganz unberechtigt. Ich denke, Herr Möller, dass Sie noch eine Chance haben, denn in diesem Jahr wären 1,5 % erforderlich gewesen, um den Haushalt verfassungskonform zu gestalten und das Haushaltssoll zu erreichen. Tatsächlich aber haben Sie eine Steigerung von 6 %. Wenn alles gut geht, wird Ihnen der Arbeitskreis Steuerschätzung auch fürs nächste Jahr eine entsprechend positive Steuerschätzung im November prognostizieren.

Aber dennoch - und das ist das Fatale, Herr Minister - haben Sie überhaupt keine Hemmungen, bei dieser Finanzlage den **Kommunen** erneut in die Tasche zu greifen.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist es!)

Sie haben 1998 gesagt, Sie wollten viermal 50 Millionen DM haben. Dann ist es auf Druck des Hauses dazu gekommen, dass es zweimal 50 Millionen DM waren, die Sie den Kommunen abgenommen haben. Nun stellen Sie sich hin und fordern wiederum diese 100 Millionen DM. Ich behaupte - und ich denke die Anzeichen sind deutlich -, es wird dabei nicht bleiben, sondern wir werden, wie Herr Hay schon angedeutet hat, von 100 Millionen DM auf 50 Millionen DM zurückgehen. Aber was passiert dann? Das, was ich eben als Verdummung der Bevölkerung bezeichnet habe! 1998: Viermal 50 Millionen DM gefordert, zweimal 50 Millionen DM genommen. Alle fanden das prima. 2000: Viermal 100 Millionen DM gefordert, zweimal 50 Millionen DM, vielleicht viermal 50 Millionen DM genommen. Alle buchen das als Erfolg. So, Herr Möller, kommen Sie dieses Mal nicht von der Parade. Das garantiere ich Ihnen!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Klaus Schlie [CDU]: Sehr richtig!)

Ich möchte Ihnen einmal sagen, wie das die Bevölkerung - insbesondere die Mandatsträger, Landräte und Vertreter der kommunalen Landesverbände vor Ort - sieht. Sie sagen nämlich deutlich: Die 140 Millionen DM Mehreinnahmen beim Land werden zum Schuldenabbau gebraucht. Dann kommt das Land zu uns und verlangt weitere 100 Millionen DM, um das Geld in den Haushalt zu stecken. Dies ist nur eine Umwegfinanzierung, über die die Kommunen dazu gebracht werden, sich mit 100 Millionen DM am Schuldenabbau des Landes zu beteiligen. Das empfinden die Bürgerinnen und Bürger, die Bürgermeister und Mandatsträger als ungerecht. Deswegen werden Sie bei dieser Maßnahme, Herr Möller, Frau Simonis, nachdem Sie schon im Sonderausschuss überhaupt nicht begründen konnten, warum diese Entnahme erforderlich war,

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

eine Bauchlandung erleiden. Das wird eine Beerdigung erster Klasse werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Hinweise werden ja überdeutlich. Die Kollegen der SPD-Fraktion haben überhaupt keine Bedenken, vor Ort lauthals, stark und mit Nachdruck zu verkünden, dies sei nur eine Kabinettsvorlage. Das wolle das

(Martin Kayenburg)

Kabinetts. Man wolle mal den November abwarten. Dann kämen die guten Zahlen. Dann werde die Fraktion entscheiden und dann käme es nicht mehr zu dieser Entnahme. Herr Minister, auch Ihre eigene Fraktion wird Sie dabei im Regen stehen lassen. Das ist Ihr Problem.

Damit aber nicht genug. Ohne Hemmungen wird hier die Einführung der **Oberflächenwasserentnahmeabgabe**, mit der weiter abkassiert werden soll, eingeführt. Ich will auf die Einzelheiten gar nicht eingehen. Die Briefe der Verbände, der Wirtschaft, der Industrie- und Handelskammern liegen Ihnen ja vor. Für das, was Sie mit der Oberflächenwasserentnahmeabgabe tatsächlich tun - ich wundere mich, dass die Kollegen Nabel, Hentschel und andere nicht wach werden -, gibt es ein Beispiel. Das ökologisch sinnvolle Speicherwerk Geesthacht, das zur Glättung der Verbrauchspitzen eingesetzt wird, werden Sie künftig mit einer Oberflächenwasserentnahmeabgabe belasten. Wenn Sie sagen, Herr Nabel, das stimme nicht, dann finde ich das prima. Dann haben wir nämlich den Ansatzpunkt, an dem wir genau diese Oberflächenwasserentnahmeabgabe beklagen und vor dem Verfassungsgericht kippen werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ähnlich sieht es mit dieser vermaledeiten **Ökosteuer** aus. Ich will heute dazu gar nicht so viel sagen. Wir werden auf diesen Punkt noch zu sprechen kommen.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Die Demonstrationen vor der Tür und vor den Fenstern, Frau Kähler, machen deutlich, wie diese Ökosteuer die Bevölkerung belastet und wie sauer die Bevölkerung auf die Regierung ist. Da brauchen wir gar nicht die Ergebnisse der Umfrage des Politbarometers vom letzten Sonntag heranzuziehen, um zu zeigen, dass Sie eine völlige Schiefelage erreicht haben. Ich garantiere Ihnen auch hier: Spätestens die übernächste Stufe der Ökosteuer wird ausgesetzt. Sinnvoll wäre es, schon die nächste Stufe auszusetzen. Denn Sie belasten damit dieses Land, Sie belasten damit die Unternehmen und Sie belasten damit den Bürger. Diesen Unsinn der Zuschläge für die Pendler oder der Entfernungskilometerpauschale

(Lothar Hay [SPD]: Entfernungspauschale!)

ist doch der größte Schwachsinn des Jahrhunderts!

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! - Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich verstehe Ihre Aufregung gar nicht! Fragen Sie doch einmal Herrn Clement oder andere, wie die das be-

zeichnet haben. - Also, Frau Heinold, wir befinden uns mit den SPD-Regierungen vieler anderer Länder in guter Gesellschaft, die das auch unsinnig finden.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie stehen nicht zu Ihrem Programm, das ist das Problem! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie kennen ihr Programm doch gar nicht! Das ist das Problem!)

- Wir stehen ohne Wenn und Aber zu unserem Programm. Wir treffen unsere Entscheidungen zu dem Zeitpunkt, zu dem sie relevant sind. Es ist völlig unsinnig, heute und jetzt über die Ökosteuer zu diskutieren, die eine Belastung für die Bevölkerung darstellt. Herr Möller verteidigt das Ding doch nur, weil er dadurch selber profitiert - auf der einen Seite durch die Umsatzsteuer, auf der anderen Seite durch die Feldesabgaben bei der Erdölförderung. Haben Sie denn schon gesehen, dass statt der 7 Millionen DM 27 Millionen DM eingestellt sind? Herr Möller, das ist Spekulation auf Hausse, kann ich Ihnen sagen. Auch ein Posten, der völlig unsicher ist!

Im Übrigen frage ich Sie, was denken Sie sich eigentlich, ein Unternehmen, das inzwischen nicht mehr in der Gewinnzone ist und von RWE verkauft werden soll, weil es Verluste macht, so zu belasten? Dazu kann ich nur sagen: herzlichen Glückwunsch! Was glauben Sie denn, was die Käufer, wenn es BP Amoco oder ein anderer sein wird, dazu sagen? Die werden den Standort schließen und die Arbeitsplätze kippen. Das ist das Problem! Und Sie, Herr Minister, stellen lustig-fröhlich 27 Millionen DM in Ihren Haushalt ein. Das kann ich nur als unseriös bis ins Letzte bezeichnen.

Im Zusammenhang mit der Ökosteuer muss ich die Talkshow vom letzten Sonntag ansprechen, Frau Simonis!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich musste abschalten!)

Da haben Sie ziemlich frech behauptet, die Landwirte - -

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Lieber Herr Hentschel, es geht darum, dass wir heute über den Haushalt dieses Landes, über die Unfähigkeit dieser Landesregierung und über die unsinnigen Behauptungen dieser Ministerpräsidentin reden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(Martin Kayenburg)

Frau Simonis hat da ziemlich frech behauptet, die Landwirte seien von der Ökosteuer gar nicht betroffen.

(Zuruf von der CDU: Sie hat keine Ahnung!)

Frau Simonis hat gesagt:

„Ich akzeptiere, dass die Spediteure im Moment diejenigen sind, die es am schwersten haben. Am lautesten schreien die Bauern, die überhaupt keine Ökosteuern bezahlen.“

(Heiterkeit bei der CDU)

„Aber gut schreien immer die, die am wenigsten davon haben.“

Damit haben Sie vor einem Millionenpublikum gezeigt, Frau Ministerpräsidentin, dass Sie von Ökosteuer im Zusammenhang mit Landwirtschaft nun wirklich keine Ahnung haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Aber das ist Ihr Problem. Für mich ist viel schlimmer, dass Sie die Landwirte dieses agrarisch geprägten Landes wirklich schlecht gemacht haben. Sie reden dieses Land schlecht, nicht wir!

(Konrad Nabel [SPD]: Unglaublich!)

- Unglaublich? Dann gucken Sie sich doch einmal die Belastungen bei den Landwirten an.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zahlen die Landwirte nun Ökosteuer oder nicht? Sagt sie die Wahrheit oder nicht?)

Die Belastung für den landwirtschaftlichen Diesel hat sich seit 1998 verdoppelt, Herr Hentschel!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zahlen die Landwirte nun Ökosteuer oder nicht? Hat sie die Wahrheit gesagt oder hat sie gelogen?)

Das ist die Wahrheit!

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie können sich nicht immer herausreden! Hat sie gelogen?)

Und mit der geplanten Einführung - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hat sie nun gelogen oder nicht? - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Kayenburg, einen Augenblick, bitte! - Herr Abgeordneter Hentschel, ich rufe Sie zur Ordnung.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Entschuldigung! - Heiterkeit)

Martin Kayenburg [CDU]:

Mit der Einführung des so genannten Agrardiesels wird die Mineralölsteuer für die Landwirte ab 2001 noch einmal um 13 Pfennig angehoben. Während der Steueranteil für Diesel 1998 noch 21 Pfennig betragen hat, so ist er inzwischen auf 57 Pfennig angestiegen. Von den einzelnen Ökosteuerstufen sind deswegen - das ist die Antwort auf die Frage, die Sie stellen wollen, lieber Herr Hentschel - die Landwirte betroffen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Kayenburg, gestatten Sie eine Frage des Herrn Abgeordneten Hentschel? - Nicht gestattet!

Martin Kayenburg [CDU]:

Der Haushalt soll auch ein wichtiges Instrument der Wirtschaftsförderung des Landes sein. Die **Investitionsquote** liegt jedoch mit 10,1 % weit unterhalb der Investitionsausgaben anderer Bundesländer. Auch die mittelfristige Finanzplanung verspricht keine Verbesserung, Herr Minister. Wenn Sie für 2004 nur noch eine Investitionsquote von 9,4 % vorsehen, dann kann ich nur sagen: Gute Nacht, Schleswig-Holstein! Das ist ein weiterer Abbau, den Sie hier planen und zu vertreten haben.

Insgesamt kann man nur sagen: Wenn Sie von den wirklich strukturellen Veränderungen weg zu den konsumtiven Ausgaben gehen, dann werden Sie keinen Erfolg haben; nur Investitionen würden dieses Land weiterbringen. Aber Ihr Haushalt macht deutlich, dass das alte Gewurschtel weitergeht.

Sie loben ja so sehr den Hightech-Standort dieses Landes, Frau Simonis! Wir finden es ja prima, wenn wir hier eine solche Entwicklung erleben. Die Realität spricht aber eine andere Sprache. Gerade hat doch der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“ der Länder festgestellt, dass das schleswig-holsteinische **Bruttoinlandsprodukt** im ersten Halbjahr 2000 gegenüber dem Vorjahr nominal lediglich um 1 % gestiegen ist und Schleswig-Holstein damit im Bundesvergleich auf dem vorletzten Platz vor Bran-

(Martin Kayenburg)

denburg steht. Ursache dafür sind - auch das können Sie dort nachlesen - Produktionsausfälle bei der Kernenergie und Produktionsausfälle in der **Bauwirtschaft**. Ich kann nur sagen: Wenn Energieversorgung und Baugewerbe die kritischen Punkte sind, dann betreiben Sie genau die falsche Politik. Auf der einen Seite wollen Sie die **Kernkraftwerke** abschalten, auf der anderen Seite kürzen Sie die Investitionen, mit denen Sie die Bauwirtschaft dieses Landes nun wirklich nach vorn bringen könnten, mit denen Sie Steuern generieren und mit denen Sie Arbeitsplätze generieren könnten.

Aber, Frau Simonis, nachdem Sie mit Ihrer Chefsache „Finanzpolitik“ kläglich gescheitert sind, gibt es natürlich einen neuen Weg. Sie haben sich auf die Europapolitik gestürzt, insbesondere auf die **Ostseekooperation**. Nun hätte ich gedacht, dass wenigstens hier ein bisschen mehr herauskommt als bei der Finanzpolitik. Aber da ist bisher schon wenig bewegt worden - außer Dienstwagen von Ministern, die staunend in der Øresund-Region und anderswo umherfahren - und Sie wollen es jetzt zur Abwechslung einmal mit der Nordseekooperation versuchen.

Ich sage Ihnen: Das, was Sie in dem von Ihnen gezeichneten Artikel - einem persönlichen Artikel - zur Ostseekooperation geschrieben haben, ist sachlich so nicht richtig. Sie haben erklärt, das Mare Balticum sei eine Boomregion. Sie haben Recht, wenn Sie dabei auf Malmö/Kopenhagen abstellen. Wenn Sie sich aber einmal die anderen Länder anschauen, wenn Sie Polen, Russland und die baltischen Staaten angucken - dort gibt es noch überhaupt nichts von einem Boom. Ich denke, Sie hätten hier lieber frühzeitig mit uns gemeinsam für die Fehmarnbeltquerung kämpfen sollen, um zügig die Voraussetzung für die Verbindung zu schaffen. Deshalb gilt an dieser Stelle dem Kollegen Hay, der dies frühzeitig angesprochen hat, wirklich ein Dank. Die Regierung ist in diesem Punkt verdammt spät in die Puschen gekommen.

Wichtiger ist nach meiner Auffassung aber in diesem Zusammenhang die dargestellte Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts. Da sprechen die Fakten eine klare Sprache, Frau Simonis! Wenn Sie nicht wollen, dass wir nur das Durchfahrtsland für die Entwicklung in Skandinavien werden, sondern wenn Sie wollen, dass wir die **Drehscheibe für den Nord- und den Ostseeraum** werden, dann müssen Sie Ihre Haushalts- und Ihre Strukturpolitik allerdings ändern. Die Fachhochschule Westküste jedenfalls, das neue Multimark-Wattforum oder die Erweiterung des Nationalparks sind noch längst keine Entwicklung einer Nordseekooperation. Wenn Sie diese Kleeblatt-Theorie in dem Interview entwickeln, Frau Simonis, dann sollten Sie wissen: vierblättrige Kleeblätter blühen einmal; da-

nach sind sie ganz normal dreiblättrig. Die Leiter zum Mond habe ich zitiert, also: nicht so hoch klettern - man fällt dann fürchterlich tief, wenn man nicht das in konkrete Politik umsetzt, was man in Zeitungsartikeln vermarktet.

Ihre ganze wirtschaftliche Erfolgsstory im Ostseeraum spielt sich bis jetzt nur in einem virtuellen Bereich ab und ist noch keine Umsetzung. Das macht die Statistik des Landesamtes überdeutlich, denn auch wenn Sie die Einfuhr- und Ausfuhrzahlen vergleichen, Frau Simonis, werden Sie feststellen, dass wir die höchsten Ausfuhren in jene Länder haben, mit denen wir kooperieren. Dänemark steht an der Spitze. Bei den Einfuhren sind es Schweden und Dänemark. Aber im Übrigen haben wir die höchsten Ein- und Ausfuhrquoten im Handel mit allen westlichen Ländern. Kein einziges Land aus der Ostseeregion ist in dieser Statistik mit aufgeführt. Dies macht deutlich, dass Sie mit dem Ansatz einer Ostseekooperation Recht haben, nur reicht dieser Ansatz nicht, wenn Sie ihn im Haushalt bei den Investitionen und in der Verkehrspolitik nicht in wirkliche Politik umsetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Herr Neugebauer - -

(Thorsten Geißler [CDU]: Lohnt nicht! Weiter!)

Ein besonders trübes Kapitel rot-grüner Wirtschaftspolitik ist - das will ich hier nur noch stichwortartig erwähnen - der **Tourismus**.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Nein, das will ich ja gern konzедieren: Da hat Frau Franzen von ihrem Vorgänger, Herrn Buß, kein überzeugendes Konzept übernommen. Das ist wirklich ein Torso. Aber das, was bis jetzt vorgelegt wurde, ist auch nicht besser. Nachdem Frau Franzen da schon versagt hat, geht sie jetzt ganz tapfer gegen die Verbraucherberatung vor, mit völlig skurrilen Ideen. Aber vielleicht haben wir da ja noch eine Chance, dies gemeinsam, Frau Franzen, auf den Weg der Tugend zurückzubringen.

In den übrigen Politikfeldern sieht es nicht besser aus, Frau Ministerpräsidentin! Wie ist es denn in der **Bildungspolitik**? Haben Sie wirklich die Weichen zur Wissensgesellschaft gestellt? Es wäre gut - ich kann diesen Satz nur unterstreichen -; doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Hochschulen unseres Landes werden von Ihnen allmählich kaputtgespart. Mit schönen Bezeichnungen wie „Strukturreform“ oder „Budgetierung“ nehmen Sie den **Hochschulen** die Luft

(Martin Kayenburg)

zum Atmen und zwingen sie, ganze Studiengänge zu streichen. Wer die Presse in den letzten Tagen gelesen hat, fragt sich: Wie sieht es denn aus? Wir sollen uns zum Hightech-Land entwickeln, aber ich lese: Fachhochschule Kiel - 2.852 Bewerber, 655 Studienplätze! Oder: Flensburg - 400 wollen, 40 dürfen! Das ist Ihre Politik für mehr Bildung und Hightech in diesem Lande, Frau Simonis, und hier haben Sie jämmerlich ver-sagt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Stattdessen schließen Sie Knebelverträge mit den Universitäten. Der Fachhochschule Kiel droht ein Defizit von immerhin 3 Millionen DM und die CAU hat ja Gott sei Dank die unselige Zielvereinbarung, Frau Kultusministerin, die Sie ihr abringen wollten, bis heute nicht unterschrieben. Ich kann nur hoffen, dass die erforderlichen Nachbesserungen kommen, damit die Zustände an unseren Hochschulen besser werden.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Die Studenten waren es!)

- Sicher, es waren die Studenten; es waren aber auch die Hochschullehrer und es waren die anderen Beteiligten. Hier wird nach meiner Meinung wieder einmal deutlich, dass Einigkeit stark macht - wie bei der Öko-steuer und wie bei den 100 Millionen DM.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich kann nur hoffen, Frau Ministerpräsidentin - Frau Kultusministerin,

(Heiterkeit - Klaus Schlie [CDU]: Noch nicht! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So weit ist es noch nicht!)

dass Sie wirklich einlenken und dass den Hochschulen diejenigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, die erforderlich sind, um die Studenten auszubilden, die die Zukunft dieses Landes gestalten sollen.

Aber auch in der **Innenpolitik** sieht es nicht viel besser aus. So lässt der ehemalige Bürgermeister von Eckernförde, der heutige Kommunalminister Klaus Buß, zu, dass die Kommunen Jahr für Jahr zur Sanierung des Landeshaushalts herangezogen werden, Herr Finanzminister, dass in die kommunalen Kassen gegriffen wird. Ich frage mich: Was ist das eigentlich für ein Kommunalminister? An welcher Stelle nimmt er eigentlich seine Verantwortung wahr?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Aber auch auf anderen Feldern sieht es überhaupt nicht besser aus. Die innere Sicherheit wird sträflich vernachlässigt, insbesondere die Ausrüstung der **Polizei**.

(Ursula Kähler [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

- Natürlich, Frau Kähler! Und stolz verkündete der Innenminister am 1. September zum Tag der Landespolizei, dass sie leistungsstark und motiviert sei. Ich kann Ihnen sagen, motiviert ist unsere Polizei, nur die Leistungsstärke geht bald den Bach hinunter, wenn Sie nicht dafür sorgen, dass sie anständig ausgestattet wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Defizite wurden doch in Neumünster im Zusammenhang mit den Neonazi-Demonstrationen nur zu deutlich. Ich will hierzu einen jungen Polizisten zitieren, der gesagt hat: „Irgendwie sind wir immer mehr die Müllmänner dieser Gesellschaft.“ Das ist das Befinden der Polizeibeamten. Hier müssen wir ansetzen, hier müssen wir uns vor die Polizei stellen. Aber auf dieses Thema werden wir ja auch noch gesondert zurückkommen.

Ich will dann die Aussage des Polizeibeamten nur noch fortsetzen. Er hat ergänzt: „Im Jugendbereich und beim Sport, wo vorbeugend gute Arbeit gemacht werden könnte, wird ständig der Rotstift angesetzt.“

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist Kritik an dieser Landesregierung und an ihrer Haushaltspolitik aus der Bevölkerung heraus.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der F.D.P. - Widerspruch der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da hat man gesehen, wo es lang geht. - Frau Heinold, Sie sind doch nachher noch an der Reihe, aber vielleicht kann Ihr Fraktionsvorsitzender gleich etwas dazu sagen.

Jedenfalls eines ist sicher: Mit solch einer Politik können Sie den Aufbruch in die Zukunft nicht gestalten.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Dieser Haushalt ist eine einzige Blendgranate. Mit einem lauten Knall wurde in der parlamentarischen Sommerpause der Eindruck erweckt, dass nunmehr radikal gespart und umstrukturiert würde. Da gab es ein kurzes Blendfeuerwerk am journalistischen Sternenhimmel, aber jetzt ist alles wieder beim Alten. Es liegt ein **Haushaltsentwurf** vor, den wir so nicht mit-tragen werden. Deswegen werden wir in den nächsten Wochen im Rahmen der Haushaltsberatungen den

(Martin Kayenburg)

Entwurf kritisch prüfen, **Alternativvorschläge** machen

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da bin ich aber gespannt! - Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

und eigene Akzente in unseren bisherigen politischen Schwerpunkten Arbeit, Bildung und innere Sicherheit setzen. Wir jedenfalls werden offen und konstruktiv mit Ihnen Nachbesserungen beraten. Sie sind gefordert, sich dann auch zu öffnen und nicht erst stückweise - wie in der Vergangenheit - das nachzubessern, was wir Ihnen vorgeschlagen haben.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dieser Haushalt jedenfalls, Frau Heinold, ist das politische Programm einer saft- und kraftlosen rot-grünen Landesregierung

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

ohne Zukunftsvisionen, ohne Zukunftsfantasie, ohne Wagemut und ohne Unternehmergeist mit einer Ministerpräsidentin auf Abruf. Das haben die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes weiß Gott nicht verdient.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich weiter das Wort erteile, möchte ich zwei Begrüßungen vornehmen. Erstens begrüße ich auf der Tribüne Gäste der Kommunalpolitischen Vereinigung Schleswig-Holstein aus Großenaspe. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Zweitens begrüße ich die Frau Abgeordnete Tenor-Alschausky, die ich vor einer guten Stunde noch als krank gemeldet hatte. Entweder haben unsere intensiven Genesungswünsche Wunder gewirkt

(Heiterkeit)

oder - wenn das nicht der Fall sein sollte - es muss noch ein verspätetes Entlein vom LPK-Empfang von gestern Abend hier hergeschwommen sein.

(Heiterkeit)

Jedenfalls herzlich willkommen!

Jetzt erteile ich Herrn Abgeordneten Hay das Wort.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mit zwei Bemerkungen anfangen, die ich an den Oppositionsführer dieses hohen Hauses

richte. Herr Kayenburg, vielleicht können Sie mir eine Frage beantworten: Gibt es **Kürzungen** in einem **Landeshaushalt**, gegen die es keine **Proteste** gibt? Mir ist bisher nur ein einziger Verband bekannt, der aufgrund der von der Landesregierung vorgenommenen Haushaltskürzungen bisher nicht protestiert hat, und in diesem Verband bin ich selbst Vorsitzender.

(Heiterkeit und vereinzelter Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Dann haben Sie sich die Antwort ja selbst gegeben!)

Zweite Bemerkung! Sie sprechen davon, dass es gar keine Kürzungen gebe, und anschließend betonen Sie, wie viele Proteste es nun gebe. Sie müssen sich schon entscheiden, was nun richtig ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich gehe davon aus, dass das das Letzte ist.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Meine Damen und Herren, wenn wir in den kommenden Wochen in der SPD-Landtagsfraktion den **Haushaltsentwurf 2001** behandeln, dann werden der **Koalitionsvertrag** und die dort getroffenen Festlegungen unsere Richtschnur sein. Der einzige und richtige Weg für das Land Schleswig-Holstein heißt sparen, heißt Abbau der Neuverschuldung. Dazu gibt es keine Alternative.

(Beifall bei der SPD)

Wir alle wissen, dass die wesentlichen Rahmenbedingungen in Schleswig-Holstein nicht durch uns gesetzt werden und dass sie von uns auch nur begrenzt beeinflussbar sind. Von daher sind die Zwänge, denen wir ausgesetzt sind, enorm. Ich bin sicher, dass es uns bei verantwortlichem Handeln aller Akteure dennoch gelingen wird, die ins Auge gefassten Schwerpunkte Arbeit, Bildung und Innovation mit den nötigen Mitteln auszustatten und gleichzeitig den **Sparkurs** zu beschreiten, der uns mittelfristig neue Gestaltungsmöglichkeiten geben wird. Deshalb wollen wir diesen Sparkurs auch fortsetzen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Auf der anderen Seite bin ich positiv gestimmt, was die **Steuerpolitik** Berlins betrifft. Ich gehe davon aus, dass wir schon mittelfristig spüren werden, wie gut diese Steuerpolitik ist. Sie wird nämlich auch in den Kassen des Landes Schleswig-Holstein zu **Mehreinnahmen** führen. Aber dies wird erst mittelfristig eintreten.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

(Lothar Hay)

Wenn auch der Begriff wegen häufigen Missbrauchs von seiner Leuchtkraft verliert, so ist es doch gerade in der Finanzpolitik wichtig, eine nachhaltige Entwicklung im besten Sinne zu betreiben. Unter dieser Überschrift werden wir in den nächsten Wochen unsere Diskussion in der Fraktion, aber auch gemeinsam mit dem Koalitionspartner führen. Dabei dürfen und werden wir uns durch lautstarke Proteste nicht beirren lassen. Mit diesem Haushaltsentwurf beschreiten wir den richtigen Weg und werden uns davon auch nicht abbringen lassen, auf diesem Weg weiter voranzuschreiten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Das Ziel, das wir vor Augen haben, ist vom Finanzminister schon genannt worden. Wir wollen es schaffen, dass die Neuverschuldung bis zum Jahr 2008 auf null sinkt.

(Beifall bei der SPD - Roswitha Strauß [CDU]: Davon redet ihr schon seit zehn Jahren! - Martin Kayenburg [CDU]: Wie denn? - Weitere Zurufe von der CDU)

Wenn ich mir die Finanzpolitik in Berlin anschau, dann kann ich nur sagen: Alle Achtung, Hans Eichel! Die **Bundesregierung** lässt sich bei dem im letzten Jahr begonnenen **Sparkurs** nicht beirren und das ist richtig so, auch wenn daraus für uns in Schleswig-Holstein über die nächsten Jahre nur schwer tragbare Belastungen erwachsen werden.

Dass die Opposition in Berlin das genauso sieht wie die in Schleswig-Holstein und zu all dem bisher konstruktiv wenig beizutragen hat, ist nicht verwunderlich - das habe ich auch der Rede von Herrn Kayenburg gerade wieder entnehmen können -, hat man doch in Regierungszeiten von CDU und F.D.P. zwar vom Sparen gesprochen, aber die Neuverschuldung immer weiter erhöht.

Ein gutes Beispiel für die Art, wie in Bonn vor 1998 Politik gemacht wurde, ist für mich immer noch der Bundesverkehrswegeplan. Man kann dieses Thema nicht oft genug nennen.

(Heiterkeit des Abgeordneten Holger Astrup [SPD] - Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

- Auf Bundesebene geht der Abbau der Neuverschuldung voran - verehrte Kollegin Strauß, das haben Sie sicherlich auch schon mitbekommen! - und die Entscheidung, die 100 Milliarden DM aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen für den Abbau der Neuverschuldung zu nutzen, ist richtig. Es gibt dazu keine Alternative.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Entscheidung für die Verwendung der Mittel aus den nunmehr eingesparten Zinsen halte ich für akzeptabel.

Wir gehen davon aus, dass die **Steuerreform** die **Wirtschaft** spürbar beleben wird, weil die mittelständische Wirtschaft durch die Steuerreform um 30 Milliarden DM entlastet wird. Rund 65 Milliarden DM müssen die privaten Haushalte im Jahr 2005 weniger an Steuern zahlen als 1998. Dies wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit positiv auf den Konsum auswirken und - das sage ich noch einmal - damit können wir auch mittelfristig in Schleswig-Holstein wieder mit höheren Steuereinnahmen rechnen.

Allerdings muss auch deutlich gesagt werden, dass damit der Steuersenkungsspielraum nach meiner Überzeugung erst einmal vollkommen ausgeschöpft ist. Denn die Länder werden nicht in der Lage sein, noch höhere Steuerausfälle durch die Steuerreform zu verkraften.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Mit einem Blick auf aktuelle Debatten in Berlin gestatten Sie mir ein kurzes Wort zum Lieblingsthema der CDU, der **Ökosteuer**! Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass Sie sich in dieses Thema stürzen. Es lässt sich ja auch wunderbar populistisch ausnutzen.

(Holger Astrup [SPD]: Nur populistisch!)

In der Tat sind die Treibstoffpreise in diesem Jahr deutlich angestiegen. In der Tat sind insbesondere die Speditionen, die Taxiunternehmen, die Busunternehmen und die Berufspendler, die nicht auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen können, in erheblicher Weise von der Preisentwicklung betroffen. Herr Kayenburg, Ihre Äußerung, dass die Entfernungspauschale, die gerade den Berufspendlern entgegenkommt, Schwachsinn sei, halte ich - grob gesagt - für eine Unverschämtheit.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Meine Damen und Herren von Opposition, Sie wissen doch genauso gut wie ich - ich gehe davon aus, dass das auch der Kollege Kubicki weiß -, dass die Preissteigerungen nicht in erster Linie auf die Ökosteuer zurückzuführen sind, sondern in erster Linie die OPEC, die Mineralölkonzerne - wir brauchen uns nur die Bilanzen der Firma Shell anzugucken; das werden Sie sicherlich gemacht haben, Herr Kollege Kubicki - die Verantwortung für die steigenden Rohölpreise

(Lothar Hay)

tragen, doch nicht die Bundesregierung mit der Öko-steuer!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Herr Kollege Schlie, ich will nicht verschweigen - ich lese genauso wie Sie die Zeitung -, dass es richtig ist, über Maßnahmen jenseits der Abschaffung der Öko-steuer - über eine Aussetzung - nachzudenken. Das möchte ich gar nicht verschweigen; das geschieht auch bei uns in der Fraktion.

(Frauke Tengler [CDU]: Echt?)

Diese Entscheidung wird aber nicht hier, sondern in Berlin getroffen

(Klaus Schlie [CDU]: Ja, aber wir können sie doch anschieben!)

und sie darf nicht - was immer dabei herauskommt - zu einer weiteren Belastung der Länder führen. Deshalb war der Vorschlag des Bundesverkehrsministers Klimmt, die Kfz-Steuer abzuschaffen, aus meiner Sicht nicht tragbar, es sei denn, er hätte gesagt, dass die Länder dafür den vollen Ausgleich bekommen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von CDU und F.D.P.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Haushalt 2001 ist der Beginn der neuen Legislaturperiode. Wir stehen vor schwierigen Jahren.

(Reinhard Sager [CDU]: Nach 12 Jahren SPD-Regierung!)

Ich muss schon jetzt deutlich sagen: Wir werden Vereinen, Verbänden und vielen anderen in diesem Lande - auf die Kommunen werde ich gleich eingehen - Kürzungen zumuten müssen. Meine Fraktion wird um Verständnis für diese Kürzungen werben. Es wird nicht immer einfach sein, aber - das habe ich schon dargestellt - dazu gibt es keine Alternative. Es ist uns - das sage ich durchaus mit Selbstkritik - in den vergangenen Jahren nicht gelungen, die **Neuverschuldung** deutlich zurückzuführen.

(Reinhard Sager [CDU]: Hört, hört!)

Sie blieb trotz einmaliger Veräußerungserlöse bis 1998 auf viel zu hohem Niveau, zwischen 1,1 Milliarden und 1,3 Milliarden DM. Erst im vergangenen Jahr ist es uns gelungen, die Neuverschuldung auf eine Größenordnung von zirka 900 Millionen DM zurückzuführen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Reinhard Sager [CDU]: Immobiliendeal!)

Angesichts der Finanzlage des Landes ist der Druck zur Reduzierung der Neuverschuldung in Schleswig-Holstein noch dringender als in anderen Bundesländern und deshalb müssen wir diesen Weg konsequent fortsetzen. Daher trägt die Fraktion auch mit, dass das Geld, das durch die Verbeamtung der Lehrer nicht gebraucht wird, zum Abbau der Neuverschuldung genutzt wird. Das ist der Beginn eines kleinen Beitrages, damit wir das Ziel im Jahr 2008 erreichen. Darauf wird meine Fraktion konsequent hinarbeiten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was die **Einnahmeseite** angeht, so hoffen wir natürlich auf verbesserte Steuereinnahmen. Nur, mein Großvater hat immer gesagt: Das einzige, woran er glaubt, ist, dass dreieinhalb Pfund Fleisch mit einem Mark noch eine gute Suppe ergeben. Das heißt, mit dem Prinzip Hoffnung können wir keine Haushalte hinbekommen.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

Die Daten, die sich im Augenblick zeigen, geben zumindest einen gewissen positiven Charakter.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber nicht für Schleswig-Holstein!)

6,6 % über dem Ist des Vorjahres waren wir im ersten Halbjahr 2000. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass es Veränderungen durch die Steuerreform gibt. Bei der Körperschaftsteuer haben wir schon ein Minus. Im Augenblick würde ich sehr vorsichtig sein, eine Prognose für die **Steuereinnahmen** des gesamten Jahres 2000 zu zeichnen. Ich würde mich freuen, wenn wir dort ein deutliches Plus erzielen.

Was wir im Augenblick noch gar nicht wissen, ist, wie sich die Versteigerung der UMTS-Lizenzen auswirkt. Ich bin froh, dass ein bedeutendes schleswig-holsteinisches Unternehmen den Zuschlag bekommen hat, aber das wird sich für uns steuerlich auswirken. Auf der anderen Seite gehe ich davon aus, dass dadurch eine Vielzahl von Arbeitsplätzen zusätzlich geschaffen werden kann, sodass das am Ende für Schleswig-Holstein sicherlich von Vorteil sein wird, wenn auch kurzfristig von Nachteil.

(Holger Astrup [SPD] und Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Claus Möller hat auf die Risiken hingewiesen, die sich aus der Entfernungspauschale und dem Heizkostenzuschuss ergeben. Das werden wir in Schleswig-Holstein nicht zum Nulltarif bekommen. Wir werden 50 Millionen DM weniger an Steuereinnahmen erhalten.

(Lothar Hay)

Ich möchte zwei weitere Dinge auf der Einnahmeseite ansprechen, zum einen den Verkauf von LEG-Anteilen und zum anderen eine höhere Verzinsung des Haftkapitals der Landesbank. Ob wir die höhere Verzinsung des Haftkapitals der Landesbank bekommen, hängt davon ab, ob die Gewährträger zustimmen. Ich gehe im Augenblick davon aus,

(Martin Kayenburg [CDU]: Dass sie nicht zustimmen!)

dass dies schwer zu erreichen sein wird, auch wegen des anhängigen Verfahrens in Brüssel. In der Konsequenz - darüber ist sich die SPD-Fraktion im Klaren - müssen wir schon jetzt über weitere Kürzungen in Höhe von 200 Millionen DM nachdenken und das werden wir im Laufe der Haushaltsberatungen machen müssen.

(Beifall der Abgeordneten Jürgen Weber [SPD] und Martin Kayenburg [CDU])

Auf der **Ausgabeseite** ist es zu deutlichen Einsparungen bei den Verhandlungen des Finanzministers mit den einzelnen Häusern gekommen. Die Landesregierung ist mit der Einsparung von mehr als 70 Millionen DM bei den Förderprogrammen auf dem richtigen Weg. 31 Förderprogramme laufen aus - etwas, was wir in diesem hohen Hause immer gefordert haben. Wenn jetzt kritisiert wird, dass sich die Einsparung von 70 Millionen DM auf die erhöhten Anmeldungen im Jahr 2001 bezieht und nicht auf das Soll des Jahres 2000, so muss man dazu sagen, dass natürlich auch im Bereich der Förderprogramme notwendige Erhöhungen vorgenommen werden mussten und es - Gott sei Dank - zusätzliche Gelder aus Brüssel gibt, die wir über Regionalprogrammmittel binden müssen. Wir werden uns - ich habe es eben angekündigt - in den nächsten Wochen weiter darum bemühen, die Förderprogramme noch einmal daraufhin zu überprüfen, inwieweit weitere Kürzungen und Zusammenfassungen an der einen oder anderen Stelle erforderlich und vielleicht auch zwingend notwendig sind.

Mit einem Blick auf die eigene Fraktion, aber auch auf den Koalitionspartner möchte ich sagen: Wer an der einen oder anderen Stelle über die Rücknahme von Kürzungen nachdenken will, der ist in der Pflicht, Kürzungen in gleicher Höhe an anderer Stelle im selben Einzelplan vorzuschlagen. Das gilt auch für den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Bernd Schröder [SPD])

Wenn ich mich für eine Überprüfung unserer Politik hinsichtlich der Verbraucherzentrale ausspreche, dass wir neu definieren müssen, welche Schwerpunkte die **Verbraucherzentrale** setzen muss, und gleichzeitig

meine Meinung geäußert habe, dass der Schwerpunkt Ernährungsberatung woanders hingehört, dann ist aus meiner Sicht ein gewisses Signal gegeben. Aber die Arbeit der Verbraucherzentrale in Schleswig-Holstein ist für mich unverzichtbar.

(Beifall im ganzen Haus - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es gibt dazu einen Landtagsbeschluss!)

Meine Damen und Herren, bei den Kürzungen im Bereich der **Förderprogramme** schwankt die Opposition bisher noch zwischen Zustimmung und Ablehnung. Ich ziehe daraus die Hoffnung, dass wir vielleicht in der Lage sein werden, in den nächsten Wochen bei der Frage von Reduzierungen zu einem konstruktiven Dialog zu kommen. Ich jedenfalls werde Sie bitten, mit mir zusammen Vier-Augen-Gespräche zu führen, und zwar die Fraktionsvorsitzenden von CDU, F.D.P. und SSW, in der Hoffnung, dass es zumindest in dieser Situation des Haushaltes des Landes Schleswig-Holstein eine Übereinkunft in wichtigen Grundsatzzfragen geben kann.

(Frauke Tengler [CDU]: Ihr könnt das nicht!)

Ich gebe die Hoffnung nicht auf. Sie können ja sagen, dass Sie mit mir nicht sprechen wollen.

Ein weiterer wichtiger Punkt auf der Ausgabeseite ist die **Kürzung im kommunalen Finanzausgleich** um viermal 100 Millionen DM, beschlossen vom Kabinett im Juli. Ich habe am vergangenen Wochenende mit Mitgliedern der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik auf deren Mitgliederversammlung über diesen Konsolidierungsbeitrag der Kommunen diskutiert. Wir wissen um die Schwierigkeiten der Kommunen vor dem Hintergrund der großen Veränderungen durch die Steuerreform; denn die Kommunen werden durch Veränderungen genauso betroffen wie das Land Schleswig-Holstein.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Reichlich!)

Da ich aus einer kreisfreien Stadt komme, weiß ich auch, wie die Verschuldungssituation vieler zentraler Orte, kreisfreier Städte und auch einiger Landkreise ist, welche Schwierigkeiten man hat, ausgeglichene Haushaltsentwürfe vorzulegen. Wir haben daher Verständnis für die Kritik, die von der kommunalen Familie an den Plänen der Landesregierung geäußert wurde. Die zahlreichen Resolutionen, die uns in den letzten Wochen erreicht haben, wurden auch mit sozialdemokratischen Stimmen verabschiedet und das lässt uns in der SPD-Landtagsfraktion nicht unberührt. Wir Sozialdemokraten stehen zu unserer Verantwortung für starke und leistungsfähige Kommunen. Wir können jedoch auch nicht ignorieren, dass zwischen dem Land und der kommunalen Familie eine Schicksalsgemein-

(Lothar Hay)

schaft besteht, in der einer auf den anderen angewiesen ist. Dies wird von vielen Kritikern, vor allen denen, die auf der rechten Seite dieses Hauses sitzen, manchmal ignoriert.

In Ihrer Regierungszeit haben Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, in steter Regelmäßigkeit aber gerade an diese Verantwortung appelliert und sich anschließend kräftig aus dem kommunalen Finanzausgleich bedient.

(Holger Astrup [SPD]: Richtig!)

Allein in den Jahren 1971 bis 1984 waren das über 350 Millionen DM.

(Zuruf des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

Dass die Notwendigkeit solcher Eingriffe von der damaligen Landesregierung in einem Sonderausschuss begründet oder in einem solchen Gremium gar über Ausgleichsmaßnahmen zugunsten der Kommunen nachgedacht wurde, ist mir dagegen nicht überliefert worden. Sie haben das vielmehr einfach durchgezogen und die Kommunen ihrem Schicksal überlassen. Das habe ich als Kommunalpolitiker selbst gemerkt. Dies hindert Sie jedoch nicht daran, sich jetzt als Retter der kommunalen Finanzen aufzuspielen. Aber, Herr Kayenburg, wer ist nicht berufener zum Predigen als der Sünder!

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe der Abgeordneten Reinhard Sager [CDU] und Martin Kayenburg [CDU])

- Manchmal muss man eine Pause machen, damit es verstanden wird. Bitte hören Sie aufmerksam zu, das ist für Sie vielleicht auch ganz wichtig.

Nach unserem heutigen Kenntnisstand erfordert die finanzielle Situation des Landes - die Haushaltssituation - einen **zeitlich befristeten Beitrag der Kommunen**. Dieser soll - wie auch im Beschluss des Sonderausschusses deutlich gemacht wurde - durch ein Bündel von Maßnahmen abgedeckt werden.

(Klaus Schlie [CDU]: Das wollen wir mal sehen!)

Ich nenne hier das Stichwort Deregulierung. Darüber müssen wir uns im Landtag noch unterhalten, um zu sehen, ob die Übereinkunft denn so groß ist. Weiter sind die Funktionalreform und die Sonderausschüttung beim kommunalen Investitionsfonds zu nennen.

(Klaus Schlie [CDU]: Das ist das Geld der Kommunen!)

- Herr Schlie, das wissen wir alle. Sie sind nicht der Einzige, der etwas begriffen hat. Wir wissen, dass dieses Geld den Kommunen zusätzlich zur Verfügung gestellt wird, zum Beispiel für dringend notwendige Investitionen, nicht nur im schulischen Bereich. Ich habe mir erzählen lassen, dass die Verhandlungen mit den Landesverbänden erfreulich weit sind.

(Klaus Schlie [CDU]: Was wird denn da abgedeckt? Das ist doch albern!)

Wir wissen, dass wir alle einen Eid geleistet haben, einen verfassungskonformen Landeshaushalt aufzustellen, dessen Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sind. Meine Fraktion hat im Juli einen Beschluss gefasst, lange bevor Sie, Herr Kayenburg, meinten, Sie hätten uns zu einem Beschluss getrieben. In diesem Beschluss haben wir gesagt: Sollte sich die finanzielle Situation des Landes günstiger als bisher prognostiziert entwickeln, so gehen wir davon aus, dass über eine Reduzierung des Eingriffs in den kommunalen Finanzausgleich oder dessen Aussetzung nachgedacht werden muss. Diese Entscheidung wird meine Fraktion - nach Vorlage der Steuerschätzung - im November treffen, weil wir dann erst die verlässlichen Daten haben, auf Grundlage derer wir eine Entscheidung für den Haushalt 2001 treffen können. Alles andere wäre unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD)

In der Enquetekommission erwarten wir eine kritische **Debatte über die Kommunalverfassung**. Eine Randbemerkung von mir: Das Ehrenamt muss endlich einmal gestärkt werden, nachdem die Quadratur des Kreises nicht funktioniert hat.

(Klaus Schlie [CDU]: Sehr richtig! - Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir erwarten auch, dass insbesondere über die Finanzbeziehungen der Kommunen untereinander diskutiert wird, damit gewisse Ungerechtigkeiten beseitigt werden können. Das ist ein Thema, das die Kreispolitiker nicht gern angehen, weil es zusätzliche Verantwortung bedeutet.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Im Folgenden möchte ich zu Einzelpunkten Stellung nehmen, die meiner Fraktion in besonderem Maße wichtig sind.

Die **Minderheitenpolitik** in Schleswig-Holstein und in Dänemark ist international beispielgebend für einen konstruktiven wechselseitigen Umgang mit Minder-

(Lothar Hay)

heiten und für eine Entschärfung historischer Konflikte. Daran darf sich auch in Zukunft nichts ändern.

(Beifall bei SPD und SSW)

Es muss aber auch gelten: Wenn der gesamten Gesellschaft Kürzungen zugemutet werden, dann müssen und dürfen die Minderheiten davon nicht als Einzige ausgenommen werden. Sie können es auch nicht. Das würde auch die Stellung der Minderheiten in der Gesellschaft beeinträchtigen. Auf der anderen Seite sage ich deutlich: Minderheiten sind anders zu behandeln als Grenzverbände oder Wohlfahrtsverbände. Hier gibt es den Verfassungsauftrag.

(Beifall bei SPD und SSW)

Es muss aber auch gelten, dass es nicht zu einem Ungleichgewicht zwischen der Förderung der dänischen Minderheit bei uns und der der deutschen Volksgruppe nördlich der Grenze durch den dänischen Staat und das Land Schleswig-Holstein kommen darf. Wir können nicht darauf hoffen, dass unser nördlicher Partner Defizite auffängt, die durch Kürzungen bei uns entstehen würden. Von daher werden wir diese Bereiche mit Sicherheit noch einmal genau unter die Lupe nehmen müssen und gucken, ob es im Lichte von Steuerschätzungen Veränderungen der einen oder anderen Art geben kann.

(Lars Harms [SSW]: Sehr gut!)

Was die Kulturarbeit der Friesen - es gibt nicht nur einen Friesen in diesem Hause - und der Sinti und Roma angeht, so müssen wir sehr sorgfältig überlegen, ob minimale Einsparungen im Landeshaushalt kulturpolitisch nicht mehr Schaden als Nutzen bringen.

(Beifall bei SPD, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Schleswig-Holstein ist die Brücke zwischen Norden und Süden und Osten und Westen. Wir sind ein Brückenland, in dem man sich begegnen und Nachbarn treffen kann. Dieser wichtigen Funktion müssen wir uns noch stärker als bisher stellen und die sich daraus ergebenden Chancen ergreifen. Herr Kayenburg, insofern bedeutet für mich Ostseekooperation, Ost-Nordseekooperation oder eine neue Ostpolitik, dass darin die Chancen Schleswig-Holsteins liegen. Daran müssen wir mit Kraft arbeiten. Für mich ist das viel mehr als Worthülsen, das ist ein realer Auftrag für uns alle in diesem hohen Hause.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig! - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden in diesen Tagen noch eine Debatte zum Thema **Rechtsextremismus** führen, das in diesem Sommer besonders in den Blick der Medien gerückt

ist. Was mögliche finanzielle Aspekte angeht, will ich nur sagen: Wir müssen uns vor einem kurzfristigen Aktionismus hüten, der nur den klaren Blick vernebelt und ignoriert, dass die bekannten Einstellungen sowohl durch Verhalten als auch durch die Verhältnisse, aber auch durch Ängste von Menschen, die wir durchaus ernst nehmen müssen, geprägt sind.

Für uns ist der Rechtsextremismus kein Modethema. Wir haben bereits vor der Sommerpause unsere Große Anfrage zu diesem Themenkomplex öffentlich vorgestellt und ich gehe davon aus, dass wir uns nach der Antwort im November auch entscheiden müssen, wo wir möglicherweise haushaltsmäßig nachbessern oder auch bei der einen oder anderen Kürzung bei Förderprogrammen umschichten müssen, um deutlich zu machen, dass das Wichtigste ist, junge Menschen nicht in den rechtsextremen Bereich abdriften zu lassen. Wir erwarten von den Verbänden aber auch, dass diese Maßnahmen aufgegriffen werden. Wir hoffen, dass durch die zur Verfügung gestellten Gelder Angebote stabilisiert und eventuell auch erhöht werden können. Es gibt viele Beispiele, durch die in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich - manchmal auch außerhalb der Medien - Arbeit in dem angesprochenen Sinne geleistet wurde. Lassen sie mich als Beispiel die Aktion „Sport gegen Gewalt“ nennen. Das ist für mich das beste Programm gegen Gewalt, gegen Rechtsextremismus.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen und für meine Fraktion an dieser Stelle den Polizeibeamtinnen und -beamten unseren Dank und unsere Anerkennung für ihr besonnenes Verhalten anlässlich der vergangenen Demonstrationen von Rechtsextremisten in Neumünster aussprechen.

(Beifall im ganzen Haus)

Die Erklärung der Polizei anlässlich der Demonstration in Neumünster vom 15. September, in der sie sich deutlich von dem menschenverachtenden Verhalten des von ihnen zu begleitenden Aufzuges der Neonazis distanzierte, ist ein Signal, von dem ich ausgehe, dass es in der Bevölkerung deutlich verstanden wurde.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir sind uns darüber im Klaren, dass Dank allein nicht die dauerhaft notwendige Ausstattung der Polizei ersetzt und werden deshalb in zukünftigen Haushalten einen stärkeren Blick auf diese Fragen richten müssen.

Die Entscheidung der Landesregierung, den **Universitäten in Kiel und Lübeck** insgesamt 5 Millionen DM zusätzlich zur Verfügung zu stellen, wird von der SPD-Fraktion voll mitgetragen. Wir streben verlässli-

(Lothar Hay)

che und längerfristige, das heißt mindestens dreijährige Zielvereinbarungen zwischen dem Land und den Hochschulen an. Auf deren Basis müssen die Hochschulen strukturelle Einschnitte, die nicht immer ohne Schmerzen und Konflikte hingenommen werden, leisten. Uns täte mehr Gelassenheit und Abwarten gut! Die Hochschulen brauchen Planungssicherheit, die auch den jährlichen Tarifabschlüssen bis zu einem gewissen Ausmaß Rechnung tragen muss. Wir wollen uns daher dafür einsetzen, dass es nicht bei einer einmaligen Zahlung von 5 Millionen DM im Haushalt 2000 bleibt, sondern dass zumindest ein erheblicher Teil des Betrages zur dringend notwendigen Unterstützung struktureller Veränderungen an den Hochschulen des Landes auch in die mittelfristige Finanzplanung übertragen wird.

(Jürgen Weber [SPD]: Sehr gut! - Beifall bei der SPD)

Man kann nicht häufig genug darauf hinweisen, dass **Bildung** einer der Schwerpunkte in dieser Legislaturperiode bleibt.

Zu den großen Herausforderungen der kommenden Jahre gehören nach wie vor eine gute **Unterrichtsversorgung** und vor allen Dingen die **Nachwuchssicherung im Lehrerberuf**. Hier werden wir - trotz Haushaltskonsolidierung - keine Abstriche machen. 200 neue Planstellen im schulischen Bereich Jahr für Jahr, jede frei werdende Planstelle wird wieder mit einem jungen Lehrer, einer jungen Lehrerin besetzt, die Stundengebermittel sollen so bleiben und 100 neue Referendarstellen - das sind klare Akzentsetzungen und sie unterstreichen deutlich den Willen der SPD-Landtagsfraktion und der SPD-Grünen Landesregierung, unseren Kindern eine gute Ausbildung zu geben. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, wer noch mehr will, der soll dann bitte auch sagen, woher er die Mittel nehmen will.

(Beifall bei der SPD)

Dies gilt auch für die Ausweitung von Betreuungsangeboten, Herr de Jager. Ich habe mit Interesse Ihren Umdruck gelesen. Sagen Sie bitte in der Debatte, woher Sie das Geld nehmen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Mit unserem **Programm „ziel“**, das sich aus den Instrumenten „Zukunft auf dem Lande“, „Regionalprogramm 2000“ und „ASH 2000“ zusammensetzt - man kann diese drei Säulen nicht oft genug nennen -, wären dann für die kommunale Ebene viele Investitionsentscheidungen möglich, die es ohne dieses Programm mit einem Umfang von 2,3 Milliarden DM nicht gegeben hätte. Vielleicht ist es in der Sommerpause, wo ja nur wenige Nachrichten in den Zeitungen

standen, etwas untergegangen. Der Ausschuss für Agrarstruktur und ländliche Entwicklung in Brüssel hat dem Konzept „Zukunft auf dem Lande“ vor wenigen Wochen einstimmig zugestimmt. Die EU-Kommission hat formal dann auch noch einmal diesen Beschluss gefasst. Jetzt stehen dem Lande Schleswig-Holstein bis 2006 rund 467 Millionen DM aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds zur Verfügung.

(Zuruf von der CDU: Wie wollen Sie das kompensieren?)

Wir werden uns dafür einsetzen, dass dieses Geld und die Vorfinanzierung aus Mitteln des Bundes und des Landes für Maßnahmen von höchster Qualität eingesetzt werden. Darüber müssen Sie sich keine Sorgen machen; denn wir haben eine Vielzahl von Struktur- und Entwicklungsanalysen gerade im ländlichen Bereich, die aufzeigen, in welche Richtung sich dieses Land weiterentwickeln wird. Da muss man keine Angst haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

Das Thema „Landwirtschaftskammer“ hat in den vergangenen Wochen in der Presse immer wieder eine Rolle gespielt, zugegebenermaßen vielleicht auch durch uns selbst angefacht.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Für die mittelfristige Haushaltssanierung muss sich das Land aus der Finanzierung von originären Selbstverwaltungsaufgaben zurückziehen; darüber ist sich meine Fraktion einig. Das gilt auch für die **Landwirtschaftskammer**. Weil es nun diese Unstimmigkeiten in der Öffentlichkeit gegeben hat, betone ich, dass wir der Ministerin für ländliche Räume und den übrigen Beteiligten bis zum 1. Januar 2002 Zeit für die Neuordnung der Kammer lassen. Dann muss ein neues Gesetz in Kraft treten.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Die unvermeidliche Kürzung der Mittel um 1,5 Millionen DM im Haushaltsentwurf für 2001 tragen wir mit. Zu prüfen ist, in welchen Bereichen die Landwirtschaftskammer Aufgaben des Landes ausführt, damit sie davon entlastet werden kann.

Schlimmer als das Wetter in diesem Sommer war sicherlich die Arbeit des **Tourismusverbandes**.

(Beifall bei der F.D.P.)

- Ich sehe, Sie waren in diesem Sommer in Schleswig-Holstein. Insbesondere das skandalöse Finanzgebaren

(Lothar Hay)

der Geschäftsführung des Verbandes führte bereits dazu, dass wir im Finanzausschuss strenge Anforderungen an die Auszahlung der Mittel gestellt haben, die im Haushalt 2000 eingeplant waren. Nach dem neuen gemeinsamen Konzept der Tourismusverbände, welches von Frau Ministerin Franzen befürwortet wird, wird das operative Geschäft im Tourismusmarketing von der verbandspolitischen Arbeit der Interessenvertretung getrennt. Ich weiß noch, dass es einen Kollegen aus Heiligenhafen gab, der das schon im Jahre 1982 einmal gefordert hat.

Die neue Tourismusagentur Schleswig-Holstein soll durch die Vergabe von Projektaufträgen die Stärken unseres Landes zielgruppenorientiert vermarkten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie viel Geld hat diese Agentur?)

Bevor wir die Linie des Ministeriums unterstützen, Herr Kollege Kubicki, werden wir allerdings sorgfältig analysieren, was die Verbände in der für November geplanten Anhörung vor dem Fachausschuss zu diesem Konzept sagen.

(Beifall bei SPD und F.D.P. - Jürgen Weber [SPD]: Sehr gut!)

Wir werden dafür sorgen, dass die jetzige Transparenz in der Verwendung von Haushaltsmitteln nicht wieder verloren geht.

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließend noch einmal Folgendes deutlich machen: Es gibt keine Alternative zum Sparen und zum Abbau der Neuverschuldung. Die SPD-Fraktion und die Landesregierung sind sich in diesem Ziel einig. Die SPD-Fraktion selbst arbeitet daran, weitere Einsparungsvorschläge zu machen. Wer an einer Stelle auf Kürzungen verzichten möchte, muss dafür an anderer Stelle Kürzungsvorschläge machen. Nur so kann es gehen. Es ist das Ziel der SPD-Fraktion, bereits im Jahre 2001 einen spürbaren Schritt in Richtung Konsolidierung zu machen. Gleichzeitig wollen wir die Schwerpunkte Arbeit, Bildung und Innovation für die kommenden Jahre stärken. Dass wir auf dem richtigen Wege sind, konnte man den heutigen Zeitungen entnehmen. Dort stand zu lesen, dass die Betriebe in Schleswig-Holstein mit einem Umsatzplus von 12,5 % rechnen. So gut geht es unserem Lande, und das wollen wir weiter vorantreiben. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Lothar Hay hat eine in einigen Teilen wirklich bemerkenswerte Rede gehalten. Ich möchte für mich selbst und für meine Fraktion zusagen, Kollege Hay, dass wir das Gesprächsangebot nicht nur annehmen, sondern es auch wahrnehmen werden. Sie können allerdings nicht erwarten, dass wir alles mittragen werden, was die Regierungsfaktionen sich vorstellen, sondern die Regierungsfaktionen oder deren Fraktionsvorsitzende müssen mit den Vorschlägen der Opposition zumindest etwas sorgfältiger umgehen, als es in der Vergangenheit der Fall war. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass einige der Vorschläge, die wir früher gemacht haben, ursprünglich abgelehnt wurden, jetzt aber Politik der SPD-Fraktion geworden sind.

(Beifall bei der F.D.P.- Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Es stimmt tatsächlich. Die Welt ändert sich rasend schnell. Zu Beginn dieses Jahres war Schleswig-Holstein noch ganz vorn. Die wahlkämpfenden Sozialdemokraten - es ist noch nicht ein Jahr her; man darf daran erinnern - mit der Ministerpräsidentin an der Spitze zogen durchs Land und verbreiteten ihre Erfolgsmeldungen: Schleswig-Holstein überall vorn, egal ob Wirtschaft, Soziales oder öffentliche Verwaltung. Blühende sozialdemokratische Landschaften, so weit das Auge reichte.

Und heute? - Wo steht unser Land? Oder besser gefragt: Wo steht das Land Schleswig-Holstein tatsächlich? Wie viel sind die Jubelmeldungen heute noch wert? Wenn wir uns die Pressemeldungen der letzten Tage und Wochen so anschauen, dann befürchte ich: nicht mehr viel!

Frau Ministerpräsidentin, erlauben Sie mir, dass ich Sie persönlich anspreche, da ich - entschuldigen Sie - die Sendung am Sonntag Abend ausschalten musste; denn ich habe es einfach nicht mehr ausgehalten.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU])

Wie erklären Sie sich die Tatsache, dass sich die **finanzielle Situation des Landes** seit Jahren relativ zu den anderen Bundesländern verschlechtert? Warum stimmen die „Schleswig-Holstein-vorn-Erklärungen“ immer weniger mit der Wirklichkeit überein?

Im Mai 2000 sagte der ansonsten an sich sehr kompetente und von mir sehr geschätzte Wirtschaftsminister dieses Landes noch, dass er für das Jahr 2000 - so wörtlich - „eine Wachstumsrate von über 3 % für Schleswig-Holstein für erreichbar“ halte.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Ja!)

(Wolfgang Kubicki)

Warum ist Schleswig-Holstein plötzlich das Schlusslicht bei der **Wirtschaftsentwicklung** im ersten Halbjahr 2000 mit einem Wachstum von nur 1,3 %? Warum hat das Bauhauptgewerbe in Schleswig-Holstein mit einem Minus von 5 % den größten Rückgang aller westdeutscher Länder bei der Bruttowertschöpfung zu beklagen, während selbst Länder wie das Saarland noch Zuwächse zu verzeichnen haben?

(Martin Kayenburg [CDU]: Saarland hat einen CDU-Ministerpräsidenten!)

Das muss auch etwas mit der Politik des Landes zu tun haben. Kollege Hay hätte die Pressemeldung von heute Morgen etwas weiter lesen sollen. Dann hätte er gelesen, was Herr Driftmann dazu gesagt hat. Das muss damit zu tun haben, dass der Ankündigungspolitik bedauerlicherweise wenig Taten folgten.

(Beifall bei der F.D.P. und von Abgeordneten der CDU)

Wenn es ausnahmsweise einmal gut läuft - ich kann mich an die Wetten des letzten Jahres noch erinnern, Herr Rohwer -, dann ist es doch auch nur der großen Weitsicht dieser Landesregierung zu verdanken.

(Holger Astrup [SPD]: Das stimmt!)

Die F.D.P. ist in der Tat der Meinung, dass diese Entwicklung etwas mit der Politik der Landesregierung zu tun hat. Wer jahrelang wichtige Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen zerreißt, wer Zukunftstechnologien wie die Gen- und die Biotechnik einseitig verteuert und wer in einer international verflochtenen Welt auf provinzielle Sonderwege setzt, der darf sich nicht wundern, wenn die Ergebnisse nun einmal so sind, wie sie eben sind.

Und ich will an diesem Punkt an eine ganz besonders pikante Geschichte erinnern, die auch etwas mit sozialdemokratischer **Forschungspolitik** zu tun hat. Frau Bulmahn erklärt jetzt, dass sie Milliardenbeträge in die humangentechnische Forschung investieren wird. Und die sozialdemokratisch geführten Länder - allen voran auch Schleswig-Holstein -, in denen Gentechnik früher verteuert wurde, rufen nun: Die Mittel dürfen aber nicht nach Baden-Württemberg und Bayern fließen, nur weil dort die Einrichtungen sind! - Sie haben das doch seit 1996 selbst verschlafen. Sie haben das selbst verschuldet, dass wir hier keine entsprechenden Einrichtungen haben.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Es steht zu befürchten, dass wir es nicht nur mit statistischen Ausreißern zu tun haben. Das wissen Sie selbst sicherlich am besten. Denn die Erklärungen des Wirtschaftsministers - die ihm vorliegenden Eingangs-

zahlen aus dem verarbeitenden Gewerbe ließen auf eine baldige wirtschaftliche Erholung schließen - sind genauso seriös wie ein Blick in die Glaskugel. Herr Wirtschaftsminister, die Probleme, die wir demnächst auf dem Ostufer haben werden, sind ein Warnsignal, das wir nicht unterschätzen dürfen.

Nein, hier verfestigen sich Tendenzen. Warum - habe ich bereits im Januar den Landesfinanzminister gefragt - entwickelt sich Schleswig-Holstein im Länderfinanzausgleich denn nach einem kurzen Intermezzo bei den Geberländern seit Jahren mit immer größeren Beiträgen zum Nehmerland? Warum schreiben Sie selbst, dass wir auf absehbare Zeit nicht damit rechnen können, unsere Position zu verbessern? - Im Januar gefragt, bis heute haben wir darauf keine Antwort. Das wird doch bestimmt nicht so sein, weil wir besser geworden sind und die anderen uns eine Erfolgsprämie zahlen. Im Gegenteil, der **Länderfinanzausgleich** zeigt es überdeutlich, unsere Position verschlechtert sich relativ zu den anderen Bundesländern - übrigens auch relativ zu den ostdeutschen Bundesländern, die wir früher einmal für die Fußkranken der Nation gehalten haben. Frau Ministerpräsidentin, wir haben diese Debatten so oft geführt. Ohne Erfolg, wie man sieht.

Natürlich findet in Schleswig-Holstein Strukturwandel statt. Das bestreitet auch niemand, aber das ist nicht der Kern des Problems. Wir werden in Itzehoe mit Unterstützung des Landes eine Chipfabrik bekommen, die 200 Arbeitsplätze schafft. Das ist gut und das ist richtig. Aber das reicht nicht. In Sachsen hat die Firma AMD mit massiver Unterstützung des Freistaates eine Fabrik mit 1.200 Arbeitsplätzen errichtet. Die Frage ist doch, ob der Strukturwandel so schnell erfolgt, dass das Land seine relative Position im Vergleich zu den anderen zumindest halten kann. Ich sage Ihnen, schauen Sie sich die Zahlen an: Noch nicht einmal das gelingt!

Es ist langsam auffallend, dass Schleswig-Holstein immer nur in regierungsamtlichen Statistiken auf dem vorderen Rang liegt. Es sind die kleinen und unspektakulären Erklärungen, Frau Ministerpräsidentin, die entlarvend sind. So war vor wenigen Tagen von Ihnen eine Äußerung zu lesen, dass künftig kein Vorhaben mehr vom Kabinett verabschiedet werden wird, das nicht auf die Möglichkeit der Mitfinanzierung durch die EU geprüft wurde. Nachdem die Kompetenz für die Europapolitik auf die Staatskanzlei übertragen wurde, liegt der Politikschwerpunkt auf der Überprüfung, wo man noch 3,50 DM für das Land herausholen

(Wolfgang Kubicki)

kann, nicht etwa auf der Frage der Sinnhaftigkeit oder der Zukunftsfähigkeit eines Projektes.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Es ist bezeichnend, dass Ihr erster Gedanke nicht darauf zielt, Schleswig-Holstein unabhängig von Förderböfen zu machen. Sie sind jetzt auch gedanklich bei den Verlierern angekommen. Deutlicher hätte man die inhaltliche und finanzielle Bankrotterklärung nicht machen können.

Wie will diese Landesregierung Aufbruchstimmung erzeugen, wie will sie die Wirtschaft überzeugen, dass sie hier im Land investieren soll, wenn sie in ihrem eigenen Beritt mit ihren **Reformvorhaben** ständig scheitert? Schleswig-Holstein hat sich sehr früh mit dem Thema Verwaltungsmodernisierung auseinandergesetzt. Was ist passiert? - Statt Vorteile für das Land zu erarbeiten, wurden Vorurteile auf Kosten des Landes umgesetzt. Und ich frage: Das Leitbild - war da noch etwas? Der Pensionsfonds - sang- und klanglos aufgelöst. Die Funktionalreform - eingeschlafen. Der Immobiliendeal - vom Verfassungsgericht gestoppt. Die Entbeamtung - mit 300 Millionen DM Miesen wieder einkassiert. Und zu allem Überflus hat die Landesregierung in der inneren Sicherheit auch noch den COMPAS verloren.

Alle zentralen so genannten Modernisierungsvorhaben sind in der Normativität der Fakten oder durch Entscheidungen oberster Gerichte gestoppt worden. Einzig und allein die Modernisierungsrhetorik ist übrig geblieben. Auf Dauer wird das als Ersatz für Politik zu wenig sein. Schleswig-Holstein ist das Land, das Heißluft atmet, nicht Zukunft. Marketing statt Marktorientierung, Wellness statt Bildung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich zitiere:

„Wann immer Politiker Zahlen zu Papier bringen, ist Vorsicht angebracht - vor allem, wenn das Zahlenmaterial nicht etwa ordentlich und möglicherweise in Tabellenform als Anlage beigefügt ist, sondern wenn die Zahlen mit hohem Aufwand und ausschnittsweise in den Text eingearbeitet sind. ... Das vielleicht beste Beispiel dafür sind die Informationen rund um die Haushalte in Bund und Ländern. ... Geradezu legendär ist auch die semantische Grobheit, mit der Steuereinnahmen, deren Zuwachs geringer ausfällt als vor Jahresfrist prognostiziert, zu 'Mindereinnahmen' umgepolt werden.“

Das ist eine Passage aus einem Beitrag des in diesem Haus nicht unbekanntenen Journalisten Ludger Fertmann. Unter der Überschrift „Auf Manipulation ge-

fasst sein“ beschreibt er in der SAGE & SCHREIBE-Werkstatt für angehende Journalisten die Möglichkeit der Manipulation des Lesers durch Sprache. Ich verzichte drauf, Herrn Minister Möller eine Kopie des Artikels zukommen zu lassen. Das wäre auch pure Zeitverschwendung, denn zur Illustration der beschriebenen Praktiken greift der Autor auf eine Erklärung des Finanzministers des Landes Schleswig-Holstein zurück.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Dieser schönen Tradition der Sprachverkleisterung fühlt sich der Minister bis heute verpflichtet.

Vor gar nicht allzu langer Zeit zogen die Ministerinnen und Minister durch das Land und kündigten die vielen Wohltaten an, die im kommenden Haushaltsjahr zu erwarten seien. Als es nichts mehr Großartiges zu verkünden gab, hat man sich zum „Modell Schweigen“ durchgerungen und der geneigten Öffentlichkeit nur noch das Nötigste mitgeteilt. Jetzt ist man in der dritten Phase angelangt. Claus Möller ist nun der selbsternannte brutalst mögliche Sparer.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Der Imagewechsel weg vom Herrn der Löcher weist allerdings eine Konstante auf: Er beruht auf Zahlenschrott.

Im Frühjahr des Jahres musste die geneigte Öffentlichkeit wahre Horrormeldungen aus dem Finanzministerium verdauen. Woche für Woche wurde die Haushaltslücke größer und endete letztlich bei einer Deckungslücke von fast einer Milliarde DM. Aber wie Scotty, der legendäre Chefingenieur des Raumschiffes Enterprise, hat sich der Finanzminister auf einen alten Trick besonnen. So wie Scotty seinem Chef Captain Kirk immer mitgeteilt hat, die Reparatur dauere mindestens zehn Stunden, obwohl er sich im klaren darüber war, dass er es auch in eineinhalb Stunden hinbekommen konnte, hat der Finanzminister einfach zusammengerechnet, was die Ressorts denn so alles bei ihm angemeldet haben. Dazu hat er die globalen Mindereinnahmen der mittelfristigen Finanzplanung addiert, mit den „Mindereinnahmen“ der **Steuerreform** verrührt und fertig war das vermeintliche Milliardenloch. Heldenhaft

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

hat Scotty Möller diese Lücke geschlossen und kräftig eingespart, indem er mit den Ressorts aushandelte - das ruft wirklich Erstaunen hervor -, dass diese das Geld, das das Land sowieso nicht hat, auch nicht ausgeben dürfen.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

(Wolfgang Kubicki)

Dieser Weg sollte vom Finanzminister konsequent weitergegangen werden. Im Jahre 2002 schließt er dann eine Deckungslücke von 1,5 Milliarden DM und peilt in der Folge den Sprung über die zwei Milliarden-Marke an. Ich möchte die Analogien nicht übertreiben, aber in der Fortsetzung der berühmten Serie ist der Kapitän des Raumschiffes eine Frau und der Bordingenieur hat einen Sehfehler.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Er kann nur mit Hilfe einer Spezialbrille etwas sehen, wobei Gerüchte besagen, dass der bessere Durchblick durch einen besonderen gelben Filter erzeugt wird.

Aber im Ernst: Was ist denn aus dem großen **Sparprogramm** geworden? - Unter der Überschrift „Finanzminister stellt Liste der gekürzten Förderprogramme vor“, findet sich folgende Berechnung der Einsparung: Im Jahr 2000 stehen 898 Millionen DM für Förderprogramme zur Verfügung. Die Anmeldungen der Ressorts für 2001 betragen 974 Millionen DM. Macht Mehranmeldungen gegenüber dem Plan 2000 von rund 76 Millionen DM. Diese Mehranmeldungen wurden durch den nimmermüden Einsatz des Kabinetts um 69 Millionen DM gekürzt. Wo ist nun die Einsparung? - Das weiß der Finanzminister allein, denn ein Mehr von 76,2 Millionen DM, verringert um 69,4 Millionen DM, macht immer noch ein Plus von rund 6,8 Millionen DM im Jahr 2001 gegenüber der Veranschlagung im Jahr 2000 aus. - Ludger Fertmann, übernehmen Sie!

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Der Finanzminister macht doch nur das, was wir in jedem Politikbereich dieses Landes begutachten können. Ganz nach dem Motto: Alles wird anders, aber es ändert sich nichts, haben Sie das Gewurstel der vergangenen Jahre einfach fortgesetzt. Nur das Marketing hat sich geändert. Neu im Angebot ist die Aussage, man wolle bis 2010, 2008, 2007 oder wann auch immer einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Seit 1988 gibt es in diesem Land mittelfristige Finanzplanungen von Sozialdemokraten - das muss man wirklich nachlesen, jedes Jahr wieder neu -, die einen Ausstieg aus dem Schuldenanstieg ankündigen.

(Zuruf des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

Die mittelfristige Finanzplanung für 1990 erwartete für 1994 eine Nettoneuverschuldung in Höhe von 657 Millionen DM. Heraus kamen 1.279 Millionen DM. 1995 ging die **mittelfristige Finanzplanung** von einer Nettoneuverschuldung in 1999 von 680 Millionen DM aus, erreicht wurden inklusive Immobiliendeckung 1.175 Millionen DM. Aktuell - ich sage das einmal - sind wir ungefähr da, wo wir im Jahr 1994 schon

einmal hätten sein sollen, nämlich bei einer Prognose von 634 Millionen DM Nettoneuverschuldung für das Jahr 2004. - Soviel zu Ihren Planungen. Die Zahlen gelten übrigens einschließlich der Einsparungen aus der Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer.

Und ich kann weit und breit keinen auch nur näherungsweise nachvollziehbaren Grund erkennen, warum sich die Erfolgslosigkeit der Landesregierung in der Vergangenheit plötzlich in das genaue Gegenteil verkehren sollte.

Es reicht auf jeden Fall nicht aus, den verbalen Schulterschluss mit Berlin zu üben und von der neuen sozialdemokratischen Solidität zu sprechen. Man muss dafür auch etwas tun. Man muss etwas dafür tun, liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen. Von Ihnen habe ich in diesem seltsamen Verfahren bis zur offiziellen Bekanntgabe der Haushaltsansätze des Finanzministers nicht viel gehört und dem Parlament ist der **Haushaltsplanentwurf** erst im August zugeleitet worden. Das heißt: Die formale Befassung konnte erst von dort ab stattfinden.

Die Aufstellung des Haushaltes ist exekutives Handeln. Kein Zweifel. Das wäre auch so lange unbedenklich, wie die regierungstragenden Fraktionen im Beratungsverfahren tatsächlich Änderungen am Entwurf vornähmen. Die kläglichen Änderungsanträge aus dem letzten Jahr zeigen aber, dass Sie überhaupt kein Interesse an eigener Gestaltung mehr haben beziehungsweise hatten. Ich hoffe, Lothar Hay, dass sich das in diesem Jahr ändert. Wir haben unterschiedliche Politikansätze. Das habe ich immer gesagt. Aber ich gehe davon aus, dass die Regierungsfractionen nicht zu bloßen Abnickern der Vorgaben der Regierung werden.

(Thorsten Geißler [CDU]: Warten wir es einmal ab!)

Dieses Wegducken ging übrigens in einem interessanten Verfahren vonstatten. Der Finanzminister kennt nicht nur jeden Haushaltstrick, er hat auch ungeahnte sprachschöpferische Talente. Er hat die Ansätze für das Jahr 2001 nicht mit dem Rasenmäher gekürzt. Nein. Nobel geht die Welt zugrunde. Er hat den „Rasenmäher de Luxe“ zum Einsatz gebracht. Das Edelmodell ist ein wenig stumpf, denn die Einsparungen von 70 Millionen DM wurden nur gegenüber den Anmeldungen und nicht gegenüber dem Ist 2000 erreicht, aber sei's drum.

(Zuruf von der CDU: Den würde ich zurückgeben! - Heiterkeit bei der CDU)

Entscheidend ist das Verfahren. Das hat nun mit politischen Prioritäten überhaupt nichts mehr zu tun. Übrigens, Lothar Hay, auch wenn wir erklären, es müsse

(Wolfgang Kubicki)

immer innerhalb des eigenen Etats gespart werden, hat das möglicherweise mit politischen Prioritäten nichts mehr zu tun.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das Kabinett hat sich zwar bei der Bemessung des Kürzungsvolumens an den jeweiligen Anteilen der Einzelhaushalte am Gesamthaushalt orientiert. - Nur daran. - Vielleicht erklärt mir die Ministerpräsidentin oder der Finanzminister aber einmal, was ein solches Vorgehen mit **Prioritätensetzung** zu tun hat. Das ist gehobene Prozentrechnung, mehr nicht!

Eines allerdings muss ich meinen sozialdemokratischen Kampffreunden lassen: Sie dünnen mit dieser Aktion die Haushalte, die einen hohen Anteil unbeeinflussbarer Posten haben, schleichend aus; denn diese müssen ihren Einsparanteil dann überproportional aus ihren disponiblen Mitteln erbringen.

Damit aber nicht genug. Weiter ist in der besagten Presseerklärung des gnadenlos sparenden Finanzministers zu lesen, das Finanzministerium habe alle Förderprogramme einzeln geprüft und zu dieser Prüfung einen Kriterienkatalog entwickelt. Das ist äußerst bemerkenswert. Jahrelang sah sich die Landesregierung nicht in der Lage, Aussagen über Zielerreichungsgrade oder Mitnahmeeffekte zu machen. Und jetzt das. Ich wundere mich nur, dass das Finanzministerium diesen bundesweit einmaligen Durchbruch auf dem Gebiet der Messung der Wirkungen des staatlichen Outputs für sich behalten hat.

(Beifall bei der F.D.P.)

So viel Bescheidenheit ist für eine Regierung, die ja bekanntlich immer vorn und modellhaft für das ganze Bundesgebiet ist, seltsam. Könnte es sein, Herr Minister, dass Sie der Öffentlichkeit und dem Parlament einen ganz großen Bären aufbinden und uns mit viel Buhei und wenig Inhalt Scheinerklärungen für Ihre ganz profane Rasenmähermethode aufschwätzen wollen? Ich bin jedenfalls gespannt, was die Landesregierung auf die Kleine Anfrage der F.D.P. zu diesem Thema zu antworten hat. Dann muss es ja veröffentlicht werden, jedenfalls wenn man parlamentarische Rechte noch ernst nimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Finanzpolitik in diesem Land leidet seit Jahren unter ein und demselben Phänomen, nur die Trikotfarbe des Bremsers ändert sich ab und an. Der Kollege Hay hat dies in einem Presseinterview in bemerkenswerter Offenheit analysiert und festgestellt, in der Vergangenheit habe die Kraft für wirklich strukturelle Einschnitte gefehlt. Das räche sich nun. Ich sage ausdrücklich: Das stimmt. Was immer in den letzten Jahren angepasst wurde, es geschah nicht aus freien Stücken. Nicht das Ziel, durch

strukturelle Veränderungen im Haushalt langfristig wieder mehr Bewegungsspielraum zu schaffen, war die Triebfeder des Handelns. Nein, getrieben hat die Finanzpolitik dieses Landes immer nur eines: das nächste **Haushaltsloch**. Dieses Handlungsschema wiederholt sich mit geradezu beängstigender Regelmäßigkeit. Und ewig grüßt das Haushaltsloch. - Die Filmliebhaber unter uns wissen, wovon ich spreche.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Jahrelang lassen sich Sozialdemokraten und Grüne für ihr Festhalten an eigentlich unerfüllbaren Standards, Vorgaben oder Gesetzen loben. Und wenn sie sich dann endlich dazu durchgerungen haben, ihren Sonderweg zu beenden, dann ist das Zuckerl für die neu gewonnene Realitätsnähe fällig. Wo stünden wir heute, wenn wir mit dem Entbeamtungsspielchen der Ministerpräsidentin erst überhaupt nicht begonnen hätten? Ich sage das ausdrücklich: 300 Millionen DM sind in die Kassen der Sozialversicherungsträger geflossen, ohne dass den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes daraus ein Vorteil entsteht, ohne dass die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes davon etwas haben. Darunter leiden heute auch die Verbände, bei denen Kürzungsmaßnahmen die Regel werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Jahrelang mussten sich die Oppositionsparteien beschimpfen lassen, sie würden mit der Beibehaltung des Beamtenstatus für Lehrer kommende Generationen belasten. Heute weist der Finanzminister die Einsparungen aus der Verbeamtung in der mittelfristigen Finanzplanung aus und die Bildungsministerin - das sage ich jetzt ausdrücklich: die Bildungsministerin - erklärt, man müsse künftig keinen Lehrermangel befürchten, da man die Lehrer in Schleswig-Holstein in Zukunft wieder als Beamte einstellen werde.

Frau Ministerpräsidentin, das ist wirklich der Ausweis einer sachgerechten und konsequenten Politik der **Landesregierung** unter Ihrer Führung. Mehr kann man dazu nicht sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Jahrelang war die F.D.P. die kalte Wirtschaftspartei, die alles dem Markt überlassen wollte. Ich kann mich noch an die Debatten hier im Hause erinnern. Von den UMTS-Lizenzen und den Einnahmen will ich gar nicht reden, die heute dazu beitragen, den Bundeshaushalt zu sanieren, Hans Eichel sei Dank. Jetzt, nachdem die Sozialdemokraten über viele Jahre mit viel Aufwand die ineffizienten Strukturen erhalten haben und nun langsam das Geld ausgeht, wird die Liebe zum Markt entdeckt: Telekommunikation, Bahnstrecken, Buslinien oder privatfinanzierte Straßen und Brücken. Diese

(Wolfgang Kubicki)

Politik ist, wenn sie denn konsequent umgesetzt wird - das sage ich ausdrücklich -, richtig. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, was hätten wir uns an Zeit, an Geld und vor allem an unnötigen Debatten sparen können, wenn Rot und Grün schon früher vom Baum der liberalen Erkenntnis genascht hätten!

(Beifall bei der F.D.P.)

Das Land wäre bei einer vorausschauenden Finanzpolitik überhaupt nicht in die Lage gekommen, auf Teufel komm raus alles zu verkaufen. Sturzgeburten wie der Immobiliendeal wären in dieser Form nie über das Planungsstadium hinausgekommen. Wir hätten genügend Zeit gehabt, Modelle zur langfristigen Einsparung zu konzipieren, statt eine kurzatmige **Verschuldungspolitik** am Haushalt vorbei zu betreiben, die in letzter Minute mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichts gestoppt werden konnte.

Oder denken wir nur an die Diskussionen um die Freigabe von Standards. Jahrelang wurde den Bürgerinnen und Bürgern eingeredet, nur wenn das Land alles regelt, seien die sozialen Errungenschaften vor den bösen Haien des Kapitalismus sicher. Und jetzt? Ich will von den Wohnungsbaugesellschaften gar nicht reden, die von sozialdemokratischen Oberbürgermeistern verkauft werden, und die Mieter fühlen sich dabei wohl. Jetzt sitzen Sie in der selbst gegrabenen Falle. Die Menschen begreifen die Standardfreigabe nicht als Chance auf mehr kommunale oder persönliche Freiräume. Sie setzen die jetzige Regelung mit Besitzstandsgarantie gleich und sehen in jedweder Form der Standardfreigabe lediglich eine Standardabsenkung. Übrigens formuliert es Ihr grüner Koalitionspartner nach draußen auch so, dass Standardfreigabe lediglich Standardabsenkung sei, was falsch ist, aber die Bürgerinnen und Bürger nicht bereit macht, darüber sehr intensiv nachzudenken und mit uns zu reden.

Es wird nicht ausreichen, verbale Freischwimmerübungen zu machen und wie der Innenminister in Interviews die Segnungen der Standardöffnung zu preisen, wenn der eigene Koalitionspartner bereits den Beton in der Frage der Gruppengröße in Kindertagesstätten anrührt. Wieviel weniger Bürokratie könnten wir heute haben, wenn wir diese Diskussion in einer Zeit begonnen hätten, in der die Kommunen nicht hinter jedem Vorschlag des Landes einen Griff in ihre Taschen hätten vermuten müssen?

Mit großer Wahrscheinlichkeit hätte die Landesregierung den Kommunen und auch sich selbst den Griff in die kommunale Kasse ersparen können. Das kleine Land Schleswig-Holstein hält verbale Kraftmeierei aus, die finanziellen Folgen der rot-grünen Sonderwege aber nicht, meine Damen und Herren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Finanzen des Landes sind und bleiben fußkrank. Der Haushalt für das kommende Jahr ist noch nicht einmal auf den ersten Blick ein **Sparhaushalt**. Die Eckdaten sind ernüchternd. Die tatsächliche Nettoneuverschuldung liegt auch im kommenden Haushaltsjahr mit 1,1 Milliarden DM deutlich über der Milliardengrenze, da selbstverständlich die 200 Millionen DM aus dem Immobiliendeal mit eingerechnet werden müssen. Aber selbst diesen Wert schafft der Finanzminister nur mit Hilfe einer Luftbuchung von über 400 Millionen DM. Der Minister will - korrigieren Sie mich, Herr Minister Möller, wenn ich mich irre - LEG-Anteile in Höhe von 200 Millionen DM veräußern. Dieses Jahr haben Sie es nicht einmal geschafft, einen Anteil von 100 Millionen DM loszuschlagen. Warum soll Ihnen im kommenden Jahr der Verkauf eines noch größeren Anteils gelingen? Das Land hat die LEG durch das Notopfer von 250 Millionen DM so ausgequetscht, dass die Gutachter von einer 10-jährigen Konsolidierungsphase ausgingen. Hat der Ausstieg des Bundes aus der Landgesellschaft genügt, um aus dem hässlichen Entlein LEG ein Schnäppchen für alle Jünger des Shareholder value zu machen? Oder stehen schon wieder einmal die üblichen Verdächtigen aus der öffentlich-rechtlichen Familie bereit, um dem Land unter die Arme zu greifen?

Noch unseriöser ist die Veranschlagung der zweiten großen Einmaleinnahme. 200 Millionen DM sind im Zusammenhang mit der **EU-Entscheidung** über die Inanspruchnahme von Haftkapital durch die Landesbank veranschlagt. Im Entwurf des diesjährigen Haushalts war eine Erhöhung der Vergütung auf 68 Millionen DM vorgesehen. Ich will daran erinnern: Diese Erhöhung konnte der Finanzminister gegenüber den anderen Anteilseignern nicht durchsetzen und musste sich am Ende mit 28 Millionen DM bescheiden. Es ist unbestritten - jedenfalls ist dies meine Auffassung, obwohl es noch nicht entschieden ist -, dass die bisherige Vergütungsregelung völlig zu Recht keinen Bestand haben wird. Aber die Zahlen des Finanzministers sind völlig aus der Luft gegriffen. Herr Finanzminister, was sagen eigentlich die anderen Anteilseigner der Landesbank zu dieser Vorwegnahme der Entscheidung der EU-Kommission? Fühlen sie sich beglückt, erfreut, glauben sie, dass das eine Unterstützung des Klageverfahrens ist?

Haben Sie Ihre Positionen geändert? Haben Sie eine entsprechende Zusage der Anteilseigner erhalten? Wie verträgt sich diese Veranschlagung mit Ihren glühenden Plädoyers für den Erhalt der Landesbank und den Sparkassen in Deutschland? Sie werden in dieser Frage - das sage ich Ihnen jetzt auch - im Finanzausschuss und darüber hinaus den „Doppelmöller“ geben müs-

(Wolfgang Kubicki)

sen. Denn niemand, Herr Finanzminister Möller - hier belügen Sie das Parlament -, hat Ihnen jemals eine Zusage darüber gegeben, dass Sie 200 Millionen DM als Haftkapitalvergütung zusätzlich in Ihren Etat einstellen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktion, ich spreche Sie in besonderer Weise an, weil es mir jetzt um Grundfragen des **Parlamentarismus** geht. Wenn Sie zulassen, dass künftig Haushalte dieser Art vorgelegt werden, machen Sie Parlamentarier, das Parlament überflüssig. Warum hat der Minister nicht 300 Millionen DM oder 400 Millionen DM eingestellt? Sie hätten sich die ganzen Sparbemühungen sparen können. Sie hätten sich auch die Diskussion um die Frage des Eingriffs in den kommunalen Finanzausgleich sparen können. Wenn wir zulassen, dass der Minister Etatpositionen einstellt, von denen er nicht sicher weiß, dass er sie erhält, von denen er sogar vermuten muss, dass er sie nicht erhält, und wir stecken das völlig bedenkenlos weg - ich will gar nicht von Verfassungsbruch reden -, stellen die Bürgerinnen und Bürger des Landes an uns die Frage, wie ernst wir es denn nehmen mit dem Recht des Parlamentes auf Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Dann stellen sie uns die Frage, wie ernst wir es denn nehmen mit unseren eigenen Grundsätzen, die verfassungsrechtlichen Rang haben.

Ich beklage wie Sie, dass es Politiker aus anderen Parteien gibt, die glauben, ihre eigene Einschätzung stehe über dem Recht und der Verfassung. In der gleichen Konsequenz aber bitte ich Sie - wir werden ja noch über Rechtsradikalismus und Achtung vor dem Recht reden -, dass Sie darauf hinwirken, dass das korrigiert wird und sich solches nicht wiederholt. Normalerweise müsste ich den Rücktritt des Finanzministers fordern. Aber wer soll danach kommen außer Lothar Hay? Den braucht die SPD-Fraktion an ihrer Spitze.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Es ist eine Frage der Selbstachtung des Parlaments. Ich weiß, dass er Parlamentarier ist und bleiben will - das ist auch gut so -, genauso wie ich Parlamentarier bin und bleiben will. Aber wenn wir in der Bevölkerung nicht den Eindruck erwecken wollen, man könne Parlamentarier einfach zum Teufel jagen, ist es eine Frage der Selbstachtung, ob wir, ob Sie sich das gefallen lassen. Wir lassen uns das nicht gefallen, Herr Möller. Da werden Sie demnächst noch viele, viele Fragen beantworten müssen - und die von Ihnen so skizzierten Gesprächspartner gegebenenfalls auch.

So wie der Energieminister Möller aus der Atomenergie aussteigen und der Finanzminister die Atomkraftwerke möglichst lange über die Oberflächenwasserentnahmeabgabe schröpfen will, so will der Beteiligungsminister den Wert der Landesbank mehren und ihr gleichzeitig als Finanzminister in die Tasche greifen. Trotz dieser windigen Operation sinkt die Investitionsquote weiter und erreicht traurige 10,1 % in der Veranschlagung. Damit ist das Absacken unter 10% im Vollzug bereits vorprogrammiert, übrigens eine Marge, von der der ehemalige Wirtschaftsminister dieses Landes und Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen heute, Peer Steinbrück gesagt hat, dass das einmal schon schlimm genug sei, aber eine Quote in dieser Größenordnung auf Dauer ein schlechter Beitrag des Landes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wäre, im Prinzip ruinös wäre. An dieser Aussage will ich erinnern, wenn es darum geht, dass man möglicherweise auch mit Strukturkonzepten die Zukunft gestalten kann.

Wie lange hält die **Infrastruktur** des Landes diese Politik eigentlich noch durch? Wann sind die Straßen, Brücken und Gebäude so marode, dass sie überhaupt nicht mehr benutzt werden können? Dies ist kein unrealistisches Horrorszenerario, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ein Anruf bei der Investitionsbank - das empfehle ich allen - genügt. Die dritte Tranche der Gebäude, die auf die I-Bank übertragen werden, enthält Gebäude mit einem negativen Wert. Die Gebäude sind also so heruntergekommen, dass das Land noch dazuzahlen muss, damit sie von der I-Bank überhaupt übernommen werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Frau Kollegin Heinold, Sie äußern immer wieder, der Investitionsbegriff müsse geändert werden. Das stimmt. Aber nicht, wie Sie es sich vorstellen.

Es hat Sinn, dass mit **Investitionen** weitestgehend die Anlagen in Sachkapital und damit die Bildung von Kapitalvermögen gemeint ist. Wenn ich von Ihnen nun höre, man müsse etwa auch Ausgaben für Bildung haushaltsrechtlich als Investition klassifizieren, dann bekomme ich das kalte Grausen. Warum eigentlich nur Bildungsausgaben? Auch die Kosten für die Polizei sind Investitionen in die Zukunft: in die innere Sicherheit, in die körperliche Unversehrtheit. Eigentlich sind alle Ausgaben des Landes Investitionen in irgendetwas - in vielen Bereichen nach meiner Auffassung in die falsche Politik, aber das sind auch Investitionen.

Das Gegenteil Ihrer Auffassung, Frau Kollegin Heinold, ist richtig. Der Investitionsbegriff müsste vom Brutto- auf das Nettoprinzip umgestellt werden. Nur dann kann er seinen Zweck, den Belastungen aus zukünftigen Zins- und Tilgungszahlungen Entlastun-

(Wolfgang Kubicki)

gen aus Zukunftserträgen aus den Investitionen gegenüberzustellen, auch erfüllen. Im Augenblick ist es doch so, dass wir Desinvestitionen durch Vermögensverkäufe in großem Umfang haben. Diese müssen von den tatsächlich getätigten Investitionen abgezogen werden, damit ein realistisches Bild der Vermögenslage der öffentlichen Hand gezeichnet wird.

Eine enge Auslegung des Vermögensbegriffs und die Anwendung des Nettoprinzips sind nötig, keine Aufweichung des Investitionsbegriffs. Sonst können wir uns die Verschuldungsgrenze des Artikel 53 der Landesverfassung gleich ganz sparen. Der Landeshaushalt verliert ohnehin an Aussagekraft. Das lässt sich auch am Stellenhaushalt ablesen.

Rein rechnerisch entfallen 146 Stellen im Landeshaushalt. Angesichts von 200 zusätzlichen Lehrerstellen wäre das zwar nicht weltbewegend, aber immerhin besser als nichts. Tatsächlich wurde die Zahl der Stellen im Haushalt aber erhöht, denn von den 146 im Landeshaushalt eingesparten Stellen - ich rede von den tatsächlich ausgewiesenen, nicht von den Planungen der vergangenen Jahre und von den Einsparpotentialen der noch größeren Planungen der vergangenen Jahre -, gehen 153 auf Übertragungen zur GMSH zurück. Das sind keine Einsparungen, denn es ist völlig unerheblich, ob die Stellen direkt über den Haushalt oder indirekt durch die Mieten des Landes für die jetzt anzumietenden Liegenschaften bezahlt werden. Die Richtigkeit der Aussage des früheren Finanzstaatssekretärs Lohmann - man muss ihn wirklich zitieren -, in der Miete sei schon alles drin, wird damit wieder eindrucksvoll, wenn auch auf andere Art und Weise, bestätigt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Rechnerisch 146 Stellen eingespart, real sieben neu geschaffen. Genauso haben wir es vorausgesagt. **Einsparungen** erreichen Sie mit der verfehlten Ausgestaltung der GMSH keine, aber Sie schaffen es, viele Stellen geräuschlos aus dem Haushalt des Landes zu entfernen und hinter dem Ausgabebetitel „Mieten an die GMSH“ zu verstecken. Bei näherer Betrachtung entwickeln sich im Jahr 2001 nur zwei Posten erfreulich - jedenfalls dann, wenn man sie nur unter dem Aspekt der Haushaltswirksamkeit betrachten. Die Bundesergänzungszuweisungen steigen, wie auch die Einnahmen aus dem **Länderfinanzausgleich**, um jeweils etwa 50 Millionen DM gegenüber dem Soll 2000. Nur mit dem Geld des Bundes und der anderen Bundesländer kommt Schleswig-Holstein überhaupt über den Berg. Das ist alles, aber kein Ausweis für eine erfolgreiche Politik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Debatte um diesen Haushalt ist äußerst diffus. Die Regierung kürzt

zunächst mit dem Rasenmäher. Eine Linie ist nicht zu erkennen. Dafür waren sich die Regierungsfractionen einig, dass sie die nicht vorhandene Linie mit großer Einigkeit mittragen werden.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

In der Folgezeit bröckelt dann die rot-grüne Einheitsfront beträchtlich. Ministerin Franzen will nachverhandeln, die SPD-Fraktion will nachbessern und die Grünen wollen höchstens umschichten, aber auf keinen Fall nachlegen. Der Finanzminister will bis 2008 - oder war es 2010? - einen ausgeglichenen Haushalt und die Ministerpräsidentin will nur eines: ihre Ruhe!

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Von ihr habe ich nichts Substanzielles zum Thema gehört. Sie ist wohl, lustlos wie ihre öffentlichen Auftritte in den letzten Wochen nahe legen könnten, bereits auf ihrer inneren Wellness-Tour.

(Beifall bei der FDP - Unruhe bei der SPD)

Wie soll es jetzt weitergehen? Was ist die Linie dieser Landesregierung und der die Regierung tragenden Fraktionen? Sparen, umschichten, nachbessern, weiterwursteln? Man wird den Eindruck nicht los, diese Koalition weiß schon ein halbes Jahr nach ihrer Neuaufgabe nicht mehr, wohin sie möchte.

Sie will den **Rechtsradikalismus** bekämpfen und kürzt bei der Jugendbildung, übrigens auch bei der politischen Jugendbildung.

(Reinhard Sager [CDU]: Das glaube ich nicht!)

Sie will die innere Sicherheit stärken und blutet die Polizei seit Jahren personell aus. Sie will die Bildung im Land verbessern und stattet die Personaletats der Universitäten und Fachhochschulen mit viel zu geringen Mitteln aus. Sie will die Pflegequalität besser überwachen und stellt keine Mark zusätzlich bereit. Sie fordert von der Wirtschaft mehr Engagement und fährt die Investitionen Jahr für Jahr weiter nach unten.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mehr, mehr, mehr!)

Wo, bitte, findet sich das schöne Herzstück der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin, der Ausbau des Wellness-Standorts Schleswig-Holstein, in diesem Haushalt wieder? Ich bin gespannt auf die Antwort, wo sich das in diesem Haushalt wieder findet.

Was nun, liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen? Der Haushalt ist das in Zahlen gegossene Regierungsprogramm, hat der Kollege Hay zu Recht gesagt. Sie müssen sich jetzt entscheiden. Die alte Binsenweisheit, dass man jede Mark nur einmal

(Wolfgang Kubicki)

ausgeben kann, zeigt sich jedes Jahr bei den Haushaltsberatungen. Statt in Ihren Partizipations- und Nachhaltigkeitsorgien zu schwelgen, sollten Sie endlich den Blick auf das Nötige und das Machbare richten. Mehr denn je ist eine Beschränkung auf die Kernaufgaben des Landes notwendig: Bildung, Polizei und Justiz, Infrastruktur.

(Vizepräsident Thomas Stritzl übernimmt den Vorsitz)

Das Land wird künftig nicht mehr leisten können, wenn auch nur der Ausstieg aus dem Anstieg der Verschuldung gelingen soll. Mit Ihren ewigen Versprechungen auf mehr staatliche Unterstützung, die Sie doch nicht leisten können, tragen Sie in einem Umfang zur **Politikverdrossenheit** bei, der Ihnen ganz offensichtlich noch nicht einmal in Ansätzen bewusst ist.

Sie hatten in den vergangenen vier Jahren nicht die Kraft, sich auf das zu beschränken, was die Finanzkraft des Landes hergibt, um diese Finanzkraft langfristig zu stärken. Ich glaube nicht, dass Sie es in der Zukunft besser machen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt ist der in Zahlen gegossene Beweis des politischen Scheiterns der rot-grünen Landesregierung.

(Anhaltender Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt dem Fraktionsvorsitzenden Herrn Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Natürlich wird eine Regierung ununterbrochen zum Sparen aufgefordert. Das ist auch gut so. Denn schließlich gibt sie nicht ihr eigenes Geld aus, sondern das Geld, das die Bürger mit ihren Steuern aufgebracht haben.

(Reinhard Sager [CDU]: Das Geld, das sie nicht hat!)

Trotzdem muss ich feststellen: Man macht sich als Politiker durch Sparen nicht beliebt. Ich habe viele Briefe, Faxe und E-Mails erhalten und wurde in zahlreichen Gesprächen um Unterstützung gebeten - von sozialen Einrichtungen und Sozialverbänden, von der Wirtschaft wegen mehr Straßenbau, von Schulelternbeiräten und Lehrgewerkschaften, von den Umweltverbänden, von den Waldbesitzern, von den Landwirten und last, but not least von den Kommunalpolitikern.

(Zuruf von der CDU: So viele Faxe!)

Mit Spannung beobachte ich auch, was sich in der großen Oppositionspartei CDU so tut. Da kämpft der aufrechte Abgeordnete Kalinka für das Internat Plön. Ein ehrenwerter Kampf, für den ich als Abgeordneter des Kreises Plön große Sympathien hege. Aber er hat keinen Deckungsvorschlag. Da wird unserer finanzpolitischen Sprecherin Monika Heinold von der CDU in Bad Bramstedt vorgeworfen, dass sie der Schließung des Amtsgerichts zugestimmt hat. Was ich nicht gehört habe, ist, dass der Bund der Steuerzahler öffentlich dazu aufgerufen hat, diese mutige Politikerin zur Bürgermeisterin zu wählen.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Da stellen die Abgeordneten der CDU Kleine Anfragen zur Lehrerversorgung, um in altbewährter Manier Eltern gegen ausfallende Stunden zu mobilisieren, obwohl sie genau wissen, dass die Landesregierung jedes Jahr 200 zusätzliche Stellen finanziert. Dann rufen die Fachsprecher von CDU und F.D.P. im Audimax der Universität unisono dazu auf, den Hochschulen mehr Geld zu geben.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ich habe aber nicht gehört, wie sie das bezahlen wollen. Sollen die Schulden vergrößert werden oder sollen weniger Lehrer eingestellt werden oder schlägt die CDU etwa vor, dass bei den Kommunen gekürzt wird? Wohl kaum.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Hentschel, wir werden es Ihnen schon zeigen!)

Denn gegen all diese Maßnahmen hat sich die CDU ebenfalls ausgesprochen. Wo bleibt da Ihre Logik?

Ich kann doch nicht in den Supermarkt gehen, Wein und Schnaps und Brot kaufen und, wenn ich dann bezahlen soll, sagen, dafür habe ich auch noch Käse und Tomaten gekauft. Das gleicht sich aus.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

So geht es nicht, meine Damen und Herren!

Den Höhepunkt hat sich letzte Woche der finanzpolitische Sprecher der CDU, Reinhard Sager, geleistet.

(Lothar Hay [SPD]: Ist das nicht Herr Stritzl?)

Er konstatierte, der ernsthafte Sparwille dieser Regierung sei nicht erkennbar.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch richtig!)

(Karl-Martin Hentschel)

Da hätte man doch vermutet, dass er anschließend Kürzungsvorschläge unterbreitet. Nichts dergleichen! Stattdessen fordert er bedenkenlos zusätzliche Ausgaben bei der Altenhilfe, bei der Jugendförderung, beim Landessportverband und bei der Landwirtschaft.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Das alles will er durch Einsparungen bei den Personalkosten finanzieren, ohne einen einzigen konkreten Vorschlag zu machen. Und Herr Kayenburg stellt sich heute hin und fordert in allen Politikbereichen mehr Ausgaben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das stimmt doch gar nicht! Sie haben nicht zugehört!)

Frau Heinold hat es einmal bilanziert: 800 Millionen DM haben Sie heute mehr gefordert. Dann fordern Sie, es solle mehr gespart werden! Wo bleibt da Ihre Logik, Herr Kayenburg?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Herr Sager, diese Landesregierung hat erneut 600 Stellen in den Verwaltungen zur Disposition gestellt. Ich frage Sie, wo wollen Sie Personal einsparen? Bei der Polizei wohl nicht, das haben wir gerade gehört. Bei den Justizvollzugsanstalten? Hat da nicht neulich ihre Fraktion im Innen- und Rechtsausschuss zusätzliche Stellen gefordert? Oder wollen Sie etwa Stellen bei den Lehrern oder Hochschulen einsparen? Offensichtlich nicht. Ich muss feststellen: Wenn der finanzpolitische Sprecher der Oppositionspartei nicht einen einzigen konkreten Sparvorschlag vorträgt, dann ist das etwa so, als wenn Sie bei einer Segelregatta absaufen, bevor Sie überhaupt über der Startlinie sind.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Abgeordneter Hentschel, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein. Ich revanchiere mich jetzt, weil Sie ja auch keine Zwischenfrage zulassen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich hätte jede Zwischenfrage zugelassen!)

Nein, meine lieben Damen und Herren von der **Opposition**, so kommen Sie hier nicht ungeschoren aus diesem Saal.

(Martin Kayenburg [CDU]: Keine Drohungen! - Heiterkeit bei der CDU)

Ich erwarte von Ihnen, dass Sie für jede Forderung **Einsparvorschläge** vorlegen, und zwar keine blumigen Allgemeinanschläge wie letztes Jahr,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir sind in der ersten Lesung!)

sondern konkrete detaillierte Vorschläge, bei denen Sie ganz genau sagen, bei welcher Institution, bei welchem Kindergarten, bei welchem Naturschutzverein Sie die Mittel streichen werden. Das erwarte ich von Ihnen, Herr Kubicki, und nicht, dass Sie hier dazwischen reden, sondern dass Sie es machen, wenn Sie hier vorn stehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ich kann Ihnen übrigens eine ganze Reihe Möglichkeiten zur Einsparung nennen,

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann tun Sie es doch!)

so zum Beispiel die Zusammenlegung der Straßenmeistereien von Land und Kommunen oder die Verlagerung der Katasterämter in die Kreisbauverwaltung oder die Reduzierung der Landwirtschaftskammer. Immerhin haben wir mittlerweile die groteske Situation, dass auf 20 hauptamtliche Landwirte ein Beamter kommt, der sie verwaltet. Denn trotz einer Halbierung der Zahl der Landwirte in den vergangenen Jahren hat die Zahl der Beamten in der **Landwirtschaftskammer**, in den Ämtern für ländliche Räume, im Ministerium und in den Landwirtschaftsschulen kaum abgenommen. Selbst bei einem so offensichtlichen Thema werden der Opposition die Knie weich. Und das nicht nur bei der CDU. Ausgerechnet der F.D.P. ist es nicht peinlich, auch noch einen Landtagsantrag zu stellen, der sich gegen diese Einsparung richtet.

Liebe Kollegen von der F.D.P., Herr Kubicki stellt sich hier hin, hält eine 25-minütige rhetorische Glanzleistung an Polemik und anschließend tischt er uns eine Forderung nach der anderen auf. Das ist doch erstaunlich. Liebe Kollegen von der F.D.P., das kommt dabei heraus, wenn man sich vollkommen dem **Populismus** verschreibt!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Berlin lässt grüßen!)

Ansonsten nehme ich Ihre Anmerkungen zum parlamentarischen Geschehen ernst, Herr Kubicki. Wir werden darüber sicherlich diskutieren. Der Finanzmi-

(Karl-Martin Hentschel)

nister wird zu diesen Fragen Stellung nehmen. Ich weiß, dass wir mit erheblichen Mindereinnahmen rechnen müssen und dass die Höhe der Mehreinnahmen durch die Steuerschätzung unsicher ist. Umso mehr aber bestätigt das den Kurs, den wir eingeschlagen haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Tatsache ist, dass wir uns in der letzten Legislaturperiode ein ehrgeiziges Ziel gesetzt haben, die Defizite deutlich zu reduzieren.

(Reinhard Sager [CDU]: Dass Sie gescheitert sind, ist die Tatsache!)

Tatsache ist, dass es uns nicht gelungen ist. Das ist nicht zufrieden stellend - auch wenn es viele Gründe dafür gibt, die nicht im Einflussbereich des Landes lagen. Der Einbruch bei den Steuereinnahmen und die wachsende Arbeitslosigkeit waren sicherlich zwei entscheidende Punkte.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Weil wir damit nicht zufrieden sind, haben wir uns in dieser Legislaturperiode ein noch ehrgeizigeres Ziel gesetzt - nicht, weil es populär ist, auch nicht, um die Opposition zu erfreuen oder zu ärgern, sondern weil wir uns für unser Land verantwortlich fühlen. Wir können auf Dauer nicht doppelt so viel Geld an Zinsen an die Banken überweisen, wie wir für Hochschulen ausgeben.

Deshalb sind wir entschlossen: Diesmal wollen wir Erfolg haben. Deswegen unterstützt die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ministerpräsidentin Simonis, den Finanzminister Möller und das ganze Kabinett dabei, diese Ziele zu erreichen und einen konsequenten **Sparkurs** zu fahren.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zurufe von CDU und F.D.P.: Oh, oh!)

Sparen ist kein Selbstzweck. Wenn wir diesen rigiden Sparkurs erfolgreich durchsetzen wollen, müssen wir deutlich machen, wofür gespart wird. Wenn wir sparen, tun wir das, weil wir unseren Kindern nicht die Kosten für unseren Konsum aufbürden dürfen. Wir dürfen auch nicht unseren Kindern ein Rentensystem hinterlassen, in das sie viel mehr Beiträge werden einzahlen müssen, als sie jemals bekommen werden. Dann brauchen wir uns nicht darüber zu wundern, dass sie uns eins husten, schwarzarbeiten oder ins Ausland gehen und uns mit unseren leeren Rentenkassen allein sitzen lassen. Deshalb ist es richtig, wenn wir in den kommenden Jahren drastische Einsparungen

vornehmen, um unseren Kindern ordentliche Verhältnisse zu überlassen.

Wir sparen aber auch, um die Dinge finanzieren zu können, die von strategischer Bedeutung für die Zukunft des Landes sind. Dazu gehört in besonderer Weise auch unsere Umwelt. Gute Luft, sauberes Wasser, fruchtbare Böden, gesunde Wälder und lebenswerte Städte sind ein Kapital, das nicht nur für unsere eigene Gesundheit und die unserer Kinder wichtig ist, es ist auch das wichtigste Kapital, wenn es um die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins geht. Es ist entscheidend für die künftige Land- und Forstwirtschaft, für die Produktion von gesunden Nahrungsmitteln, es ist entscheidend für den Wirtschaftsfaktor Nummer eins, den Tourismus, und für die wachsende Gesundheitsbranche. Die Umwelt ist auch entscheidend für die Ansiedelung von Produktionsbetrieben, für die Standortentscheidung von Software- und Biotechnologiefirmen, weil sie gern in ein Land gehen, wo andere Urlaub machen.

Deswegen haben wir mit der Oberflächenwasserentnahmeabgabe eine weitere Finanzierungsquelle für die Landesregierung geschaffen. Deshalb werden wir die wesentlichen Elemente unserer **Umweltpolitik** fortsetzen. Dazu gehört die Ausweitung der Stellen für das Freiwillige Ökologische Jahr auf 100 Stellen. Dazu gehört der weitere Ausbau von Naturschutzstationen. Dazu gehört aber in besonderer Weise die Ökotechnik. Wenn in den nächsten Jahrzehnten die Ölquellen und andere Rohstoffe knapper werden und die Preise steigen, dann wird es nichts nützen, wenn die Opposition darauf mit Kampagnen antwortet, dass die Preise wieder runtergehen sollen oder wider besseres Wissen die Bevölkerung gegen Preiserhöhungen mobilisiert. Stattdessen müssen wir die Chancen nutzen, die sich uns ergeben. Der Bau von Energie sparenden Drei-, Zwei- oder Ein-Liter-Autos auf Brennstoffzellenbasis wird einen neuen Innovationsschub für die Autoindustrie bedeuten.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Was hat das jetzt mit dem Landeshaushalt zu tun?)

Wenn unsere Autoindustrie darauf als erste reagiert, wird sie Vorteile davon haben.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Ich denke, es geht um den Landeshaushalt!)

Wenn wir jetzt nicht die Kraft haben, an der **Ökosteuer** festzuhalten, dann werden die Rentenbeiträge wieder steigen, dann wird die Arbeitslosigkeit ebenfalls wieder steigen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch Quatsch!)

(Karl-Martin Hentschel)

Dann würden wir genau das tun, was Kohl 16 Jahre lang in diesem Land angerichtet hat!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch schlicht Unsinn!)

Ich bin sehr froh darüber, dass die Koalition in Berlin den Mut hat, jetzt die Politik nicht an den Überschriften der „Bild“-Zeitung auszurichten, sondern an den Erfordernissen der Zukunft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dafür danke ich auch dem Sozialdemokraten Eichel, der dabei eine wichtige Rolle spielt.

Dänemark ist ein Beispiel dafür, dass dieser Kurs erfolgreich ist. Dänemark hat die höchsten Ökosteuern und die niedrigsten Lohnnebenkosten in Europa. Dänemark hat eine stabile Ökonomie, eine stabile Krone, niedrige Arbeitslosenzahlen und ein Plus im Staatshaushalt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und keine Grünen! Deshalb geht es denen so gut!)

Das sind Erfolge, denen nachzueifern sich lohnt und die beweisen, dass sich Umweltpolitik auch wirtschaftlich lohnt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

- Anke, ich freue mich, dass du klatschst!

Meine Damen und Herren, auch in der **Wohnungspolitik** brauchen wir eine radikale Wende. Die Zeiten, in denen wir jedes Jahr Tausende von Sozialwohnungen gebaut haben, sind vorbei. In den kommenden Jahren steht uns eine massive Flucht aus den Städten bevor, weil unsere Städte leider so sind, dass dort niemand mehr seine Kinder großziehen möchte.

(Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Damit wiederum steigt der Energieverbrauch für die Fahrten und gleichzeitig wachsen die sozialen Probleme, während alte Stadtviertel verkommen. Hier ist eine weitgehende Wende erforderlich; die Städte müssen wieder lebenswert werden.

Statt den Neubau zu fördern, werden wir deshalb mehr Geld in die Altbausanierung und die Wohnumfeldgestaltung investieren müssen, damit die Städte wieder ihre Vorteile - kurze Entfernungen zum Kindergarten, zur Schule, zum Einkaufen, zum Sportverein - ausspielen können. Insbesondere das Programm „Soziale Stadt“ ist eine wichtige Antwort auf diese Problematik und muss deshalb fortgesetzt und mittelfristig abgesichert werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, der Ölpreis steigt. Auch hier gilt: Die richtige Antwort auf das Ansteigen der Heizölpreise kann doch nicht sein, zu Dauersubventionen überzugehen. Nein, stattdessen sollten wir unsere Häuser besser dämmen, Energie sparende Geräte oder Heizungen bauen, Solaranlagen auf das Dach setzen. Stattdessen sollten wir die wärmetechnische Gebäudesanierung unterstützen. Damit machen wir uns nicht nur weniger abhängig von Ölimporten, sondern wir schaffen auch Tausende von Arbeitsplätzen in Schleswig-Holstein in der Bauwirtschaft, entwickeln neue Industriezweige in der Dämmstoffherstellung und wir erschließen neue Einnahmen für unsere Landwirte. Deshalb sage ich: Ja, es ist in dieser Situation richtig, soziale Härten abzufedern; nein, es ist nicht richtig, den Kurs zu ändern. Am Kurs muss festgehalten werden!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie sind der Letzte, der das will! - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Und Herr Swane fährt trotzdem in den Urlaub!)

Meine Damen und Herren, jede Krise ermöglicht zwei Antworten, eine intelligente Antwort, indem die Krise dazu benutzt wird, Innovationen voranzubringen und den Strukturwandel zu beschleunigen, oder eine feige Antwort: Man subventioniert die Verlierer des Strukturwandels, man versucht, den Strukturwandel aufzuhalten, und vergeudet die Kräfte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sagen Sie mal den Sozialdemokraten bei der Steinkohleförderung!)

Meine Damen und Herren von der Opposition, wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Das ist der Grund, warum wir im Bereich von neuen Technologien - in der Informationstechnologie, der Biotechnologie, der Nanotechnologie - in den kommenden Jahren noch mehr Anstrengungen unternehmen und hier auch einen finanziellen Schwerpunkt setzen wollen. Dies ist aber auch der Grund dafür, dass wir glauben, dass Umweltpolitik und Wirtschaftspolitik noch stärker als in den vergangenen Jahren zusammenarbeiten sollten.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die Menschen brauchen Ihre Belehrungen nicht, Herr Hentschel!)

Wenn die wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU,

(Karl-Martin Hentschel)

die ich leider hier nicht sehe - Frau Schmitz-Hübsch, rufen Sie mal „Hier!“ - ,

(Heiterkeit - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:
Ich bin das nicht mehr! - Heinz Maurus
[CDU]: Das war die letzte Legislaturperiode,
Herr Hentschel!)

- Entschuldigung! - immer noch kritisiert, dass das Land bei seiner Einkaufspolitik auf ökologisch verträgliche Produkte setzt, dann zeugt das von einem völligen Verkennen der Aufgaben, die uns in den kommenden Jahrzehnten bevorstehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie ist jetzt stellvertretende Fraktionsvorsitzende!)

Meine Damen und Herren, intelligente Haushaltspolitik besteht nicht darin, dass alles Wünschenswerte gewünscht und gefördert wird.

(Zuruf von der CDU: Gewünscht schon!)

Viel klüger ist es, wenn der Staat einen Ordnungsrahmen vorgibt, der zu einem umweltfreundlichen Verhalten der Betriebe führt, ohne dass der Steuerzahler dafür blechen muss.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein gutes Beispiel dafür ist die **Energiepolitik** der rot-grünen Koalitionen in Berlin und in Kiel. Durch das Energieeinspeisungsgesetz, das Gesetz zum Ausstieg aus der Atomenergie, das geplante Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz und die Energiesparverordnung wird Schritt für Schritt ein Ordnungsrahmen geschaffen, der zu einer nachhaltigen Energieversorgung in Deutschland führt.

Weil die Bundesregierung die Förderbedingungen dafür geschaffen und so einen Boom bei den regenerativen Energien ausgelöst hat, konnten in diesem Jahr fast alle Förderprogramme für regenerative Energien in Schleswig-Holstein ausgesetzt und das Geld an sinnvollerer Stelle ausgewiesen werden, nämlich für die Biomasse, bei der noch etwas zu fördern ist und bei der neue Anstöße notwendig sind. Der Markt der regenerativen Energien in Schleswig-Holstein boomt wie nie zuvor. Das nützt unserer Atmosphäre und es nützt den Landwirten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Deshalb noch ein Wort zu den Herren in der schwarzen Agrarfraktion. Herr Jensen-Nissen, wenn ich über Ökotechnologien rede, dann meine ich auch die **Landwirtschaft**. Eine Landwirtschaft, die zu einer dauernden Überdüngung und Vergiftung von Böden, Seen, Flüssen und Meeren beiträgt, ist nicht zukunfts-

trächtig. Deshalb setzen wir uns für moderne, ökologischere Bewirtschaftungsformen in der Landwirtschaft ein.

(Beifall des Abgeordneten Friedrich-Carl
Wodarz [SPD])

Da gibt es in Schleswig-Holstein noch eine Menge zu tun und viele Ihrer Kollegen sind da viel weiter als Sie.

Es ist völlig unverständlich, dass andere europäische Länder es auf pragmatische Weise schaffen, bereits über 10 % der Fläche ökologisch zu bewirtschaften, während wir uns in Schleswig-Holstein immer noch einen Glaubenskrieg leisten und in der Vermarktung nicht von der Stelle kommen. Hier müssen ebenfalls noch Korrekturen im Haushalt vorgenommen werden, um die vereinbarten Mittel bereitzustellen.

Meine Damen und Herren, nachhaltige Politik im Interesse unserer Kinder sind in besonderer Weise die Jugend- und die Bildungspolitik. Investitionen in unsere Kinder sind Investitionen in die Zukunft.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das merkt man!)

Deshalb ist der Investitionsbegriff in der Landes- und der Bundeshaushaltsordnung antiquiert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Wenn das Land die Werften subventioniert oder Deichbaumaßnahmen finanziert, dann gilt dies nach geltendem Recht als Investition, weil etwas gebaut wird. In ökonomischem Sinne ist das ziemlich zweifelhaft, denn die Werften gehören ja nicht dem Land und die Deiche schützen zwar Menschen, aber sie fahren keine direkten Gewinne ein. Deswegen wäre es sinnvoll, Deichbau als konsumtive Ausgabe einzustufen.

Anders ist es dagegen mit der Ausbildung unserer Kinder. Damit schafft das Land zwar keine Bauwerke, die direkt Gewinn abwerfen; die Ausbildung der Kinder und Jugendlichen ist aber in der zukünftigen Bildungsgesellschaft die entscheidende Quelle zukünftigen Wohlstands.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Deshalb sind dies Investitionen in unsere Zukunft und sollten so behandelt werden.

Auch zu diesem Bereich muss man ehrlich sagen: Wir alle hätten uns gewünscht, noch weitere Millionen in die **Bildungs- und Jugendpolitik** stecken zu können. Aber man muss auch anerkennen, was das Land bereits tut. Wir sind stolz darauf, 200 zusätzliche **Leh-**

(Karl-Martin Hentschel)

rerstellen und 100 zusätzliche Referendarstellen geschaffen zu haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wenn man sich nur die reinen Ressortausgaben ansieht - ohne Zinsen und Pensionslasten -, dann stellt man fest, dass das Land bereits 38,6 % seiner Ausgaben in den Bildungssektor steckt. Bei den Personalausgaben sind es bereits 53 % der Personalausgaben des Landes, die in die Hochschulen und Schulen gehen. Am Ende der Legislaturperiode werden es aufgrund der wachsenden Lehrerzahlen und der abnehmenden Stellenzahl in der Verwaltung bereits 56 % der Beschäftigten sein, die sich um Bildung kümmern.

Aber natürlich könnte man noch mehr tun. Wir brauchen unbedingt mehr Ganztagschulen - da stimme ich den Wünschen des bildungspolitischen Sprechers der CDU in vollem Umfang zu -, wir brauchen Mittagessen an den Schulen und wir wollen die Schulen von reinen Lernorten zu Stadtteilzentren für alle weiterentwickeln. Wir brauchen eine bessere technische Ausstattung der Schulen und wir unternehmen große Anstrengungen, alle Schulen ans Netz zu bringen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang unterstütze ich den Vorschlag, aus dem Kommunalen Investitionsfonds in den nächsten Jahren mehrere 100 Millionen DM für die Schulbausanierung einzusetzen und die Satzung des KIF entsprechend zu ändern.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass wir in den kommenden Jahren sogar noch weiter gehen müssen. Dazu gehört nicht zuletzt die kostenlose Bereitstellung von Plätzen in den **Kindertagesstätten**, die von meiner Partei als mittelfristige Forderung im Herbst letzten Jahres vorgeschlagen wurde.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie sollen die das denn finanzieren?)

Oh ja, ich weiß, was Sie jetzt sagen werden. Es geht um einen Betrag zwischen 200 Millionen DM und 300 Millionen DM im Jahr - wie soll das ebenfalls noch finanziert werden?

Meine Damen und Herren, in wenigen Jahren sprechen wir uns wieder. Die Gesellschaft hat sich vor ein paar Jahren dazu bekannt, die Altenpflege zu einer Aufgabe der gesamten Gesellschaft zu erklären. Dazu stehe ich. Aber ich kann nicht begreifen, dass die Pflege der Alten als Sache der gesamten Gesellschaft anerkannt worden ist, aber das Großziehen der Kinder immer noch weitgehend Privatsache ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und es soll auch Privatsache bleiben! Das Großziehen der Kinder soll auch Privatsache bleiben, Herr Hentschel!)

Die Ausgaben und Einkommensverluste der Eltern werden für ein Kind mit zirka einer halben Million DM bis eine Million DM berechnet. Das sind ein bis zwei Einfamilienhäuser.

Die Belastung der Eltern hat zur Folge, dass für das Alter diejenigen, die keine Kinder großgezogen haben, genügend private Altersversicherung angespart haben, um viermal im Jahr in Urlaub zu fahren, während die Eltern von Kindern dann auf die gesetzliche Altersversicherung angewiesen sind.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Im Klartext bedeutet das: Die Kinder derjenigen, die so blöd sind, sich Kinder zu leisten, erwirtschaften dann die gute Altersversorgung derjenigen, die keine Kinder haben.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch schlichter Unsinn! Ich habe auch zwei Kinder!)

- Ich rede von Normalverdienern, Herr Kubicki!

Deswegen bin ich so sicher und überzeugt davon, dass wir die Debatte darüber führen müssen und sie führen werden, dass Kinder ein Schatz für die gesamte Gesellschaft sind, für die wir alle Verantwortung tragen. Wenn es genauso lange dauert wie bei der Pflegeversicherung, dann werden wir vielleicht in zehn Jahren so weit sein, dies zu realisieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die Diskussion über den Haushalt 2001 mögen diese Hinweise und vielleicht auch der Hinweis auf die Problematik des Rechtsextremismus ausreichen, um zu begründen, warum die Kürzungen im Jugendhaushalt rückgängig gemacht werden müssen. Darüber herrscht ja glücklicherweise parteiübergreifend Konsens.

Als eine weitere Aufgabe, deren Finanzierung nicht mehr als ausreichend betrachtet werden kann, muss an dieser Stelle auch die Hochschulausbildung genannt werden. Hier möchte ich drei Punkte ansprechen.

Erstens. Wir haben im internationalen Vergleich nicht zu viel, sondern zu wenig ausgebildete Akademiker.

Zweitens. Die **Hochschulen** müssen endlich der Tatsache gerecht werden, dass für ein Großteil der Studenten das Studium eine Berufsausbildung ist. Nur eine Minderheit wird hinterher im wissenschaftlichen

(Karl-Martin Hentschel)

Umfeld tätig sein. Dies erfordert eine grundlegende Umstrukturierung aller Studiengänge.

Drittens. Das Berufsbild der Professoren wird sich völlig ändern.

Deshalb setzt die Landesregierung zu Recht darauf, dass sich die Hochschulen auf die veränderten Herausforderungen einstellen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Bei immer weniger Geld!)

Grundlegende Reformen in den Strukturen der Hochschulen, insbesondere der CAU, sind erforderlich. Zugleich weisen die Hochschulen zu Recht darauf hin, dass es ihnen der Sparkurs äußerst schwer macht, ihren Aufgaben hinreichend gerecht zu werden.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Deshalb müssen wir uns darüber im Klaren sein: Auch wenn der Sparkurs aus Sicht der Landesfinanzen dringend notwendig ist, werden wir ihn in Zukunft so nicht weiter fortsetzen können.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Trotzdem müssen die notwendigen Strukturreformen bereits heute angepackt werden. Meine beruflichen Erfahrungen sagen mir übrigens, dass gerade finanzielle Krisen oft der Anlass dafür sind, endlich Strukturen infrage zu stellen, an die sich vorher niemand herangetraut hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, eine nachhaltige Politik im Interesse unserer Kinder erfordert mehr als die Erhaltung der Natur, eine blühende Wirtschaft und eine gute Ausbildung. Sie erfordert auch Gesellschaftsstrukturen, die von den Menschen akzeptiert und als ihre eigenen empfunden werden können. Nachhaltigkeit erfordert **Demokratie** und **soziale Gerechtigkeit**. Wenn heute grölende Jugendliche durch die Straßen deutscher Städte laufen, um unseren Staat zu verhöhnern und anders denkende und anders aussehende Mitmenschen zu bedrohen, dann macht es vielen von uns erst bewusst, was wir zu verteidigen haben. Deswegen reicht es nicht aus, dass wir einige Gewalttäter hinter Gitter stecken. Die Aufgabe, die sich uns stellt, ist, die **Jugend** dieses Landes positiv für unsere Gesellschaft zu gewinnen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Die Gesellschaft, die wir alle nach dem Krieg gemeinsam - wenn auch in unterschiedlichen Rollen - in diesem Land gestaltet haben, ist die freiheitlichste Gesell-

schaft, die es je auf deutschem Boden gab; sie ist zugleich auch die wohlhabendste Gesellschaft, die es jemals gegeben hat. Trotzdem fühlen sich viele Menschen in diesem Land ungerecht behandelt, trotzdem ist die Politik insgesamt in Misskredit geraten, trotzdem gibt es Menschen, die jeden hassen, der andersartig ist, und am liebsten alles kaputtschlagen möchten.

Wir werden dieser Situation nur erfolgreich begegnen können, wenn wir bei allen notwendigen Schritten deutlich machen, dass wir uns am Leitbild der Gerechtigkeit orientieren. Gerade bei Sparmaßnahmen im Sozialbereich muss immer wieder überprüft werden, ob das, was wir tun, gerecht ist.

(Zuruf von der CDU: Dann werden Sie mal konkret!)

Wir müssen deutlich machen, dass Demokratie und Gerechtigkeit Grundlagen für Freiheit und Wohlstand sind. Diktaturen mögen kurzfristig effektiver sein, auf mittlere Sicht sind sie gescheitert, weil sie Fehler nicht korrigieren können, weil sie wirtschaftlich ineffektiv, ungerecht, unterdrückend sind und kreative Initiative lähmen. Deshalb müssen wir unserer Jugend zurufen: Demokratie lohnt sich! Es lohnt sich, sich für diese Gesellschaft, die wir in den vergangenen 50 Jahren Schritt für Schritt erarbeitet haben, einzusetzen!

Meine Damen und Herren, die Gerechtigkeit unserer Politik wird durchaus von zwei Seiten infrage gestellt: Die einen empfinden die Kürzungen und die Unterschiede zwischen Armen und Reichen ungerecht, die anderen fragen, ob es gerecht ist, wenn der eine für seinen Lebensunterhalt arbeitet, während der andere Geld bekommt, obwohl er nicht arbeitet und dann noch etwas schwarz dazuverdient. Auch hier können wir von Dänemark lernen. Dort sind viele Menschen stolz darauf, dass sie mehr Steuern zahlen als die Menschen in anderen Ländern, weil sie einen gerechten Sozialstaat haben.

(Zuruf von der CDU: Oh, oh!)

Jeder Arbeitslose bekommt 90 % seines letzten Lohnes, aber er muss auch an Umschulungen, Zeitjobs oder an kommunalen Arbeiten teilnehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ich denke, auch Schleswig-Holstein ist auf einem guten Weg, wenn wir diesem Vorbild nacheifern und dafür unsere Programme ASH 2000 umorientieren.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Karl-Martin Hentschel)

Das Sozialministerium hat dafür Pionierarbeit geleistet. Es wird noch viele Anstrengungen kosten, diese Neuorientierung zum angestrebten Erfolg zu führen.

Die **Justizpolitik** wird in den kommenden Jahren große Anstrengungen für eine moderne Justiz und einen modernen Strafvollzug unternehmen. Bestrafung für die Täter und Gerechtigkeit für die Opfer, faire Chancen für alle im Gerichtssaal sind die eine Seite, Hilfe für Opfer und Resozialisierung der Täter sind die andere Seite. Das sind Ziele, für die es sich lohnt, zu arbeiten und dafür trotz der knappen Finanzen Mittel bereitzustellen.

Das Gleiche gilt für die Modernisierung der **Polizei**. 20 Jahre nach Erfindung des Personalcomputers gibt es in Schleswig-Holstein immer noch Polizeistationen, in denen hoch qualifizierte Polizeibeamte auf uralten Schreibmaschinen herumhämmern, um auch noch auf dem fünften Durchschlag eine sichtbare Spur zu hinterlassen.

(Werner Kalinka [CDU]: Wer ist denn dafür verantwortlich? - Heinz Maurus [CDU]: Sie tragen doch dafür die Verantwortung! - Weitere Zurufe von der CDU)

Gerade dann, wenn die Mittel knapp sind, kommen der Modernisierung der Ausrüstung, einer guten Ausbildung eine besondere Bedeutung zu. Ich freue mich, dass es in dieser Hinsicht wenig Dissens zwischen Regierung und Opposition gibt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nur, Sie tun ja nichts! Das ist das Problem!)

Meine Damen und Herren, zum Schluss komme ich zu der Gretchenfrage des Haushalts 2001, zu dem 100-Millionen-Beitrag der Kommunen.

(Zurufe von der CDU)

Dabei glaube ich, dass es uns nicht weiterhilft, das Spielchen zu spielen: Wen trifft es mehr - die Kommunen oder das Land?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es trifft die Kommunen! - Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Es wird nämlich vergessen, dass es dieselben Bürger sind, für die wir im Land und in den Kommunen Politik machen.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: So einfach geht das!)

Wenn wir die mittelfristige Konsolidierung der Landesfinanzen wollen, dann muss der vorgelegte Sparkurs der Regierung durchgehalten werden. Natürlich schließt dies Nachkorrekturen an der einen oder ande-

ren Stelle nicht aus, aber die Größenordnung muss bleiben. Ist dies erst einmal akzeptiert, dann stellt sich die Frage, wo ich spare, gerechter.

(Unruhe bei der CDU)

Die Stadt Kiel hat bereits eine interne Aufstellung darüber gemacht, was die Streichung bei den Förderprogrammen des Landes - wohlgemerkt: bei den Förderprogrammen des Landes! - für die **kommunalen Finanzen** und für die kommunalen Einrichtungen bedeutet.

(Martin Kayenburg [CDU]: Eben, Sie greifen zweimal in die Taschen!)

Es ist nämlich eine Illusion zu glauben, wenn die Kommune spart, dann trifft es den Bürger, wenn aber das Land spart, dann merkt es keiner!

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Vielleicht kommt bei einer solchen Aufstellung am Schluss heraus, dass es leichter zu verkraften ist, wenn die 100 Millionen DM auf die Kommunen umgelegt werden, als wenn die Förderprogramme oder andere Haushaltstitel des Landes noch weiter zusammengestrichen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich denke, dass wir uns dieser Debatte vorurteilsfrei und offen stellen sollten. Natürlich können Einschnitte in dieser Größenordnung nicht einfach verkraftet werden und führen bei vielen Einrichtungen zu ernsthaften Schwierigkeiten. Deshalb müssen wir selbstverständlich zu Korrekturen bereit sein, aber die Gesamtlinie des Haushaltes, die Eckdaten müssen eisern verteidigt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, da wir heute von der Opposition weder konkrete Vorschläge

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hören Sie endlich mit dem Mist auf! Wir führen heute die erste Lesung durch, Herr Hentschel!)

noch eine Vision für die Schwerpunkte, noch eine Vision für die Zukunft dieses Landes gehört haben,

(Heinz Maurus [CDU]: Keine Ahnung! Das Verfahren beginnt doch erst! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist die erste Lesung!)

war es unsere Aufgabe, dies zu formulieren.

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

Eine nachhaltige Politik im Interesse unserer Kinder - das ist die Generallinie unserer Haushaltspolitik. Dar-

(Karl-Martin Hentschel)

an lassen wir uns messen und sind bereit, auch entsprechende Korrekturen vorzunehmen.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Peinlich, peinlich!)

Demokratie und soziale Gerechtigkeit mögen zwar für einzelne gut Verdienende egal sein, aber für die Masse der Bürger sind sie unentbehrlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zurufe von CDU und F.D.P.)

Sie sind der Eckpfeiler unserer Gesellschaft. Die Ökologie ist der Boden, eine gute Ausbildung ist das Dach und eine erfolgreiche Wirtschaft ist das Kraftwerk unseres Hauses, das wir für unsere heranwachsende Generation bauen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Und wo sind die Menschen? - Weitere Zurufe von der CDU)

Ich hoffe, dass das Haus Schleswig-Holstein solide stehen wird in den Stürmen der vor uns liegenden Jahre und des Jahrhunderts und dass sich die Menschen darin wohl fühlen, trotz einer merkwürdigen Opposition in unserem Land zwischen den Meeren.

(Anhaltender Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Unruhe bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt die 13-Uhr-Marke erreicht. Wir treten in die Mittagspause ein und werden die Sitzung nach Übereinkunft der Fraktionen um 15 Uhr fortsetzen. Es spricht dann die Abgeordnete des SSW, Frau Anke Spoorendonk.

(Unterbrechung: 13:01 bis 15:01 Uhr)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir setzen die Haushaltsberatung fort. Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits bei der Pressekonferenz zum Haushalt 2001 der Landesregierung im Juli sagte ich: Der von der Landesregierung vorgelegte Haushaltsentwurf für das Jahr 2001 ist ein ganz harter Brocken; er wird schwer zu verdauen sein - nicht nur für die Kommunen, sondern auch für Vereine und Verbände sowie für Bürgerinnen und Bürger, die von den umfangreichen Kürzungen der Landesregierung betroffen sein werden. Der SSW kann sich deshalb überhaupt nicht der Be-

urteilung des Kollegen Sager anschließen, dass der Sparkurs der Landesregierung nur eine Seifenblase ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

Angesichts der vielen Proteste aus nahezu allen Bereichen unserer Gesellschaft ist dies eine Verkenning der Tatsachen. Die im Haushalt 2001 vorgeschlagenen **Kürzungen** stellen aus unserer Sicht die härtesten finanziellen Eingriffe seit vielen Jahren dar. Ich sage dies nicht als Lob, sondern als Beschreibung der Wirklichkeit.

Aber es gibt auch ein altes Sprichwort, das besagt: Mit der Bremse zu lenken ist untauglich. Versucht man es, kann man sehr schnell auf die Nase fallen. Übersetzt auf den Landeshaushalt 2001 bedeutet dies, dass die Landesregierung aufpassen muss, dass das Sparen nicht als Mittel zum Zweck verkommt.

So wie der Haushaltsentwurf 2001 vorbereitet und in der Öffentlichkeit dargestellt wurde - und hier gab es aus Sicht des SSW große Defizite in der Informationspolitik sowohl für die Betroffenen der Sparmaßnahmen als auch für die Landtagsabgeordneten -, kann man leider den Eindruck gewinnen, dass alle anderen politischen Ziele den Sparzielen untergeordnet worden sind. Finanzminister Möller hat seine Methode für den Haushalt 2001 in einer Presseerklärung selbst als „Rasenmäher de Luxe“ dargestellt. Was übrig bleibt, ist der Rasenmäher. Genauso sind die Einsparungen zum Teil auch in der Öffentlichkeit angekommen.

Aus der Sicht des SSW beinhaltet der Entwurf der Landesregierung zu wenig Konzepte und Perspektiven dazu, wie man die politischen Ziele, die noch in der Regierungserklärung im Mai von der Ministerpräsidentin vorgetragen wurden - und die der SSW im Großen und Ganzen unterstützt -, trotz der Sparzwänge umsetzen will.

Die wesentlichen Eckpunkte des Landeshaushalts sind stark durch die Verabschiedung der **Steuerreform** beeinflusst worden. Das ist schon mehrfach betont worden. Dabei hatte es der SSW begrüßt, dass die Bundesregierung im Zuge der Diskussion um die Steuerreform - sozusagen in letzter Minute - dem Mittelstand weitere finanzielle Zugeständnisse machte. Auch verkennt der SSW nicht, dass den Bürgerinnen und Bürgern durch die Steuerreform in den nächsten Jahren erhebliche steuerliche Entlastungen zukommen werden. Sicherlich muss man die Steuerreform nach jahrelangem Stillstand auf Bundesebene als ein wichtiges Signal des wirtschaftlichen Aufbruchs in Deutschland bewerten. Die Konjunkturdaten haben

(Anke Spoorendonk)

sich ja auch seit dem Beschluss stark verbessert, wobei die letzten Wachstumsdaten für Schleswig-Holstein im ersten Halbjahr 2000 leider nicht mehr ganz so rosig aussahen.

Aus unserer Sicht ist die Finanzierung der Steuerreform immer noch das Hauptproblem. Denn allein durch die Steuerreform entsteht dem Land im Haushalt 2001 netto eine Deckungslücke von über 500 Millionen DM. Bis 2004 bewirkt die Reform Einnahmeverluste für das Land von über 1 Milliarde DM. Auch die Kommunen werden in den nächsten Jahren durch diese Reform dreistellige Millionenverluste zu verzeichnen haben.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit im Haus bitten.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Wir bleiben dabei: Wir hätten uns eine Steuerreform gewünscht, deren Finanzierung nicht weiter zulasten der Länder und Kommunen gegangen wäre.

(Beifall beim SSW)

Auch von den Einnahmen der UMTS-Lizenzen profitiert der Bund mehr als die Länder. Denn durch den Verkauf der **UMTS-Lizenzen** bekommt die Bundesregierung Einnahmen in Höhe von fast 100 Milliarden DM. Laut Angaben der Landesregierung werden sich die Steuerausfälle durch die Abschreibungsmöglichkeiten der Lizenznehmer für das Land Schleswig-Holstein und die Kommunen in den nächsten 20 Jahren auf 857 Millionen DM belaufen. Allein im Haushaltsjahr 2001 rechnet die Landesregierung mit Steuerausfällen von 43 Millionen DM für Schleswig-Holstein. Deshalb wäre eine gerechtere Verteilung der UMTS-Milliarden als bisher vorgesehen notwendig. Wir hätten uns gewünscht, dass sich die Landesregierung stärker bei der Bundesregierung dafür einsetzt, dass die Länder und Kommunen einen angemessenen Anteil aus den Einnahmen des Verkaufs der UMTS-Lizenzen bekommen.

(Beifall der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU])

Nur auf einen minimalen Anteil der **eingesparten Zinsen** des Bundes zu hoffen, ist zu wenig. Dabei möchte ich überhaupt nicht darauf eingehen, dass man diese Lizenzen auch anders hätte vergeben können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie sonst?)

Es gibt ja eine ganze Reihe von Ländern in Europa, die sich nicht für die Auktion, sondern für diesen berühmten Schönheitswettbewerb entschieden haben.

Auch die Vorschläge der Bundesregierung, um die negativen Wirkungen der Öl- und Benzinpreise abzufedern, werden den Landeshaushalt belasten. Denn die Einführung einer allgemeinen Entfernungspauschale, die wir politisch unterstützen und auch im Interesse der Pendler gefordert haben, wird zu weiteren Verlusten in der Einkommensteuer führen.

Der SSW steht aber dazu, dass die Bundesregierung an der **Ökosteuer** festhalten muss. Denn sowohl für die sozialen Sicherungssysteme - sprich: Sicherung der Rentenversicherung - als auch für die Verringerung der Lohnnebenkosten in Deutschland muss die Ökosteuer weiter beibehalten werden. Wer die Ökosteuer abschaffen will, muss erklären, wo dann das Geld für die Renten und die Senkung der Lohnnebenkosten herkommen soll.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wichtig ist auch zu erwähnen, dass höhere Energiepreise langfristig zu verstärkten Investitionen in Energieeinsparmaßnahmen, in alternative Verkehrsträger und in neuere weniger umweltschädlichere Technologien führen und somit unserer Umwelt zugute kommen werden. Ich nenne nur als Stichwort das Ein-Liter-Auto, wie vom VW-Konzern jetzt angekündigt.

Aus der Sicht des SSW sind also diese auf Bundesebene beschlossenen Rahmenbedingungen eindeutig zulasten des Landes und der Kommunen gegangen. Der wirtschaftliche Aufschwung - und somit steigende Steuereinnahmen für Bund, Land und Kommunen -, der diesen Beschlüssen hoffentlich folgen wird, kann die finanziellen Einbußen kurzfristig nicht kompensieren.

Die Eckdaten des Haushalts 2001 und die Finanzplanung von 2000 bis 2004 sprechen ihre deutliche Sprache. Die Landesregierung will in fast allen Förderprogrammen des Landes - von den ASH-Programmen über das „ziel“-Programm bis hin zum hoch gelobten Programm „Arbeit, Innovation, Bildung“ - Streichungen vornehmen. Die Investitionsquote des Landes wird daher bis 2004 weiter auf einen Negativrekord von 8,9 % fallen. Dennoch werden die Schulden und die Zinsausgabenquote weiter ansteigen. Die Nettoneuverschuldung soll bis zum Jahr 2002 ansteigen.

Natürlich wissen wir, dass deshalb Einsparungen in fast allen Bereichen unumgänglich sind. Wir sind aber in vielen Punkten mit der Prioritätensetzung nicht zufrieden. Es fehlt einfach der große Wurf oder anders formuliert: Es fehlen vor dem Hintergrund der schwe-

(Anke Spoorendonk)

ren Spareinschnitte Visionen, die eine langfristige Linie in den Schwerpunkten der Landespolitik besser sichtbar machen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Liebe Kollegin Heinold, ich möchte dies an einigen Beispielen verdeutlichen. Schon als kurz vor den Sommerferien der Sonderausschuss „Finanzbeziehungen Land - Kommunen“ seine Arbeit abschloss, sagte ich für den SSW, dass die Landesregierung aus unserer Sicht nicht hat nachweisen können, warum den Kommunen im Haushaltsentwurf 2001 100 Millionen DM gekürzt werden sollen. Alle Zahlen belegen unserer Meinung nach, dass die **Kommunen** in den Neunzigerjahren - genau wie das Land - mit erheblichen finanziellen Problemen zu kämpfen gehabt haben.

Es gibt keine objektiven Zahlen, die automatisch für einen Eingriff in die kommunalen Kassen sprechen. Das ist für uns der entscheidende Punkt. Dazu stehen wir. Das heißt: Ob den Kommunen ein Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts zugemutet werden kann, ist ausschließlich eine politische Frage, mit der man sich auch politisch auseinander setzen muss. Eine Kürzung von 100 Millionen DM oder von Beträgen in ähnlicher Größenordnung können wir nicht mittragen. Dazu ist die Haushaltslage zu vieler Kommunen und insbesondere der Landkreise zu schlecht.

Der SSW begrüßt zwar, dass die Landesregierung bis zum Jahr 2005 den Abbau von dreistufigen Verwaltungen und die Fortsetzung der **Funktionalreform** voranbringen will, aber wenn man sich die bisherigen Ergebnisse ansieht, darf man skeptisch bleiben. So haben die jahrelangen Bemühungen - laut Bericht des Innenministeriums - zwar viele Vorschläge im Bereich der Funktionalreform ergeben, konkret umgesetzt wurden aber sehr wenige mit einem sehr bescheidenen Einsparvolumen. Das liegt nicht unbedingt an der Landesregierung. Wir alle wissen, dass es so nicht ist.

Das in den Landtag eingebrachte Standardöffnungsgesetz ist aus unserer Sicht kein guter Vorschlag, um bei der Verwaltungsreform und der Modernisierung der kommunalen Selbstverwaltung weiterzukommen. Mit der Annahme des vorgelegten Gesetzes laufen wir Gefahr, dass die Kommunen viele notwendige Aufgaben drastisch reduzieren werden.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Wir laufen Gefahr, dass es - insbesondere in den sensiblen sozialen Bereichen - so kommen wird. Auch ein Standardöffnungsgesetz wurde in erster Linie als Ein-

sparmaßnahme betrachtet. Das hat die Debatte gezeigt.

(Günther Hildebrand [F.D.P.]: Die Kommunen verantworten das ja auch!)

Es gibt sensible Bereiche - den sozialen Bereich oder auch den Bereich der Kindertagesstätten -, in denen das zu erheblichen Problemen führen wird. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass nicht nur die Kommunen die Kindertagesstätten bezuschussen, sondern auch das Land.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Statt eines einseitigen Eingriffs der Landesregierung, bei dem die Lasten von der einen öffentlichen Hand nur auf die andere abwälzt werden, brauchen wir in Schleswig-Holstein endlich eine breite Diskussion darüber, ob die Art, wie wir uns bisher auf kommunaler Ebenen organisiert haben, wirklich sinnvoll ist. Zum Beispiel hoffe ich, dass eine Reform des Föderalismus - wenn es denn dazu kommt - auch dazu führt, dass man zu mehr Finanzierungen aus einer Hand kommt. Ich werde hier nicht auf das dänische Beispiel hinweisen, das zeigt, dass Kommunen auch Steuerhoheit haben können und dass das auch ein richtiger Schritt sein könnte.

Weiter muss man sich ernsthaft fragen, ob eine kommunale Struktur mit über 1.100 Gemeinden wirklich den Anforderungen einer globalisierten Welt genügt und ob sich Schleswig-Holstein das leisten kann. Selbst Experten fällt es bisweilen schwer, den Überblick zu bewahren, wer denn nun im Gestrüpp zwischen Land, Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Städten, Ämtern und Gemeinden für welche Aufgabe zuständig ist. Auch in diesem Zusammenhang wird man von mir die Nennung des dänischen Beispiels erwarten, denn dort gibt es ungefähr 270 Kommunen, die alle eine gewisse Mindestgröße haben, damit sie auch effektiv funktionieren können. Dennoch wird keiner sagen, dass diese Kommunen nicht bürgernah organisiert seien.

Das heißt: Wenn man in der Diskussion um Funktionalreform und Deregulierung wirklich weiterkommen will, sollte man ernsthaft auch Überlegungen zu **Gebietsreformen** mit einbeziehen.

(Klaus Schlie [CDU]: Viel Spaß!)

Der Innenminister des Landes hat dies zwar angesprochen, aber ich glaube, es ist an der Zeit, dass wir in dieser wichtigen Frage auch handeln. Es gibt genügend Modelle, an die man sich anlehnen kann. In Rheinland-

(Anke Spoorendonk)

Pfalz gibt es zum Beispiel schon lange Verbundgemeinden, die gemeinsame Aufgaben lösen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich die Enquete-Kommission des Landtags mit dieser Problematik befasst. Ich weiß wohl, wie schwierig dieses Thema ist und dass keiner damit einen Blumentopf gewinnen kann. Wir müssen uns mit diesen Fragen aber in jedem Fall befassen.

(Lothar Hay [SPD]: Gilt das auch für Ihre Heimatgemeinde, liebe Frau Spoorendonk?)

- Das gilt auch für meine Heimatgemeinde, lieber Kollege Hay!

Am vergangenen Wochenende nahm die dänische Minderheit zum zweiten Mal in ihrer Geschichte am Schleswig-Holstein-Tag teil, diesmal zusammen mit den anderen Minderheiten des Landes und gemeinsam mit den deutschen Nordschleswigern. Damit sind wir dem Ziel eines Füreinander einen großen Schritt näher gekommen. Die Minderheiten des Landes sehen sich selbst als gleichberechtigte und selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Sie haben ihre Berührungspunkte überwunden.

Das Zusammenleben von Mehrheit und Minderheit ist in Schleswig-Holstein also im Jahr 2000 im Alltag zunehmend von Normalität und Akzeptanz geprägt.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dies wurde auch auf dem Minderheitenkongress 2000 am letzten Freitag in Sankelmark unterstrichen. Dennoch: Die These, dass das schleswigsche Grenzland eine Art Modellregion für ganz Europa darstellt, können wir - trotz aller Fortschritte in den Beziehungen zwischen Deutschen und Dänen - nicht stützen. Das deutsch-dänische Grenzgebiet hat seine eigene unverwechselbare Geschichte, die nicht auf andere Länder in Europa übertragbar ist.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich darf um ein bisschen mehr Aufmerksamkeit für die Rednerin bitten.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ja, das ist die Schwierigkeit, wenn man unmittelbar nach der Mittagspause redet.

Das heutige friedliche und vorbildliche Miteinander in unserem Grenzland ist die Folge eines langen, nicht

immer leichten Prozesses, der über 150 Jahre gedauert hat. Deshalb kann man nicht davon sprechen, dass wir eine Modellregion sind. Der Begriff Modell ist zu theoretisch und würde bedeuten, dass man unsere Rahmenbedingungen einfach auf andere Länder übertragen könnte. Ich weiß, dass das so nicht gemeint ist, und es wurde am Freitag in Sankelmark so auch nicht diskutiert. Dennoch tritt der Begriff Modellregion immer wieder auf. Dazu kommt, dass es trotz allem, was wir gemeinsam erreicht haben, immer noch offene Fragen bei der finanziellen und kulturellen Gleichstellung von Mehrheit und Minderheit gibt. Es ist daher immer wieder nötig, dass die Minderheiten auf ihre besonderen Probleme aufmerksam machen.

In der Regierungserklärung Anfang Mai sprach die Ministerpräsidentin davon, dass „Schleswig-Holstein in Europa als Vorbild für partnerschaftliches Zusammenleben von Mehrheiten und Minderheiten gilt und dass Dänen, Friesen, Sinti und Roma aktiv und selbstbewusst zur kulturellen Vielfalt und Attraktivität unseres Landes beitragen.“ Der SSW unterstützt all dies.

Wir wissen es auch zu schätzen, dass die Ministerpräsidentin zugleich mit ihrer Wiederwahl eine neue Minderheitenbeauftragte berief, wobei Renate Schnack schon längst nicht mehr „neu“ wirkt, sondern sich mit großem Engagement und Sachverstand in die Arbeit gestürzt hat.

(Beifall bei SSW und SPD)

Ich hebe dies ausdrücklich hervor, weil ich noch genau im Ohr habe, wie vor der Wahl vom „Beauftragten-unwesen“ gesprochen wurde. Ich möchte Renate Schnack von dieser Stelle aus ausdrücklich dafür danken, dass sie sich an die Arbeit gemacht hat.

(Beifall bei SSW und SPD)

Uns allen ist auch bewusst, dass wir heute sehr viel weiter gekommen sind, zum Beispiel in der Akzeptanz der Minderheitenpolitik. Rückschläge wird es immer geben; die Landtagsdebatte zum Thema Sprachcharta war einer. Aber nach der letzten Beratung im Europaausschuss bin ich zuversichtlich, dass wir dazu einen interfraktionellen Antrag werden formulieren können.

Dennoch werden wir die Landesregierung an den Aussagen der Ministerpräsidentin messen. Minderheitenpolitik darf nicht zur Schönwetterpolitik verkommen. Alle Formulierungen zum Schutz der Minderheiten sind nur so gut, wie sie sich auch im alltäglichen Leben bewähren oder verwirklichen lassen. Für uns geht es deshalb immer in erster Linie darum, dass diese Zielsetzungen mit Leben erfüllt werden.

(Anke Spoorendonk)

Bei den Beratungen zum Haushalt 2001 werden wir uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die angepeilten **Kürzungen** bei den Organisationen der **Minderheiten** zurückgenommen werden. Weiterhin sind wir uns bewusst, dass wir, realistisch betrachtet, bei einer ganzen Reihe von Kollegen - neu gewählte in den holsteinischen Wahlkreisen - erst noch Überzeugungsarbeit leisten müssen. Vor diesem Hintergrund möchte ich mich bei dem Kollegen Hay ganz ausdrücklich für seine Rede von heute Morgen bedanken.

(Beifall SSW und SPD)

Ich möchte gern feststellen, dass er der Einzige war, der den Bereich der Minderheitenpolitik aufgegriffen hat. Er hat ihn ausführlich behandelt und die Perspektiven aufgezeigt.

(Thorsten Geißler [CDU]: Wir durften ja nicht reden!)

Ausdrücklich möchte ich erwähnen, dass durch diesen Redebeitrag deutlich wurde, dass **Minderheitenpolitik** in Schleswig-Holstein nichts Exotisches, sondern ein wesentliches Merkmal unseres Gemeinwesens ist.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade darum möchte ich noch einmal auf die besondere Problematik aufmerksam machen, die von den Sparvorschlägen der Landesregierung im Minderheitenbereich ausgeht.

Im Frühjahr dieses Jahres - der Kollege Hay sprach auch dies schon an - hat die dänische Regierung eine Analyse erstellt, die zeigt, dass Dänemark den größten finanziellen Anteil sowohl für die deutsche Minderheit als auch für die dänische Minderheit trägt. Das Verhältnis beträgt ungefähr 60 : 40. Auch wenn Finanzminister Möller in der Presse - in „Flensburg Avis“, um es genau zu sagen - dazu gesagt hat, er kenne diese Zahlen nicht, so können ihn diese Zahlen kaum überrascht haben. Denn diese Entwicklung ist seit Jahren bekannt.

Die Kürzungen der Landesregierung bei der dänischen Minderheit sind ein ganz schlechtes Signal, weil dadurch die finanzielle Schieflage im Grenzland weiter wachsen wird. Dass die Kürzungen nicht - wie angekündigt - zwischen 2,5 % und 5 %, sondern bei 13 % liegen, hat die Lage nicht besser gemacht. Vor dem Hintergrund der fehlenden finanziellen Gleichstellung - beispielsweise bei der Finanzierung der Schülerbeförderung - haben die Pläne der Landesregierung natürlich für negative Schlagzeilen auf beiden Seiten der Grenze gesorgt. Gleichzeitig müssen wir zum wiederholten Mal darauf aufmerksam machen, dass wir als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, als Steuer-

zahler dieses Landes auch davon betroffen sind, wenn ansonsten in Schleswig-Holstein gespart werden muss. Dies gilt insbesondere, wenn auch die Kommunen betroffen sind; denn bekanntlich sind die Zuschüsse für die Minderheiten in den kommunalen Haushalten immer noch freiwillige Leistungen.

Für den SSW wird es deshalb eine der wichtigsten Aufgaben sein, immer wieder darauf hinzuweisen, dass Dänisch und Friesisch gleichberechtigt zu unserem Land gehören. Wir werden darauf drängen, dass dies in der täglichen Politik der Landesregierung sichtbar wird. Wir wollen nicht, dass wir uns weiterhin von den Zielen entfernen, von denen wir manchmal glaubten, dass sie schon fast erreicht seien. Wir brauchen deshalb Perspektiven in der Minderheitenpolitik und wir erwarten deutliche Signale der Landesregierung, wie sie das Ziel der Gleichstellung der Minderheiten mit uns erreichen will.

(Beifall beim SSW)

Neben den Kürzungen bei den Kommunen und in der Minderheitenpolitik sieht der SSW insbesondere Probleme bei den Sparvorschlägen des Sozialministeriums, wonach Förderprogramme in Höhe von 17,9 Millionen DM im **sozialen Bereich** und in der Jugendhilfe gekürzt werden sollen. Wir können der Landesregierung nur raten aufzupassen, dass der Haushalt keine soziale Schieflage bekommt.

(Reinhard Sager [CDU]: Hat er aber!)

Oder anders formuliert: Trotz der schlechten Finanzlage des Landes ist es für den SSW nicht nachvollziehbar, warum gerade eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung solche schweren Eingriffe im Sozialbereich vornimmt. Die Landesregierung darf aus unserer Sicht nicht vergessen, dass sie die Landtagswahl nicht zuletzt gewonnen hat, weil viele Wählerinnen und Wähler das Thema soziale Gerechtigkeit bei der Regierungskoalition besser aufgehoben sahen als bei CDU und F.D.P.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt nicht! - Klaus Schlie [CDU]: Das kann gar nicht stimmen!)

- Das sagen alle Meinungsumfragen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich zitiere das, was aus den Meinungsumfragen hervorgeht.

Gerade im Zuge der aktuellen Diskussion über die Ursachen und die Bekämpfung des Rechtsradikalismus

(Anke Spoorendonk)

wirken die Streichlisten in diesen Bereichen kontraproduktiv.

(Beifall bei SSW, CDU und F.D.P.)

Was bringt es, wenn man in Resolutionen gegen Rechts über die herausragende Bedeutung der Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen spricht, wenn aber gleichzeitig die Fördermittel für die Demokratiekampagne gekürzt werden?

(Beifall bei SSW, CDU und F.D.P.)

Das Programm „Schleswig-Holstein - Land für Kinder“ soll gar um ein Drittel beschnitten werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

Man will junge Menschen daran hindern abzugleiten und gibt nichts für neue Wege in der Jugendstraffälligenhilfe aus!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo ist Hentschel?)

Man spricht über die Bedeutung der Kinder - und Jugendhilfe und will gleichzeitig die Mittel für Jugendbildung und Modellvorhaben drastisch zusammenstreichen.

(Beifall bei SSW, CDU und F.D.P.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es mag ja sein, dass einige Programme zusammengeführt werden können, aber ich vermisse ein Konzept. Ich vermisse, dass man weiß, woran man ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Gleichzeitig möchte ich darauf hinweisen, dass diese Bereiche ohnehin seit Jahren mit dem Status quo auskommen müssen, obwohl die Personalausgaben stetig steigen. So geht das nicht!

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Konzeptionslos!)

Die Demokratie lebt von sozialer Stabilität. Wer nicht die Ressourcen hat, um den Alltag zu bewältigen, der wird in der Regel kaum die Kräfte haben, sich aktiv in das demokratische Zusammenleben einzubringen. Es ist mühselig, das dauernde Gerede davon zu hören, dass soziale Probleme durch härteres Durchgreifen gelöst werden sollen. Es mag vielleicht helfen, wenn Politiker demonstrieren, dass sie etwas tun, aber eine wirkliche Problemlösung ist das nicht.

Kaum jemand redet also noch von Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit. Das ist aber die Form der inneren Sicherheit, die wir uns wünschen.

Was die vorgeschlagenen Einschnitte bei den etablierten Organisationen und Verbänden im sozialen

Bereich, beispielsweise bei den Wohlfahrtsverbänden, angeht, so mag es hier manche veraltete Strukturen geben, die modernisiert werden müssen. Diese Modernisierungen können dann sehr wohl zu gewünschten Einsparungen führen. Aber auch hier fehlen uns die langfristigen Strategien dazu, wie die Ziele der Landesregierung in der Sozialpolitik unter den veränderten Haushaltsbedingungen erreicht werden sollen. Wichtig ist es dabei auch, in einen Dialog mit den betroffenen Institutionen und Verbänden um den richtigen Weg einzutreten.

So unterstützen wir die Forderung der freien Wohlfahrtsverbände, die abgebrochene Diskussion über eine Reform der Finanzierung der Dienstleistungen der freien Wohlfahrtspflege durch das Land und die Kommunen im Bereich der so genannten Zuwendungen wieder aufzunehmen. Es hat ja Gespräche gegeben. Ich kann mich selbst noch gut daran erinnern. Überlegenswert sind beispielsweise die Anregungen, die bisherige Förderungsform der Zuwendungen durch den Abschluss von Leistungsverträgen zu ersetzen.

Durch diese Verträge entsteht eine neue Qualität der Zusammenarbeit, da an die Stelle des Zuwendungsempfängers und des Zuwendungsgebers Vertragspartner treten. Alles das ist nichts Neues und wird ja schon seit Jahren diskutiert. Es müsste jetzt angepackt werden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

Eine solche Reform der Finanzierung könnte auch zu einer wirtschaftlicheren Verwendung öffentlicher Mittel führen. Unsere Wissens- und Informationsgesellschaft fordert die Ausbildung in allen Ausprägungen heraus, denn die Lebenschancen der einzelnen Menschen hängen zunehmend vom Wissen ab.

Seit Jahren fordert der SSW ein **Weiterbildungsgesetz**. Vieles deutet aber darauf hin, dass so ein Gesetz in weite Ferne gerückt ist. Somit bleibt Schleswig-Holstein vorerst neben Sachsen das einzige Flächenland ohne Weiterbildungsgesetz. Wir haben daher die Landesregierung in einem Berichts Antrag aufgefordert, in der November-Tagung des Landtags darüber zu berichten, wie sie sich die Zukunft der Weiterbildung in Schleswig-Holstein vorstellt. Entscheidend ist dabei für uns, dass dieser Punkt nicht durch die Horrorszenarien des Landeshaushalts 2001 verdrängt wird.

Positiv ist, dass die Landesregierung an ihrem Ziel, 1.200 neue Lehrerstellen zu schaffen, festhält. Diese Stellen sind - wie wir wissen - dringend notwendig und das absolute Minimum, damit die **Unterrichtsvorsorgung** an unseren Schulen aufrechterhalten werden

(Anke Spoorendonk)

kann. Aber auch im Schulbereich sollten wir endlich tiefer greifende Reformen angehen.

Damit meine ich nicht das Abitur nach zwölf Jahren, das wir weiterhin ablehnen, wenn es denn die einzige **Reform des Schulwesens** sein soll, sondern wir sollten beispielsweise überlegen, ob es wirklich langfristig sinnvoll und zukunftsfähig ist, weiterhin fünf verschiedene Schularten und somit fünf verschiedene Lehrerausbildungen aufrechtzuerhalten.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich verstehe ja ganz gut, wenn die Einführung einer ungeteilten Schule - ich füge hinzu: nach nordischem Vorbild - im Moment noch zu viel verlangt ist. Aber auch im Schulbereich und in der **Lehrerausbildung** brauchen wir flexiblere und effizientere Lösungen als die heutigen. Auch in diesem Bereich könnte man also Qualitätsziele mit Einsparungen in Einklang bringen. Das gilt auch für den Hochschulbereich, wo zum Teil noch recht verkrustete Strukturen herrschen. Mit den Zielvereinbarungen zwischen Land und Hochschulen sind wir ein Stück vorangekommen. Trotz einiger Proteste und einiger Probleme sind die Zielvereinbarungen, die eben nicht nur auf Kostensenkung, sondern auch auf Qualitätssicherung und Schwerpunkte abzielen, ein gutes Instrument, um in der Hochschulpolitik voranzukommen.

Zurzeit haben die **Hochschulen** - beispielsweise die Fachhochschule Kiel oder die Universität Flensburg - großen Zulauf von neuen Studierenden. Das ist eine erfreuliche Entwicklung. Wir sollten alles daransetzen, dass diese Entwicklung anhält. Auf keinen Fall darf man aber die Studierenden als Geiseln in der Auseinandersetzung zwischen Hochschulen und Ministerium benutzen. Deshalb halte ich von einem angekündigten Aufnahmestopp an den Hochschulen überhaupt nichts. Wichtig ist, dass sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen und auch in diesem Bereich anerkennen, dass man nur durch Dialog, Offenheit und Gespräche die wirklich notwendigen Strukturveränderungen im Hochschulbereich anpacken kann.

Das groß angekündigte Programm „Zukunft im eigenen Land“ ist schon, bevor es gestartet ist, mehrfach korrigiert und gekürzt worden. Wir werden im Laufe der Landtagstagung noch darüber diskutieren. Aber schon jetzt kann festgestellt werden, dass uns eine grundlegende Diskussion darüber fehlt, welches Ziel wir mit welchem Programm eigentlich erreichen wollen.

Für uns ist es gerade bei den **Wirtschaftsförderungsprogrammen**, die nicht zuletzt die wirtschaftliche

Entwicklung der strukturschwachen Gebiete, wie des Landesteils Schleswig, weiter voranbringen sollen, wichtig, was hinten herauskommt, nämlich der Erhalt von Arbeitsplätzen oder gar die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Hier war das alte **Regionalprogramm für strukturschwache Räume** laut einem Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung außerordentlich erfolgreich. Deshalb haben wir es bedauert, dass das alte Programm spätestens 2001 auslaufen wird. Aber wir haben darauf vertraut, dass die Landesregierung mit dem neuen Regionalprogramm 2000 ein vernünftiges Nachfolgekonzept vorgelegt hat. Auch wenn der finanzielle Input nicht immer entscheidend ist, stimmt es bedenklich, wenn für 2001 statt - wie ursprünglich geplant - 25 Millionen DM nur 20 Millionen DM für das Regionalprogramm eingestellt worden sind.

Vor dem Hintergrund, dass bereits heute immer mehr die Hamburger Randgebiete und die wirtschaftlich starken Gebiete um Kiel und Lübeck den wirtschaftlichen Pulsschlag im Land angeben, bleibt eine Kernforderung des SSW, dass die Landesregierung eine aktive Regionalpolitik zum Ausgleich der wirtschaftlichen Probleme in den strukturschwachen Gebieten betreiben muss.

Wir fordern daher weiterhin, dass die **Verkehrsinfrastruktur** des nördlichen Landesteils und der Westküste verbessert wird, bevor man eine Fehmarnbelt-Querung in Angriff nimmt.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Wir sind nicht gegen die **Fehmarnbelt-Querung**; das will ich auch noch einmal sagen. Zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur gehören der Bau der westlichen Elbquerung und eine Verbesserung des Schienenverkehrs. Auch der grenzüberschreitende Schienenverkehr muss dringend verbessert werden.

Dass Totgesagte auch einmal länger leben können, zeigt der Erfolg der Wiedereröffnung der Strecke Niebüll - Tønder. Statt der geplanten 11.000 haben bereits über 23.000 Passagiere diese Verbindung bis heute genutzt. Vielleicht kann man das auch bald über die INTERREGIO-Verbindung nach Flensburg sagen, die leider laut Planungen der Deutschen Bahn nach 2002 gestrichen werden soll.

Der SSW begrüßt, dass die Landesregierung die **Werftenhilfe** fortsetzen will. Solange die wichtigsten Konkurrenten eine staatliche Hilfe gewähren, müssen auch wir unseren Werften unter die Arme greifen, damit sie ihre hochwertigen und wettbewerbsfähigen Schiffe auf den Markt bringen können.

(Anke Spoorendonk)

In den nächsten Jahren müssen wir noch größere Anstrengungen im Bereich **Küstenschutz** unternehmen. Die verschwindenden Sände vor den Inseln und die Abbruchkanten an den Küsten zeigen deutlich, dass wir neben den üblichen Maßnahmen wie Sandvorspülungen und Deichverstärkungen auch andere alternative Küstenschutzformen erforschen und vorantreiben müssen. In einem ausführlichen Bericht will die Landesregierung auf Antrag des SSW in einer der kommenden Landtagstagungen darstellen, was derzeitiger Stand der Technik ist. Deshalb müssen wir aber auch die finanziellen Mittel für Forschung und Entwicklung bereitstellen, um das hohe Niveau des Küstenschutzes halten zu können.

Ich fasse zusammen: Trotz schwieriger Haushaltslage wird sich der SSW in den Haushaltsberatungen dafür einsetzen, dass der Entwurf des Haushalts 2001 in vier für uns wichtigen Punkten verbessert wird.

Erstens: Die **Kommunen** in Schleswig-Holstein können eine Kürzung von 100 Millionen DM nicht verkraften.

(Beifall bei SSW und CDU)

Der SSW fordert die Landesregierung auf, zumindest einen Kompromiss anzustreben, der die Kommunen wesentlich entlastet. Zu diskutieren ist beispielsweise, ob die Landesregierung in Zukunft statt der Kürzung des Finanzausgleichs nicht die Schulbaufinanzierung über Mittel aus dem kommunalen Investitionsfonds vornehmen könnte. Wir sind uns natürlich darüber im Klaren, dass dies nicht die optimale Lösung ist, da der kommunale Finanzausgleich sozusagen das Tafelsilber der Kommunen ist.

(Reinhard Sager [CDU]: Das Geld der Kommunen!)

- Es ist ein Kompromissvorschlag.

Zweitens: Wir können keine weiteren Kürzungen bei den **Minderheiten** akzeptieren. Hier muss nachgebessert werden. So habe ich auch die Aussage des Kollegen Hay verstanden. Sonst vergrößert sich die Schiefelage im Grenzland weiter, das heißt die Schiefelage zwischen den deutschen und dänischen Zuschüssen für die jeweilige Minderheit.

Drittens: Ein Kahlschlag im **sozialen Bereich** ist für uns nicht hinnehmbar. Wer den Rechtsradikalismus ernsthaft bekämpfen will, darf gerade im Kinder- und Jugendbereich nicht sparen. Neben den Kürzungsvorschlägen fehlen uns hier insbesondere Konzepte, wie man im Einzelnen trotz Sparvorhaben weiterkommen will.

Viertens: Die Landesregierung sollte die Kürzung der Mittel für die **strukturschwachen Regionen**, bei-

spielsweise die Kürzung im Regionalprogramm 2000, noch einmal überdenken. Trotz vieler Fortschritte in den betroffenen Regionen, nicht zuletzt im Landesteil Schleswig, brauchen wir weiterhin gezielte Investitionen, um die wirtschaftsnahe Infrastruktur zu verbessern.

Die öffentliche Aussage des Finanzministers, dass es überhaupt keine Alternativen zu dem vorgelegten Entwurf gibt, ist aus Sicht des SSW nicht nachvollziehbar. Ich füge hinzu: Es ist jetzt auch so, dass das Parlament gefordert und gefragt ist. Wir können nicht einfach sagen: Das ist es.

Natürlich ist die Haushaltslage des Landes unverändert kritisch zu sehen. Aber es gibt noch Spielraum für Änderungen und Umschichtungen auch in diesem Haushalt. Zum einen ist der laufende **Haushaltsvollzug 2000** wesentlich besser als ursprünglich geplant, zum anderen wird die **Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer** kurzfristige Einsparungen von über 50 Millionen DM erbringen.

Dennoch ist uns bewusst, dass die Farbe der Wirklichkeit grau ist. Wir wissen, dass es auch auf die Ergebnisse der Steuerschätzung im November ankommt. Doch hier am Anfang der parlamentarischen Beratung muss gesagt werden, dass Sparen kein Ersatz für Politik ist. In diesem Sinne wird sich der SSW in gewohnter konstruktiver Weise an den Haushaltsberatungen beteiligen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

In der Loge begrüße ich die Damen und Herren Preisträger des Gewinnspiels der Wöhrdener Theatertage.

(Beifall)

Für die Landesregierung erteile ich jetzt Frau Ministerpräsidentin Simonis das Wort.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Als ich heute Morgen den Oppositionsführer und die mit Sicherheit zur Heiterkeit anregende Slapstick-Rede des F.D.P.-Fraktionsvorsitzenden gehört habe, habe ich mich gefragt, wo Sie eigentlich wohnen, Herr Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: In Strand!)

Das hat mit der Wirklichkeit jedenfalls nichts zu tun.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Diesem Lande geht es gut. Wir schaffen für die Jugendlichen genügend Ausbildungsplätze. Das Wachstumstempo ist relativ gut. Der **Strukturwandel** zeigt sich an allen Orten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo leben Sie eigentlich?)

Wir sind nach Bayern das Gründerland der Republik und unsere **Wirtschaft** schaut - wie wir heute Morgen der Zeitung entnehmen konnten - optimistisch in die Zukunft.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie müssen weiter lesen, nicht nur die Überschrift!)

Allein im **verarbeitenden Gewerbe** erwarten die Unternehmen im dritten Quartal 2000 eine Umsatzsteigerung von über 12,5 %, wie heute Morgen Professor Driftmann bekannt gegeben hat. Und was besonders erfreulich ist: Seit Januar haben über 20.000 Menschen eine neue Beschäftigung gefunden.

Der Fortschritt ist überall mit Händen zu spüren: Der US-Konzern MEMS will in Itzehoe eine neue Chip-Fabrik bauen. Bis zu 200 neue Arbeitsplätze sind für den Anfang geplant. Später werden weitere eingerichtet werden.

Einem Unternehmen des Landes ist es gelungen, eine der heißbegehrten UMTS-Lizenzen zu ersteigern, wie wir heute Morgen schon mehrfach gehört haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die es jetzt gerade beklagt!)

Die Hörn in Kiel wird vom Sorgenkind zum Filetstück. Dort soll der **Multimedia-Campus**, um den uns manche Länder beneiden, ein neues Kristallisationszentrum werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Welches Land beneidet uns denn?)

Auch in Lübeck entsteht ein neuer Stadtteil. Über 90 Millionen DM werden in dieses Vorhaben investiert. 5.000 Menschen werden dort einmal arbeiten und leben. Die Universität wird dort Fuß fassen.

Die Sandberghalle in Flensburg wird einen positiven Impuls für die gesamte Grenzregion haben.

In der **Windenergietechnologie** sind wir in der Zwischenzeit führend.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jetzt sagen Sie doch, warum Sie sparen müssen!)

Der Firma Jacobs Energie in Husum winkt ein Großauftrag aus Asien: 320 Windenergieanlagen im Wert von ungefähr 400 Millionen DM. Sie hätten mit Ihrer

Rede auch nicht andeutungsweise darstellen können, was von den Menschen dort geleistet worden ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sagen Sie, warum Sie sparen müssen!)

Das ist ein winzig kleiner Anteil dessen, was die Realität ist. Aber Sie malen schwarz und wundern sich hinterher darüber, dass Sie schwarz sehen.

Ich weiß nicht, mit wem Sie reden. Wenn man sich aber umhört und zuhört, merkt man, dass die Schleswig-Holsteiner auf sich, auf ihr Land und auf ihre Leistungen stolz sind und dass wir von anderen wahrgenommen werden.

Bei der Länderwoche auf der **EXPO** sieht man dies bestätigt. 85.000 Besucher waren allein bei unserer Schleswig-Holstein-Woche zu Gast, 71.000 bei den Bayern und noch weniger bei den Hessen. Wir haben einen hohen Informationswert für die Menschen dargestellt. Unser Land wird als ein modernes, weltoffenes, buntes und innovatives Land wahrgenommen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das kann doch nicht wahr sein!)

Die „Welt“ titelte: „Schleswig-Holsteins bejubelter EXPO-Auftritt“.

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

- Es tut mir leid, dass Sie die „Welt“ nicht lesen. Das ist doch die Zeitung, die eigentlich zu Ihrer Gemütsverfassung am besten passen würde.

Das „Hamburger Abendblatt“ staunte über die Wellen, die unser Land dort geschlagen hat.

Wir sind mit kräftigen Schritten auf dem Weg in die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Wir können uns darstellen und bei anderen Leuten Bewunderung, auch ein bisschen Zuneigung, Neugierde und eine Anstrengung feststellen, dass sie sich in unser Land hineinversenken und hineindenken wollen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Versenken!)

Das, was hier passiert - sei es in der Minderheitenpolitik, sei es bei den Jugendlichen, sei es bei der Frage der Bekämpfung von Rechtsextremismus -, wird über die Grenzen unseres Landes wahrgenommen.

Schon im nächsten Semester wird der **Multimedia-Campus** das erste Studienangebot machen. Rund 60 Firmen unterstützen das Vorhaben mit mehr als 20 Millionen DM.

Drei Norderstedter Schüler haben sich beim größten Multimedia-Nachwuchswettbewerb gegen 24.000

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Mitstreiter durchgesetzt und den „Join Multimedia 2000“ der Siemens AG in der Kategorie Freestyle gewonnen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Klaus Schlie [CDU]: Alles Leistung der Landesregierung!)

In Bovenau wird ein neues **Biotechnologiezentrum** entstehen. Ein Weiterbildungsprogramm in Biotechnologie - -

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit. - Danke!

(Klaus Schlie [CDU]: Voll konzentrierte Rede!)

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Ach wissen Sie, Herr Präsident, die wollen das sowie so nicht wissen. Das mache ich eigentlich nur für die Leute auf der linken Seite, die daran interessiert sind.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Heiterkeit bei der CDU)

Der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag hat vor wenigen Tagen eine Broschüre herausgebracht. Der Titel: „Ein Land ganz oben“. Der Inhalt „überraschende Fakten“ und „knallharte Zeiten“ heißt es darin wörtlich. Das Fazit: Schleswig-Holstein ist „in jeder Hinsicht ganz weit oben“.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und was machen Sie? Schlecht reden, runterreden, fertigmachen, kaputtmachen, schwarz malen!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht lassen Sie die Broschüre einmal bei sich rumgehen und schauen sie sich an.

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum müssen Sie sparen?)

Wir jedenfalls empfinden solche Signale als Ansporn a) weiterzumachen, b) vieles besser zu machen und c) zu versuchen, die Menschen auf einem doch recht schwierigen Stück mitzunehmen in eine moderne Zukunft. Auf das, was wir geschaffen haben, können wir stolz sein und dafür brauchen wir uns nicht zu verstecken.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir sind ein attraktiver **Wirtschaftsstandort**. Wir haben die notwendige Infrastruktur für Wachstum und Beschäftigung angestoßen und werden sie weiterentwickeln. Wir wollen - das ist wichtig, das habe ich heute Morgen bei allen von Ihnen vermisst -,

(Zurufe von der CDU: Herr Hay! - Thorsten Geißler [CDU]: Schön, dass Sie es zugeben!)

dass es in der New Economy sozial gerecht zugeht und möglichst alle Menschen eine Chance haben, auch in Zukunft für sich und ihre Familien sorgen zu können. Wir wollen nicht, dass wir heute auf Kosten unserer Kinder von morgen leben.

(Beifall bei der SPD)

Auf die Schwerpunkte **Arbeit, Bildung und technologische und ökologische Innovation** konzentrieren wir die Mittel und unsere Kräfte.

Nach unserer Meinung legen wir einen Haushalt vor, der eine sorgfältige Balance zwischen den unumgänglichen Einsparungen darstellt - - Ich höre ja immer, was nicht geht, ich höre jedoch von keinem, was denn geht und was man machen kann, um all Ihre hehren Ziele, die Sie da einfordern, überhaupt bezahlen zu können.

(Zuruf des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Wir haben uns als Ziel gesetzt, die **Nettoneuverschuldung** herunterzusetzen und gleichzeitig an der richtigen Stelle die notwendigen Impulse zu geben, damit sich das Land weiterentwickeln kann.

Ich bin dankbar dafür, dass uns die Fraktionsvorsitzenden der SPD und der Grünen Unterstützung bei den Beratungen zugesagt haben, und warte auf ihre Vorschläge, die sie uns bringen werden.

Ich bewundere ja Ihren Mut, nachdem Sie uns einen Bundeshaushalt hinterlassen haben mit jeweils steigenden Beiträgen in die Sozialversicherung, in die Arbeitslosenversicherung, in die Krankenversicherung, in die Rentenversicherung -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da waren die Sozialdemokraten völlig unschuldig!)

plus 1,5 Billionen DM Schulden -, dass Sie sich hier hinstellen und überhaupt noch wagen, zu irgendeinem Haushalt irgendwann noch einmal etwas zu sagen, ohne eine Schamfrist von mindestens fünf Jahren einzuhalten. Das halte ich wirklich für ziemlich mutig.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Heinz Eichel jedenfalls hat die größte **Steuerreform** in der Geschichte der Bundesrepublik durchgesetzt. Davon profitieren wir alle, aber insbesondere auch junge Familien mit Kindern und mittelständische und kleine Unternehmen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Wann denn?)

- Ab dem Jahr 2000! Sie haben dem noch nicht einmal zugestimmt. Was wollen Sie denn überhaupt? Sie haben doch Nein im Bundesrat gesagt. Wir mussten Sie mühsam davon überzeugen, überhaupt mitzumachen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Wir sind für die **Konsolidierung des Bundeshaushalts**. Aber wir haben unseren Finanzminister auch wissen lassen: Nicht jede Idee, die in Berlin geboren wird, wird von uns gleich von Anfang an mitbezahlt. Es gibt durchaus die Möglichkeit, andere Finanzierungswege zu finden. Die Leistungsfähigkeit unseres Haushalts stößt langsam an Grenzen. Wir müssen jetzt erst einmal auf die versprochenen Einnahmen warten.

Natürlich kann ich nachempfinden, dass die Kommunen so, wie ich jetzt argumentiere, argumentieren, wenn es darum geht, dass leider auch beim **kommunalen Finanzausgleich** die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Wir haben uns bemüht, es einigermaßen fair zu machen. Wir haben in langen Diskussionen unsere Beweggründe dargelegt und ich bin davon überzeugt, dass uns dies auch im Ausschuss gelingen wird.

Was man aber nicht schafft, meine Damen und Herren, ist, abstrakt Einsparungen zu fordern und jeden konkreten Sparvorschlag abzulehnen, wie Sie es tun,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo denn, wer denn?)

dass man alle Besitzstände verteidigt, Unterstützung zusichert und gleichzeitig beklagt, die Regierung könne nicht mit Geld umgehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie müssen das einmal aus dem PC herausnehmen!)

Dass Sie einen gewissen Hang haben, sich populistisch zu äußern, kann man an der Ökosteuer wunderbar nachvollziehen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das haben wir bei Herrn Schröder gelernt!)

Ich darf einmal zitieren:

„Als Umweltministerin halte ich es für erforderlich, die Energiepreise schrittweise anzuheben und so ein eindeutiges Signal zum Energiesparen zu geben.“

(Zuruf von der CDU: Auch das schon wieder!)

Das hat nicht Klaus Müller gesagt, sondern Ihre Bundesvorsitzende Angela Merkel, und das schon vor längerer Zeit.

Und dass die Energie- und Rohstoffpreise teurer werden müssen, die Arbeitsplätze dagegen billiger, steht nicht im Programm der Grünen, sondern das steht im Zukunftsprogramm der CDU von 1998. Ich empfehle Ihnen die Lektüre.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das zeigt, dass man früher mit der CDU wenigstens noch vernünftig reden konnte. In der Zwischenzeit ist ja nur noch Geschrei dazu zu vernehmen. Jedenfalls stehen Sie nicht zu dem, was Sie selber einmal aufgeschrieben haben. Wenn es schwierig wird, kneifen Sie. Nach meiner Meinung ist Regierungsfähigkeit daran gebunden, dass man auch einmal gegen Widerstände steht. Das habe ich von Ihnen noch nicht erlebt; auf unserer Seite dagegen habe ich es erlebt.

(Beifall bei SPD und SSW sowie der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Übrigens darf ich Sie, Herr Oppositionsführer, in diesem Zusammenhang auf die Drucksache 468/00 des Bundesrats, einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Vergütung der Mineralölsteuer für die Land- und Forstwirtschaft, verweisen, wonach ein Ausgleich für die Ökosteuer in der Form vorgenommen wird, dass die Erhebung der **Ökosteuer für Landwirte** in ihrem beruflichen Bereich nicht zu befürchten ist. Sie hatten heute Morgen ja die kühne Aussage getroffen, dass die Landwirte Ökosteuer bezahlen. Sie tun es natürlich als Privatleute, aber nicht in dem Bereich, in dem sie als Landwirt tätig sind. Gucken Sie einmal nach!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann lesen Sie einmal durch, was da steht! Sie begreifen gar nichts mehr! - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das stimmt ja nicht! - Konrad Nabel [SPD]: Sie haben von der Ökosteuer gesprochen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen, dass wir vielen Menschen, vielen Verbänden und den Kommunen vieles zumuten müssen. Aber wenn wir das nicht tun, werden wir eines Tages gefragt werden,

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

ob wir wirklich sehenden Auges in ein finanzpolitisches Desaster hineingegangen sind, das die zukünftige Generation belastet und ihr keine Möglichkeit gibt, sich eigene politische Wünsche zu erfüllen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Regierung hat klare Prioritäten gesetzt. Wir versuchen, den nötigen Spielraum zu bekommen, um unsere politischen Schwerpunkte durchzusetzen, nämlich **Arbeit, Bildung und Innovation** - und dies bei möglichst gerechter Lastenverteilung. Es ist leider nicht ohne deutliche Einschnitte in allen anderen Bereichen möglich, den Landeshaushalt zu konsolidieren, neue Programme anzuschieben, gleichzeitig das Euro-Programm zu bedienen, mit dem Milliarden-Programm „ziel“ die wirtschaftsnahe Infrastruktur auszubauen, Nahverkehre zu stärken und so weiter. Da muss man an anderer Stelle Einschnitte machen, wenn man diese Punkte als die wichtigsten Punkte betrachtet.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

- Gucken Sie sich doch einmal an, was das mit den Schienenverkehren im Nahverkehr kostet! Da brauchen Sie doch nur einmal den Herrn Wirtschaftsminister zu fragen; der gibt Ihnen das alles.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sind doch Bundesmittel!)

- Nein, das sind auch Landesmittel! Mein lieber Gott!

Mir ist jedenfalls bewusst, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie viel Landesmittel? 2 Millionen DM?)

dass alle Abgeordneten, die diesen Haushalt später vor Ort vertreten müssen, durchaus mächtig unter Druck stehen. Ich weiß, dass das nicht immer einfach ist; ich war selbst einmal Abgeordnete.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Jetzt darf ich auch einmal um ein bisschen Ruhe auf der linken Seite bitten.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Ich denke aber, wir haben zu diesem Haushalt keine Alternative. Ich freue mich auf die Beratungen, weil es nie darum gegangen ist, dem Parlament das Budgetrecht vorzuenthalten. Aber wenn schon Listen kursieren und durchgesteckt worden sind, dann ist es wohl zwecklos, der Presse zu sagen: Es gibt keine Listen! Dann kann man nur noch hingehen und die Listen

veröffentlichen. Ich habe sie niemandem durchgesteckt; das können Sie mir wirklich glauben,

(Martin Kayenburg [CDU]: Das haben wir Ihnen auch nicht unterstellt!)

weil unkommentierte Sparlisten alles andere als erfreulich sind, wenn sie in den Zeitungen stehen.

Wer jedenfalls an einer Stelle weniger sparen will, muss uns leider sagen, was er denn an anderer Stelle dafür auf den Tisch legen will, damit beides ausgeglichen ist und wir einen Konsolidierungseffekt erzielen.

Die zentralen Zukunftsthemen wie **Bildung und Ausbildung** sind - wie heute Morgen ebenfalls bereits angemerkt wurde - ein wirklich wichtiger und unser einziger Rohstoff. Wir investieren in Köpfe, und es ist ziemlich egal, ob das ein Investitionsbegriff ist oder ein Konsumbegriff - das Ergebnis ist entscheidend: dass wir in der Lage sind, Schritt zu halten und mitzumachen, Wettbewerbsfähigkeit aufzubauen und durch etwa 30 % des Gesamtetats, die in die Bildung und in die Hochschulen hineinfließen, unser Land fit zu machen, um auf dem Weltmarkt Chancen zu erkennen und diese auch umzusetzen. Das bedeutet nicht, dass wir alles in diesem Bereich fördern, sondern es bedeutet, dass wir auch hier Schwerpunkte setzen, auf **Strukturwandel** drängen müssen, neue **Schwerpunkte** einfordern müssen und mit der Universität gemeinsam darüber reden, wo sie eigentlich in Zukunft ihre größten Chancen hat. Ich habe beispielsweise den Eindruck, dass die **Universitäten und Fachhochschulen** noch gar nicht begriffen haben, dass sie im Weiterbildungsbereich durchaus sehr interessante Möglichkeiten haben, um sich selbst als Serviceeinrichtungen für andere und nicht nur für Studenten darstellen zu können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Immer mehr Unternehmen aus den **Zukunftsbranchen** Biotechnologie, Medizintechnologie und Kommunikationstechnik siedeln sich bei uns an. Wir haben die Förderung von Existenzgründungen noch mehr konzentriert und noch enger an die Bedürfnisse der Wirtschaft angepasst. Unsere Perspektive heißt: Schleswig-Holstein ist ein Hightech- und Gründerland.

Unser Land bietet die besten Voraussetzungen für die Entwicklung zu einer anerkannten **Wellness- und Gesundheitsadresse**. Ich habe ja das Klatschen mitbekommen, als Herr Späth hier bei der Industrie- und Handelskammer seine Rede gehalten hat. Sie konnten sich ja gar nicht beruhigen; Ihnen sind vor lauter Klatschen fast die Hände davongeflogen. Jetzt aber, da wir

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

das umsetzen, da wir die Chancen, die wir an dieser Stelle haben, nutzen wollen,

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Wo kommt das eigentlich im Haushalt zum Ausdruck?)

da die Norweger nachfragen, ob wir ihnen mit einem bestimmten Betrag Betten in bestimmten Bereichen der Medizinversorgung garantieren können - jetzt fangen Sie wieder an, Ihre Witzchen zu reißen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schlie [CDU]: Das ist doch nur Ankündigungspolitik!)

Herr Kubicki, Sie haben wirklich manchmal eine Art, bei der ich mich frage: Wie soll man noch für dieses Land werben, wenn jemand hinterher eine Ihrer Reden in die Hände bekommt? Wie kann ich irgendwo sagen: Kommen Sie nach Schleswig-Holstein, das lohnt sich! Und Sie sagen dann, dass das alles gar nicht so funktioniert. Man muss sich manchmal überlegen, wenn man einen Witz gewinnen will, ob man am Ende nicht ein ganzes Feld aufgegeben hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Witz haben Sie heute Morgen gewonnen.

Unsere Perspektive heißt jedenfalls: Schleswig-Holstein - eine anerkannte Gesundheitsadresse.

Der dritte Punkt, auf den wir einigermaßen stolz sind, meine Damen und Herren, ist die gute **Zusammenarbeit im Ostseeraum** und sind unsere internationalen Kontakte. Jetzt verstehe ich Sie, Herr Oppositionsführer, überhaupt nicht mehr. Sie selbst haben doch im Februar des Vorjahres diese Region als eine Boom-Region bezeichnet. Ihre Kollegen im Bundestag haben diese Region als Boom-Region bezeichnet, internationale Wissenschaftler bezeichnen diese Region als Boom-Region - und wenn ich das sage, ist es falsch! Das kann doch nun wirklich nicht wahr sein. Da ist Ihnen heute Morgen eine Zeile verrutscht, fürchte ich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jedenfalls werden wir diese Netzwerke weiter ausbauen. Unsere Perspektive heißt: Schleswig-Holstein als eine Region, in der wir lernen können, als eine weltoffene Gesellschaft zu leben, die sich im friedlichen Wettbewerb mit anderen Regionen zusammen mit diesen Regionen entwickelt, um Wohlstand und Arbeit für ihre Bewohnerinnen und Bewohner zu garantieren.

Wir wissen, dass das Wissen der Rohstoff der Zukunft ist. Deswegen werden wir alles unternehmen, um diesen Rohstoff zu hegen und zu pflegen und für alle zugänglich zu machen. Aber wir wissen auch, dass

neben allen diesen Dingen nicht nur die technologische Seite der Entwicklung einer Gesellschaft wichtig ist, sondern Kopf und Herz gehören ebenfalls dazu. Das heißt, **soziale Arbeiten** sind nicht nur „sozialer Fuselkram“. Wir wollen, dass durch die Möglichkeit, einen Arbeitsplatz zu bekommen, mehr Gelder in der Sozialhilfe eingespart werden, die dann wiederum an anderer Stelle für Investitionen ausgegeben werden. Dieser Zusammenhang scheint mir heute Morgen bei Ihrer Diskussion ein wenig zu kurz gekommen zu sein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schließlich wissen wir auch, dass wir in unserem Gemeinwesen nur dann friedlich leben können, wenn Menschen, die anders aussehen als wir, die andere Glaubensbekenntnisse haben, die aus anderen Gesellschaften kommen, die andere Riten pflegen, andere Lebensweisen, sich hier bei uns genauso sicher fühlen, wie wir uns gern in diesem Land fühlen möchten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die letzte Bemerkung: Wir wissen, dass wir nicht alles, was unsere ehrenamtlich tätigen Mitbürgerinnen und Mitbürger in dieser Gesellschaft leisten, bezahlen können. Deswegen ist besonders hervorzuheben und zu loben, dass es Leute gibt, die nicht nur fragen: „Sagen Sie einmal, was schreiben Sie eigentlich in den Haushalt rein?“, sondern dass es Leute gibt, die sagen: „Wo ist das Problem? Wo kann ich Ihnen helfen? Ich bin bereit, zwei Stunden in der Woche für eine bestimmte Aufgabe zu opfern - oder auch vier Stunden“. Mir scheint das bei Ihnen immer alles zu kurz zu kommen. Sie jonglieren wundervoll mit Zahlen. Das ist ja auch alles sehr witzig und sehr lustig. Aber ich habe heute Morgen von niemandem von Ihnen gehört, dass Sie auch einmal an Gefühle, an Herz, Verstand, Kopf und Magen gleichzeitig appelliert haben. Das ist der Teil, den wir gern machen möchten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bedanke mich schon jetzt für eine hoffentlich faire Behandlung des Haushalts und wir werden ja am Ende sehen, was dabei herauskommen wird. Ich glaube jedenfalls, dann, wenn sich alle Mühe geben, kommt dabei etwas heraus, was für unser Land gut ist.

(Anhaltender Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall beim SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die CDU-Fraktion erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Reinhard Sager das Wort.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! - Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Reinhard Sager [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem ich hier schon den ganzen Tag über so oft zitiert wurde, möchte ich gern selber einmal etwas zum Haushalt sagen.

(Beifall bei der CDU)

Lieber Herr Kollege Hay, Sie haben heute Morgen in der Tat eine beachtenswerte Rede gehalten, die mir eine gehörige Portion Respekt abnötigt. Das will ich hier offen sagen. Erstens war das, lieber Herr Hay, eine schonungslose Abrechnung mit der bisherigen Finanzpolitik der SPD-geführten Landesregierung in diesem Land.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der F.D.P.)

Niemand sonst als Sie hätte dies hier heute besser belegen können. Auf uns hört man ja jedes Jahr nicht, wenn wir zu den gleichen strukturellen Defiziten in Ihrer Haushaltspolitik kommen.

Zweitens hat Herr Hay hier heute Morgen für das Land Strukturen aufgezeigt. Offenbar hat er einen ungetrübteren Blick für die Struktur dieses Etatentwurfs für 2001 als die Damen und Herren auf der Regierungsbank. Das, lieber Herr Möller, wäre heute Morgen eigentlich Ihre Rede gewesen. Herr Hay hat gezeigt, wohin er will.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Ob wir das in jedem einzelnen Punkt gutheißen, ist noch eine andere Frage, aber er hat heute für die SPD die **Strukturvorgaben** gemacht. Von Ihnen ist leider nur ein müder Beitrag zum **Haushalt** gekommen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der F.D.P.)

Die Rede der Ministerpräsidentin von eben stand offensichtlich auch noch unter dem Eindruck der Hay-Rede, denn ansonsten hätte sie vielleicht den einen oder anderen Ball, den Herr Hay der Regierung zugeworfen hat, aktiv aufgegriffen. Sie haben viele hübsche Geschichten erzählt, viele Leistungen von Menschen und Organisationen in diesem Land aufgezählt, Frau Simonis, die etwas geleistet haben. Ja, das ist wahr, aber sie haben dies nicht wegen der Landesre-

gierung geleistet, sondern obwohl wir eine rot-grüne Landesregierung haben.

(Beifall bei der CDU)

Bei Ihnen habe ich eigentlich noch darauf gewartet, dass sie hier auch versuchen, die Olympiamedaillen schleswig-holsteinischer Sportlerinnen und Sportler als Leistungen der Landesregierung zu verkaufen.

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau! - Beifall der Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Wir freuen uns über jede Medaille, die Sportlerinnen und Sportler für unser Land gewinnen, aber es wäre - so glaube ich - falsch, wenn dies politisch vereinnahmt würde.

Bei den Ausführungen, die Frau Simonis hier gemacht hat, ist es eigentlich auch kein Wunder mehr, dass sie finanzpolitisch auf Bundesebene wirklich längst nicht mehr gefragt ist.

(Klaus Schlie [CDU]: Nicht nur da nicht!)

Der Haushaltsentwurf bringt weder eine Konsolidierung der Landesfinanzen noch wird es Ihnen gelingen, den Haushalt bis 2008 ohne neue Schulden aufzustellen. Das wird mit einer rot-grünen Landesregierung, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, nicht gelingen. Eher übertrifft der Euro den Dollar, als dass Sie in diesem Land ohne neue Schulden auskommen werden, Frau Simonis. Das werden wir erleben.

(Unruhe)

Die Bürgerinnen und Bürger, die Ihnen dieses Märchen im Punkt **Neuverschuldung** abnehmen, werden nicht nur nicht entlastet, sondern die werden dafür schon bald teure Zinsen zahlen müssen.

Meine Damen und Herren, die CDU hat Ihnen Jahr für Jahr aufgezeigt, wie man die strukturellen Defizite entscheidend verringern kann.

(Holger Astrup [SPD]: Was?)

Aber Sie haben sich stets den Luxus erlaubt, alle unsere Vorschläge - alle, Herr Kollege Astrup! - in Bausch und Bogen abzulehnen. Aber nicht nur das, Sie haben die Opposition auch noch beschimpft, dass von ihr angeblich keine Anträge vorlägen.

(Holger Astrup [SPD]: Nicht beschimpft, ignoriert!)

Hätten Sie allein in Sachen Verbeamtung, Frau Simonis, auf uns gehört, dann hätten Sie mindestens

(Reinhard Sager)

100 Millionen DM mehr in der Kasse gehabt. Allein dieses Volumen ist mehr als das, was Sie jetzt bei den Förderprogrammen bewegen wollen, nämlich die 70 Millionen DM. Allein hier hätten Sie mehr Geld in der Kasse gehabt, als bei den Förderprogrammen zu Buche schlägt.

(Beifall bei der CDU)

Aber Sie waren ja lieber Geisterfahrerin, genauso wie die PKW-Fahrerin aus Bremen, die auf der Autobahn falsch fuhr und vor der im Verkehrsfunk gewarnt wurde, die aber alle Autofahrer und nur sich selbst nicht auf der falschen Seite sah. Daran haben Sie mich die ganze Zeit erinnert.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Zu Ihren Streichaktionen bei den **Zuwendungen und Zuschüssen!** Hier will ich gern das Wort der Kollegin Anke Spoorendonk aufgreifen. Es wird auch in diesem Bereich unter dem Strich nicht Ernst gemacht mit dem Sparen. Dabei bleibe ich. Ich will das auch belegen.

Erstens folgende Bemerkung dazu! Es ist typisch Möller, der Öffentlichkeit Zahlen zu präsentieren, die nichts anderes als eine reine Vernebelungstaktik darstellen. Der Finanzminister vergleicht nicht Ausgaben 2000 mit Ausgaben 2001, er vergleicht glattweg die geplanten Ausgaben 2001 mit tatsächlichen oder angeblichen Anmeldungen der Ressortminister. Das vergleicht er. Das ist eine Rechnung, die draußen niemand nachvollziehen kann. Sie bemessen Ihre Kürzungen an virtuellen Zahlen, Herr Möller. Das ist der Vorwurf, den wir Ihnen machen müssen.

(Minister Claus Möller: Dann gucken Sie doch einmal in die Liste!)

- Ja, ich gucke mir die ganz genau an und habe sie mir auch schon angeguckt.

(Holger Astrup [SPD]: Offensichtlich nicht!)

Sie sind jetzt auch im selbst verbreiteten Nebel als eisener Sparminister verschwunden.

Gegenüber dem Haushalt dieses Jahres steigen die Ansätze für die **Förderprogramme** sogar noch um 6,8 Millionen DM an, liebe Anke Spoorendonk. Und auch heute Morgen erlebten wir wieder den trickreichen Finanzminister.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nur wegen der Werften! Das wissen Sie doch auch! Oder sind Sie gegen die Werftenförderung?)

- Darauf habe ich gewartet, Herr Kollege Hentschel. Das macht nämlich „tricky“ Möller auch; er rechnet die Werftenhilfe, er rechnet die Betriebszuschüsse für

die AKN, er rechnet die Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ mit 55,2 Millionen DM in die Förderprogramme hinein und sagt: Siehe da, ich muss doch so viel mehr ausgeben. Die wollt ihr doch zum Teil auch. Dann stimmt das doch gar nicht, dass wir 6,8 Millionen DM mehr ausgeben als im Vorjahr.

Nur aufgepasst, liebe Freunde, die 55,2 Millionen DM stehen mitnichten bei den Förderprogrammen in den Listen, die uns zur Verfügung gestellt worden sind; die stehen im Haushalt, aber die haben Sie bei Ihrer 70-Millionen-DM-Aktion überhaupt nicht aufgeführt. Pech gehabt, Herr Möller! So kommen Sie uns nicht durch.

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]: Das ist doch im Finanzausschuss alles herauf und herunter erklärt worden!)

Hören Sie doch bitte auf, am Beispiel der Förderprogramme so zu tun, als begönne jetzt das wirkliche Sparen. Gemessen an den Nettoausgaben des Landshaushalts geht es schlicht um ein Volumen von weniger als 0,5 %.

(Holger Astrup [SPD]: Und deswegen machen Sie so ein Geschrei?)

- Weniger als 0,5 %! Das wären bei einem Privathaushalt mit einem angenommenen Nettohaushalt von 3.000 DM noch nicht einmal 15 DM, wäre also noch nicht einmal der Preis für eine ganze Kiste Bier im Monat.

(Holger Astrup [SPD]: Davon haben Sie aber inzwischen offensichtlich zu viel gehabt!)

Sie werden doch leicht nachvollziehen können, dass Sie eine grundlegende Haushaltssanierung so nicht einleiten können, meine Damen und Herren, nicht allein mit der Streichung bei den Förderprogrammen!

Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zur **Einnahmeseite** machen. Es ist wahr, Herr Eichel hat bei der **UMTS-Versteigerung** ausgesprochenes Glück gehabt, das wir ihm auch gönnen. Aber wahr ist auch, dass Frau Simonis vollmundig von Herrn Eichel einen Anteil aus dem Verkauf forderte und damit bei Eichel und Schröder in Berlin kläglich abgeblitzt ist.

(Widerspruch von Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Frau Simonis, das sagt auch etwas über den Stellenwert aus, den Sie in der Bundespolitik noch haben. Der ist nämlich sehr gering.

(Holger Astrup [SPD]: Gilt das auch für Stoiber oder wie? Das ist ja peinlich! - Moni-

(Reinhard Sager)

ka Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das, was Sie sagen, ist falsch, Herr Sager!

Das gilt auch nach den Ausführungen von Herrn Möller vom heutigen Vormittag, 50 Millionen DM werde uns die Wohngeld- und die Kilometerpauschale als Landesanteil kosten; wir seien mit 50 % beteiligt, hat er ausgeführt. Ich möchte jetzt wissen, wie Ihr Plan aussieht, wie Sie auf Bundesebene für die Landesinteressen kämpfen, damit wir diese Lasten nicht werden allein zahlen müssen, die Schröder und Eichel zur Nachbesserung ihrer unsinnigen Ökosteuer-Politik jetzt auf den Markt werfen müssen. Vertreten Sie da Landesinteressen?

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Irgendwie ist er ja niedlich!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss!

Reinhard Sager [CDU]:

Ich komme sofort zum Schluss, obwohl die Regierung, wenn ich es richtig weiß, eben auch etwas mehr Redezeit verbraucht hat, sodass ich noch ein Plus haben müsste.

Ich will noch etwas zu den **LEG-Anteilen** sagen. Dass Sie die im nächsten Jahr wirklich verkaufen werden, bezweifle ich. Erst haben Sie sich per Sonderausschüttung bei der LEG bedient, die LEG musste sich selber kreditfinanzieren.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Dann haben Sie seit 1997 in jedem Jahr mit angekündigten LEG-Verkäufen den Haushalt in der Aufstellung ausgeglichen. Sie selbst wissen am besten, dass hinter der für 2001 geplanten Einnahme ein dickes Fragezeichen steht. Und Ihr neues Problem ist - so habe ich das heute Morgen verstanden -, dass Herr Hay das auch weiß.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wo ist der eigentlich?)

Bei der **Landesbank** sind Sie sich ja bei der Umwandlung von Haftkapital in stimmberechtigtes Eigenkapital auch nicht sicher, wie Sie heute Morgen ausgeführt haben.

Warum eigentlich sollten Ihnen die anderen Anteilseigner an der Landesbank Ihre Schuldenprobleme abnehmen? Es wäre wirklich ratsam, wenn Sie die selbst in Aussicht genommene Alternative, die Sie dafür entwickeln müssen, gleich in die Haushaltsberatungen einführen würden, damit der Haushalt nicht

nur auf dem Papier, sondern tatsächlich mit wirklich konkreten und umsetzbaren Einnahmen ausgeglichen werden kann.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: So ist es!)

Es bleibt festzuhalten: Der Haushaltsentwurf für 2001 wird in allen wichtigen Eckdaten den Zukunftsanforderungen nicht gerecht. Sie machen nicht wirklich Ernst mit dem Sparen. Der Anstieg der Neuverschuldung geht ungebremst weiter, die Zinsausgaben erreichen horrende Höhen und die Investitionen sind nach wie vor viel zu gering. So werden wir keine neuen Arbeitsplätze schaffen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das ist das Gegenteil einer nachhaltigen Finanzpolitik, wie Sie es modern nennen. Sie betreiben eine veraltete Politik, Sie machen weiter eine Schuldenpolitik.

Frau Simonis und Herr Möller, Sie sind bereits ein halbes Jahr nach dem Start in diese Wahlperiode mit Ihrem finanzpolitischen Latein am Ende.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Niemand hat das heute Morgen deutlicher gemacht als der Fraktionsvorsitzende der SPD. Ich sage noch einmal: Wenn Sie schon auf uns nicht hören, nehmen Sie wenigstens die Ratschläge der Mehrheitsfraktion ernst! Bisher war es ja ein anderes Ritual; da wurde durch den Führer der Mehrheitsfraktion immer alles mit blumigen Worten gutgeheißen: Wir machen einen tollen Haushalt, wir machen dieses und jenes. Das Erfreuliche am heutigen Vormittag ist, dass jetzt ein anderer Wind weht. Herr Hay ist offenbar bereit, das Heft in die Hand zu nehmen. Wir sind gespannt, werden uns an den Haushaltsberatungen konstruktiv beteiligen

(Holger Astrup [SPD]: Das wäre das erste Mal!)

und werden die einzelnen vorgelegten Maßnahmen detailliert prüfen und darüber mit Ihnen zunächst in den Ausschüssen diskutieren. Dann werden Sie von uns früh genug Alternativen hören. Das werden wir jetzt im Laufe der Etatberatungen machen. Dann werden Sie sehen: Die bessere finanzpolitische Alternative in diesem Haus sitzt auf dieser Seite.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Neugebauer.

Günter Neugebauer [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das kraftvolle Klatschen hörte sich ja an wie das berühmte Pfeifen im Walde.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Kollege Kubicki, wenn Sie sich als finanzpolitische Alternative bezeichnen,

(Holger Astrup [SPD]: Das war Sager!)

wollen wir doch wenigstens in diesem Hause daran erinnern, wer uns die Erblast von 1.500 Milliarden DM Schulden mit einer jährlichen Zinsbelastung von 82 Milliarden DM auf Bundesebene hinterlassen hat.

(Dr. Johann Wadepful [CDU]: Wieder die alte Leier! Fällt Ihnen nicht mal etwas Neues ein? - Klaus Schlie [CDU]: Dem nie! - Unruhe bei CDU und F.D.P.)

Wer das zu verantworten hat wie die CDU und F.D.P., der sollte sich vielleicht nicht jetzt, aber heute Abend Asche aufs Haupt streuen und sich in Demut und Schweigsamkeit üben.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ich möchte mich nicht nur mit dem Kollegen Kubicki auseinander setzen, sondern mit dem Kollegen Sager.

(Klaus Schlie [CDU]: Ich dachte, Sie sagen etwas zum Haushalt!)

Der Kollege Sager hat eben eine große Chance gehabt, aber er hat sie, wie ich vermutet hatte, vertan. Kollege Sager, wir hatten von Ihnen - wenn auch mit Zweifeln versehen - eigentlich erwartet, dass Sie endlich einmal das Geheimnis lüften, wie Sie Ihre Forderungen einlösen wollen: möglichst keine Kürzungen bei freiwilligen Leistungen des Landes, Sparen und Schulden abbauen, Steuern senken und möglichst noch mehr Geld für fast alle Politikbereiche des Landes zur Verfügung stellen. Sie müssen uns in diesem Hause und den Bürgern draußen endlich sagen, was Sie wirklich wollen. Alles auf einmal geht nicht. Auch wenn das kurzfristig - weil populistisch - von Erfolg gekrönt sein mag, werden Sie letzten Endes scheitern, weil es Ihnen die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Medien einfach nicht mehr abnehmen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das werden wir ja sehen!)

wenn Sie, wie wir es heute Morgen wieder von Herrn Kayenburg und Herrn Sager gehört haben, abstrakt ständig mehr Kraftanstrengung beim Sparen und bei der Kürzung von Förderprogrammen fordern, aber -

wie es eben auch die Ministerpräsidentin zu Recht festgestellt hat - sich immer dann verdrücken und ausschweigen, wenn es konkret darum geht, welches Förderprogramm gestrichen werden soll oder welchem Verband **Eingriffe** zugemutet werden sollen.

(Beifall des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD] - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Nein, meine Damen und Herren, Sie müssen endlich sagen, wo und in welchem Umfang Sie mit uns gemeinsam in diesem **Landeshaushalt** sparen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Von Herrn Kayenburg haben wir heute Morgen gehört, wo überall mehr Finanzmittel des Landes gefordert werden. Ich möchte das breite Spektrum der Landespolitik hier nicht aufführen, Kollege Kayenburg. Wir haben das ja gehört.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hast du Kollege Hentschel gehört?)

Sie haben nicht einen konkreten Vorschlag zur Gegenfinanzierung unterbreitet.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich habe keine einzige Forderung aufgestellt! Sie haben gepennt!)

- Nicht einen Vorschlag! Ich prognostiziere Ihnen persönlich: Wir werden im Dezember dieses Jahres genau das erleben, was wir auch im letzten Jahr beim Aufstellen des Haushaltes 2000 erlebt haben, dass Sie nämlich dem Haus keinen einzigen konkreten Änderungsvorschlag vorlegen werden, weil Ihnen der Mut zum Sparen fehlt.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Wo waren Sie denn in den letzten Jahren? - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Sie haben doch unsere Anträge inzwischen übernommen! - Martin Kayenburg [CDU]: Sie übernehmen doch unsere Anträge! Sie haben ein verdammt kurzes Gedächtnis!)

Es ist unstrittig, dass es das oberste Ziel sein muss, noch in diesem Jahrzehnt einen ausgeglichenen Haushalt ohne zusätzliche **Neuverschuldung** vorzulegen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Schade, dass ich dann nicht mehr im Landtag bin! Aber Sie werden das auch nicht mehr erleben!)

Dieses Ziel - das sage ich an die Adresse aller in die-

(Günter Neugebauer)

sem Hause - kann nur mit großem politischen Mut und mit Haushaltsdisziplin erreicht werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Alles heiße Luft! - Martin Kayenburg [CDU]: Sagen Sie doch endlich mal etwas Konkretes!)

Kollege Kayenburg, Zweiflern sage ich: Wer dieses Ziel nicht vor Augen hat,

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie doch nicht!)

wird den Weg nicht finden. Wir haben dieses Ziel vor Augen, aber angesichts Ihrer Versprechungen und Forderungen habe ich den Eindruck, dass hinter Ihren konkreten Darstellungen nicht mehr als die verbale Luft steht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach, wer macht denn hier die Politik? Wir doch nicht!)

Meine Damen und Herren, die **Haushaltskonsolidierung** ist schon deswegen erforderlich, weil wir den künftigen Generationen mit der sozialen Sicherung als Folge der demographischen Entwicklung schon hohe Belastungen überlassen. Wir sollten Ihnen nicht noch über Gebühr hinaus Schuldenberge hinterlassen, die Steuereinnahmen binden, Investitionen behindern und damit auch in der Zukunft Arbeitsplätze gefährden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wer fährt denn die Investitionsquote herunter? Sie doch!)

- Herr Kollege, darüber können wir gern streiten. Der Entwurf des Haushaltes 2001 sieht eine Investitionsquote von 10,1 % vor.

(Martin Kayenburg [CDU]: „Peinlich“ kann ich da nur sagen!)

Sie rühmen sich ja immer Ihrer Parteiliebe im Süden Deutschlands. Ich war letzte Woche in Bayern, im Landtag. Da habe ich mir einmal den Finanzplan, den Haushalt des Freistaates Bayern angeguckt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Höchste Wachstumsraten, weniger Arbeitslosigkeit und so weiter!)

Wenn Sie da hineinschauen, werden Sie feststellen, dass die **Investitionsquote** in **Bayern** bei 10,0 % liegt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: 16 %! - Reinhard Sager [CDU]: Sie waren wohl auf dem Oktoberfest!)

- 10,0 %! Sie können das gern nachprüfen, meine Damen und Herren.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wenn Sie nicht mehr gefunden haben, tun Sie mir Leid!)

16 %! - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Weil Sie ja auch immer gern die Personalkosten ansprechen - wir nähern uns einer Personalkostenquote - -

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Lassen Sie mich doch einmal ausreden! Ich habe Ihnen heute Morgen auch zugehört. Wenn Sie nicht zuhören, können Sie doch nicht aufnehmen, was ich sage.

(Heiterkeit - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil ich gerade dabei bin und Sie sich immer gern mit Ihren südlichen Freunden vergleichen - auch bei der Personalkostenquote ist Kritik angebracht. Sie kritisieren unsere 37,8 %, die wir - glaube ich - haben.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Schöne Zahl!)

In Bayern liegt die Personalkostenquote im Haushalt bei 42,3 %. Das können Sie nachprüfen. Ich gebe Ihnen eine Flasche Sekt aus, wenn das nicht stimmt. Wenn ich so etwas verspreche - das wissen Sie -, dann meine ich das sehr ernst.

(Unruhe bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, Sie verschweigen auch, welche großen Probleme wir mit dem Haushalt 2001 als **Folge der Steuerreform** haben, die zum 1. Januar nächsten Jahres in Kraft treten wird. Finanzminister Möller hat schon darauf hingewiesen, dass sich dieses Land mit 488 Millionen DM an der Finanzierung der Steuerreform beteiligen muss, der wir ja im Gegensatz zu Ihnen zugestimmt haben. Wenn man den Bürger und die Bürgerin einerseits steuerlich entlasten will, dann kommt man andererseits nicht umhin, mindestens einen Teil dieser Defizite dadurch aufzufangen, dass man einen Teil der Leistungen an die Bürger kürzt. Bei dieser Gelegenheit möchte ich gern an die vom ehemaligen Präsidenten der USA formulierte Tugend erinnern, auch im Zusammenhang mit der Förderung des Ehrenamtes, dass man nicht nur fragen darf, was der Staat für einen tun kann, sondern dass wir uns hin und wieder auch daran erinnern sollten, was der Einzelne für den Staat tun kann. Auf diesem Gebiet können - glaube ich - auch Teile dessen aufgefangen werden, was wir vielen Bürgern und Verbänden an schmerzhaften Eingriffen zumuten müssen.

Der Haushaltsentwurf ist auf dem richtigen Weg, auch wenn wir natürlich nicht umhin kommen festzustellen, dass noch viele Hindernisse vor uns liegen. Sie wissen, dass wir in der **mittelfristigen Finanzplanung** einen

(Günter Neugebauer)

hohen Anteil an globalen Minderausgaben haben, der noch erwirtschaftet werden muss. Auch die Förderprogramme müssen noch einmal auf den Prüfstand. Das ist hier vom geschätzten Kollegen Hay schon gesagt worden. Da sind alle gefordert, aber nicht nach dem Prinzip: additiv statt alternativ, sondern alternativ statt additiv. Ich will auch nicht verhehlen, dass bei der Verwaltungsmodernisierung, bei der Deregulierung, bei der Standardabsenkung noch ein zusätzlicher Schub erforderlich ist, um Einsparungseffekte zu erzielen, aber auch, um die Entscheidungen bürgernäher und wirtschaftlicher zu machen.

Ich verhehle auch nicht, dass im Rahmen von Verwaltungsmodernisierung und Zusammenlegung von Behörden, Zusammenarbeit von Landesbehörden mit Behörden anderer Länder noch mehr als bisher geleistet werden kann. Nur so werden wir in der Lage sein können, den Anteil der Personalkosten an den Nettoausgaben weiter zu senken.

Herr Finanzminister - das ist heute Morgen schon gesagt worden -, wir übersehen auch nicht die Risiken, die sich aus den globalen Mehreinnahmen ergeben. Kollege Kubicki, da spreche ich Sie an. Beim Streit über die Verwendung oder die angemessene Vergütung des Haftkapitals bei der Landesbank sollten wir im Interesse der Landesbank und des Landes Schleswig-Holstein einen klein karierten Streit vermeiden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Darum geht es nicht, sondern es geht darum, ob ich etwas etatisieren darf, was ich definitiv nicht kriege!)

- Gut, dann müssen wir darüber streiten, wann konkret ein Anlass für die Mehreinnahme besteht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Darüber können wir noch einmal reden!)

Vielleicht können wir das im Finanzausschuss noch einmal nacharbeiten. Das eignet sich nicht für diese Debatte. Aber wenn wir uns einig sind, das Wohl der Landesbank in den Vordergrund zu stellen, dann haben wir schon ein Stück auf dieser Wegstrecke erreicht.

Sie werden sich natürlich fragen, wo das Positive bleibt, so kritisch wie ich das eine oder andere hier angesprochen habe. Und so will ich auch einige positive Eckdaten des uns von Herrn Minister Möller vorgelegten Haushalts darstellen. Die **Investitionsquote** mit 10,1 % habe ich schon angesprochen. Bei allen Schwierigkeiten, die dieser Haushalt aufweist, liegen wir damit auf einem guten Weg, vor allem, da Sie ja wissen, dass Maßnahmen, die zwischenzeitlich von der GMSH abgewickelt werden, nicht mehr bei der Bemessung der Investitionsausgaben erfasst werden können.

Ich habe auch von der **Personalkostenquote** gesprochen und es sollte uns, wenn auch nicht - im Vergleich zu Bayern - zufrieden stellen, so doch wenigstens darin bestärken, dass es der richtige Weg ist, wenn wir jetzt bei 27,3 % liegen. Herr Kollege Hay, netto haben wir 146 Stellen abgebaut,

(Reinhard Sager [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

obwohl 200 zusätzliche Lehrerplanstellen und 164 zusätzliche Stellen für Nachwuchskräfte und Lehramtsanwärter eingestellt worden sind, Herr Kollege Sager.

(Reinhard Sager [CDU]: Das ist trotzdem falsch!)

Auch wenn Sie das immer bestreiten, mit seinen **Zuwendungen an die Kommunen** ist das Land innerhalb und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs immer noch in der Spitzengruppe im Vergleich mit allen anderen Bundesländern in Deutschland. Deshalb kann man auch die Kommunen um einen Solidaritätsbeitrag bitten, um damit zum Wohl des Landes und zum Wohl der Kommunen einen verfassungsgemäßen Haushalt in diesem Haus verabschieden zu können. Herr Kollege Hay, wir werden im November, nach Vorlage der November-Schätzung darüber bestimmen, in welcher Höhe dieser Eingriff in den KFA ausfallen wird.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Hört, hört! - Peter Lehnert [CDU]: Ich denke, das steht fest!)

- Was heißt hier: hört, hört!

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Wenn Sie sagen: Hände weg von den 100 Millionen DM, dann sind Sie doch in der Pflicht, hier im Haus vorzulegen, welche Alternativen es gibt, den Haushalt 2001 in Deckung zu bringen.

(Heinz Maurus [CDU]: Das passt, auf den Punkt getroffen! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Auch die **Kreditfinanzierungsquote** ist eine Erfolgsgeschichte dieses Landes.

(Lachen des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

Wir haben sie im Haushalt 2001 von 6,6 % auf 6,2 % gesenkt.

(Reinhard Sager [CDU]: Unglaublich!)

(Günter Neugebauer)

- Kollege Sager, nun werden Sie sagen, das ist noch viel zu wenig. Aber wer sich - wie die etwas älteren Mitglieder dieses Parlamentes - daran erinnert, dass zu Stoltenbergs Zeiten die Nettoausgaben noch mit bis zu 17,5 % kreditfinanziert worden sind, der kann diese Entwicklung zu 6,2 % nur als erfolgreich bezeichnen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da hatten Sie auch eine Investitionsquote von 20 %! - Thomas Stritzl [CDU]: Wie hoch war die Investitionsquote, weißt du das noch?)

- Kollege Stritzl, wenn Sie eben zugehört hätten, hätten Sie mitbekommen, dass ich von 10,1 % gesprochen habe.

(Thomas Stritzl [CDU]: Damals bei Stoltenberg!)

- Nein, die habe ich nicht im Kopf. Aber ich weiß, dass wir zum Beispiel jetzt bei der Nettoneuverschuldung mit 930 Millionen DM noch nominell unter den 1,1 oder 1,2 Milliarden DM liegen, die zu Stoltenbergs und Barschels Zeiten zur Mitfinanzierung des Haushaltes neu aufgenommen worden sind. Und auch die Nettoausgaben mit einer Steigerung von 0,9 % lassen erkennen, dass hier bewusst der Kurs des Sparens eingeschlagen worden ist. Wir liegen damit unter den 2 %, die der Finanzplanungsrat im Juni allen Ländern vorgeschlagen hat.

Nur dieser **Sparkurs** ermöglicht es, das Land mit Reformen voranzubringen und neuen Gestaltungsspielraum für Arbeitsplätze, Bildung und Innovation zu schaffen. Die Beispiele sind schon genannt worden. Mit den Mitteln der EU für das Programm „ziel“ werden wir regional die Strukturen in Schleswig-Holstein verbessern. Mit den Lehrerplanstellen, die wir neu bereitstellen werden, wird die Unterrichtssituation auf dem hohen Niveau gehalten. Mit den 14 Millionen DM mehr, die wir für die Werften in Schleswig-Holstein bereitstellen wollen, werden wir die Arbeitsplätze auf den Werften weiterhin sichern. Und mit der Kapitalzuführung für die Technologiestiftung in Höhe von 7,5 Millionen DM werden wir auch dem Technologiestandort Schleswig-Holstein neben anderen Elementen der Technologieförderung eine Zukunft geben.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Bitte formulieren Sie Ihren letzten Satz!

Günter Neugebauer [SPD]:

Ich bin leider am Schluss. Wir wollen uns - wie auch in der Vergangenheit - aktiv an der Beratung der Ein-

zelpläne beteiligen. Wir wollen die Landesregierung und natürlich auch Finanzminister Möller unterstützen, wenn er das Landeswohl und die Landesfinanzen gegen egoistische Verbandsinteressen und regionalpopulistische Interessen verteidigt.

(Lachen bei der CDU)

Und ich fürchte nach den Aussagen von Ihnen heute Morgen und heute Nachmittag, dass wir die Regierung auch gegen populistischen Opportunismus der Opposition werden verteidigen müssen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt die Besuchergruppe des Reichsbundes Bohmstedt/Ahrenshöft und des DRK Bohmstedt. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Lassen Sie mich noch einmal darauf hinweisen, dass Wortbeiträge und Zwischenrufe von der Regierungsbank häufig zwar verständlich, aber dennoch nicht zugelassen sind.

Herr Abgeordneter Kubicki, Sie haben das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Redebeitrag der Ministerpräsidentin veranlasst mich, noch einige wenige Sätze zu sagen.

(Helmut Plüschau [SPD]: Das hat gegessen! - Heiterkeit bei der SPD)

Ich begrüße den Kollegen Plüschau wieder als Lebenden unter uns: Das hat nicht gegessen, sondern das war die Peinlichkeit der Stellungnahme der Ministerpräsidentin. Darauf komme ich gleich zurück.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.])

Ich habe früher schon einmal gesagt, die Ministerpräsidentin muss lernen, dass Kritik an der Politik der Landesregierung keine Kritik am Land ist. Wer sich als **Ministerpräsidentin** mit dem **Land** geradezu gleichsetzt, gerät in den Verdacht, als Sonnenkönigin in die Geschichte einzugehen. Ich möchte anfügen, nach dem Redebeitrag war festzustellen: Her Royal Wellness was not amused!

(Beifall und Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Darauf kann es aber nicht ankommen. Wie wenig die Ministerpräsidentin in ihrem eigenen Land noch im Film ist, beweist diese doch sehr interessante Behauptung.

(Wolfgang Kubicki)

tung, man habe als Schwerpunkt der Landespolitik - und deshalb müsse man woanders kürzen - auch den Nahverkehr entdeckt.

Frau Ministerpräsidentin, darf ich Sie darauf hinweisen, dass in dem **Haushaltsentwurf 2001** überhaupt keine Landesmittel für den Nahverkehr mehr vorgesehen sind. Wenn Sie mir nicht glauben, lesen Sie nach. Ich will die Fundstelle gleich mitteilen, weil das sehr wichtig ist. Auf Seite 152 des Einzelplans 06 steht bei Zuwendungen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs aus Landesmitteln für 2001: null.

Nun gibt es dort eine Maßnahmengruppe 02. Die weist - statt der bisherigen 2,9 Millionen DM - insgesamt 2,3 Millionen DM aus, aber die werden nicht aus Landesmitteln finanziert, sondern aus den Regionalisierungsmitteln des Bundes. Landesmittel sind gleich null. Also können Sie die Streichung der Fördermittel des Landes nicht damit begründen, dass Sie etwas für den Personennahverkehr in Schleswig-Holstein tun wollen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Beispiele ließen sich beliebig verlängern. Die Krone der Peinlichkeit ist jedoch das, was mir gerade auf den Tisch gereicht wird, nämlich die Antwort auf unsere Anfrage nach den Kriterien, nach denen die Förderprogramme des Landes durchforstet und auch zusammengestrichen worden sind. Da es sonst vielleicht untergeht, möchte ich dem hohen Haus die Antwort auf die zwei wesentlichen Fragen nicht vorenthalten. Herr Finanzminister, danach kann ich Sie und das, was Sie in Ihre Haushaltspläne und Presseerklärungen schreiben, wirklich nicht mehr ernst nehmen. Niemand in Schleswig-Holstein kann es.

Die Frage lautete:

„Welche operationalisierbaren Kriterien hat das Finanzministerium für die Messung des Erfolgs oder des Misserfolges eines Förderprogramms entwickelt?“

Die Antwort:

„Operationalisierbare Kriterien müssen jeweils gesondert für ein konkretes Förderprogramm entwickelt werden, wenn sie aussagekräftig sein sollen. Die Arbeiten daran, die für eine outputorientierte Budgetierung erforderlich sind, sind noch nicht abgeschlossen.“

(Lachen bei der CDU)

„Im Übrigen können sie auch nicht für jedes Förderprogramm entwickelt werden.“

Weitere Frage:

„Werden die Ergebnisse der Überprüfung mit den jeweiligen Prüfkriterien dem Landtag zur Verfügung gestellt? Wenn ja, wann? Wenn nein, warum nicht?“

Antwort:

„Die Ergebnisse der Überprüfung“

- der Kriterien, die wir noch nicht haben -

„sind dem Landtag in dem Haushaltsentwurf 2001 sowie dem Finanzausschuss mit Umdruck 15/290 zur Verfügung gestellt worden.“

Die Ergebnisse:

„Hinsichtlich der Prüfkriterien wird auf Frage zwei verwiesen.“

(Lachen bei der CDU)

Das nenne ich eine rationale Politik der Landesregierung, die behauptet, sie habe Kriterien entwickelt, die Förderprogramme zu untersuchen, nur können sie uns diese nicht mitteilen. Granatenmäßige Rationalisierungspolitik. Sie müssen den Verbänden und den Betroffenen dann jeweils erklären, was daran - außer der Tatsache, dass sie nach der Rasenmähermethode gekürzt haben - rational ist. Diese Methode haben wir heute Morgen schon angesprochen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Zur Frage der **Ökosteuer!** Frau Heinold, der Begriff allein macht es nicht. Die Steuer, die Sie erhoben haben, ist keine Ökosteuer, sondern eine Erhöhung der Mineralölsteuer, denn Sie haben bisher keine Erklärung dafür, warum Sie ausgerechnet die energieintensivsten Unternehmen, die Verschwender der Energie, von der Ökosteuer ausgenommen haben. Dafür gibt es keine Erklärung. Den Begriff sollten Sie gar nicht mehr gebrauchen. Die Steuer, die Sie erheben, ist eine Luxussteuer. Eine Luxussteuer für Menschen, die sich den Luxus eigentlich nicht mehr leisten können. Kollege Neugebauer, 60 Pfennig Einstandspreis, 1,40 DM Steuern obendrauf, das sind 230 %. Ich frage alle Beteiligten, wie viele Produkte es noch gibt, die mit einer derartigen Luxussteuer belegt worden sind.

Man kann über alles Mögliche streiten. Man kann auch die anderen Regierungen europaweit ignorieren. Einige wollen die Steuern senken, einige wollen sie beibehalten. Deutschland ist weltweit - nicht nur europaweit - das einzige Land, das auf die Idee gekommen ist, 2001 die Steuern hier noch einmal zu erhöhen. Das ist der eigentliche Skandal und den halten sie nicht durch.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(Wolfgang Kubicki)

Nun noch zu der Frage des **Haftkapitals!** Herr Finanzminister, da werde ich aus beruflicher Erfahrung heraus etwas deutlicher. Wir reden davon, dass wir mehr betriebswirtschaftliche Überlegungen einführen wollen. Wir reden vom Unternehmen Schleswig-Holstein. Ich sage Ihnen: Das, was Sie mit diesem Haushalt in der Frage des Haftkapitals gemacht haben, ist eines Bankrotteurs im privaten Bereich würdig. Kollege Neugebauer, wenn ein privater Unternehmer, ein Vorstandsmitglied einer Aktiengesellschaft oder ein Vorstandsmitglied einer GmbH Forderungen in der Bilanz ausweist, die er nicht hat, dann ist das ein Straftatbestand, der bei dieser Größenordnung ins Gefängnis führen würde.

Ich sage ausdrücklich: Wenn es dieses Parlament hin- nimmt, dass der Finanzminister Einnahmen ausweist, von denen er weiß, dass er sie als Einnahmen im Etat gar nicht hat, dann ist das nichts anderes. Ich sage noch einmal: Wer Achtung vor dem Recht verlangt - ich sage das in Bezug auf die CDU in bestimmten Bereichen zu Recht -, der muss diese Achtung gegen- über dem Recht auch in den eigenen Reihen durchset- zen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete Heinold hat das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist manchmal nicht so einfach mit den staatstragenden Debatten des Kollegen Kubicki. Ich will darauf nicht eingehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schade eigent- lich!)

Ich möchte etwas zu unseren Eckdaten und Leitlinien bei der Beratung des Haushalts sagen. Ich hätte mir gewünscht, dass auch die anderen Fraktionen etwas dazu sagen. Die SPD hat es getan, die anderen haben es nicht getan. Es ist unstrittig, dass es nicht nur um einen verfassungskonformen Haushalt im nächsten Jahr gehen muss, sondern es muss darum gehen, die Nettoneuverschuldung in 2008 tatsächlich auf Null zu reduzieren. Das dürfte nicht strittig sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Sollte es - ausgehend von der **November-Steuer- schätzung** - Steuermehreinnahmen geben, so kann darüber erst diskutiert werden, wenn auch klar ist, wie es mit den Risiken im Haushalt aussieht. Dazu zählt

die Landesbank, dazu zählen aber auch andere Dinge. Wir wissen, dass Bundesrat und Vermittlungsaus- schuss jetzt noch über neue Umverteilungen - auch aufgrund der Kompensation zur Ökosteuer - diskutie- ren. Diese Rahmendaten müssen erst einmal stehen. Innerhalb dieses Rahmens kann es nur um Umschich- tungen gehen, indem wir gucken, ob wir etwas von einer Stelle zur anderen verändern. An dieser Stelle widerspreche ich auch meinem - ansonsten sehr ge- schätzten - Kollegen, Herrn Neugebauer.

(Günter Neugebauer [SPD]: Was!)

Herr Neugebauer, Sie sprachen von egoistischen Ver- bandsinteressen. Den Betroffenen in Vereinen und Verbänden, die unheimlich viel ehrenamtliche Arbeit leisten und Strukturen aufgebaut haben, würde ich nicht egoistische Verbandsinteressen unterstellen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Es sind **Verbandsinteressen**, die aber zum großen Teil auch im Interesse dieser Gesellschaft sind. Das Unmögliche an der Debatte ist das populistische Draufsetzen der CDU, die gestern etwas gesagt hat, das ihr heute egal ist, die dann demonstriert, wenn sie nur demonstrieren kann.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU])

Ansonsten habe ich großen Respekt vor denjenigen, die in diesem Land in Verbänden und Vereinen un- heimlich viel aktive Arbeit investieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Die Eckdaten stehen also, die politische Schwerpunkt- setzung auch. Herr Hentschel hat das vorhin für unsere Fraktion deutlich gemacht. Das will ich nicht wieder- holen. Wir werden jetzt den Herbst abwarten und damit auch die Rahmenbedingungen wie Steuerschät- zung und Ergebnis des Vermittlungsausschusses.

Natürlich werden wir uns ernsthaft mit denjenigen beschäftigen und an einen Tisch setzen, die jetzt zu uns kommen und zu Recht sagen, dass sie an der einen oder anderen Stelle gern etwas verändert haben wol- len.

Damit bin ich schon bei den Kommunen. So Leid es mir tut, an dieser Stelle muss ich auch einen kritischen Satz zu Herrn Hay sagen, der leider im Moment nicht im Raum ist. Den Inhalt der gestrigen Pressemitteilung von Herrn Hay, in der er überlegt hat, ob man die 100 Millionen DM für die Kommunen auch aussetzen

(Monika Heinold)

könnte, halte ich - im Ansatz - für nicht haltbar, denn ich glaube, dass der finanzielle Spielraum nicht da ist. Das Aussetzen von 100 Millionen DM würde heißen, dass die **Kommunen** im nächsten Jahr gar nicht zu einem Sonderbeitrag oder einem Sonderopfer herangezogen würden.

Wir haben im Sonderausschuss genau das Gegenteil beschlossen. Dort haben wir gesagt, dass es einen Beitrag der Kommunen geben muss. Sie alle kennen den Beschluss. Die Frage ist erstens, wie hoch der Beitrag sein wird - das werden die Zahlen ergeben -, und zweitens, ob es zum Beispiel mithilfe des KIF möglich ist, dass es eine andere Belastung der Kommunen geben kann als den reinen Abzug aus dem FAG - so wie geplant. Ich will in aller Deutlichkeit und Offenheit sagen: Was wir nicht machen sollten, ist eine Wiederholung des Fehlers, den wir 1998 gemacht haben. Damals hatten wir den Kommunen erst für sechs Jahre ein Minus von 50 Millionen DM angekündigt, also insgesamt 300 Millionen DM, und das dann nicht durchgestanden. Wenn man Standardabsenkung und Funktionalreform gegenrechnet, verblieben letztendlich 70 Millionen DM in der Landeskasse. Es gab nur Streit und Ärger und zwei Jahre später hatten wir wieder diese Debatte.

Deshalb von meiner Fraktion sehr deutlich an die Adresse der SPD: Worauf auch immer wir uns einigen werden - wir wissen ja alle noch nicht, wo das Ende ist -, setze ich in diesem Jahr nicht die Belastung aus, um im nächsten Jahr die gleiche Debatte noch einmal zu führen. Wenn wir in diesem Jahr reduzieren, dann muss dies auf jeden Fall auch ein Konzept für die nächsten Jahre sein. Wir wissen alle - insofern habe ich immer noch die Hoffnung, dass die CDU Bereitschaft zeigt, hier oder da mitzusparen -, dass die **Rahmenbedingungen** für 2002, 2003, 2004 und 2005 noch sehr viel härter sein werden.

Warum sind sie sehr viel härter? Damit bin ich wieder bei meinen Freundinnen und Freunden der CDU und F.D.P. Wer hat denn für eine Steuerreform gekämpft, die noch sehr viel mehr an Entlastung hätte bringen sollen? Wem waren denn die Entlastungen nicht groß genug?

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Sehr richtig!
Das hätte einen Wachstumsschub gegeben!
Die Steuern hätten gesprudelt!)

Warum sagen denn CDU und F.D.P. nicht, dass die Steuerreform - und zwar ganz bewusst, weil wir hoffen, dass dies konjunkturelle Verbesserungen ergibt, mittelfristig mehr Arbeitsplätze und so weiter - in den ersten Jahren natürlich zu Steuermindereinnahmen führen wird? Das müssen Sie doch ehrlicher Weise sagen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sagen wir doch!)

Und Sie müssen den Bürgerinnen und Bürgern auch sagen, dass diejenigen, die weniger Steuern zahlen, auch weniger Leistungen vom Staat bekommen werden. Diesen zweiten Teil verschweigen Sie immer.

(Beifall bei SPD und SSW)

Sie versprechen den Bürgerinnen und Bürgern **Steuerentlastungen** und Sie sagen ihnen - ich habe sämtliche Pressemitteilungen der CDU gesammelt -, wo Sie draufsatteln können.

Ich sage Ihnen eines: Ich habe hier das Paket dessen, was Sie in den letzten Monaten versprochen haben, und ich habe mir sehr wohl gemerkt, wo Sie in Ihren Reden und Anträgen, die Sie im letzten Jahr zum Haushalt gehalten und gestellt haben, Nachbesserungen gefordert haben. Ich werde Ihre Haushaltsvorschläge damit abgleichen und sehen, ob Sie all Ihre Versprechungen in Zahlen umsetzen, ob Sie eine Gegenfinanzierung dafür haben und wie die Eckdaten Ihres Haushaltsentwurfes aussehen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Reinhard Sager [CDU]: Aber regieren tun Sie, oder?)

Dass Sie mit den Dingen völlig unredlich umgehen, sehen wir ja, wenn wir Ihre Papiere nachlesen. Nun ist zwar Herr Rühle nicht mehr hier; aber Thomas Stritzl gibt es noch. Das Ganze war ja auch Grundlage Ihrer Haushaltsvorschläge im letzten Jahr.

Ich nehme als Beispiel einmal das Schloss Plön. Was schreiben Sie denn da? Privatisierung Internat Plön: 1,7 Millionen DM Einsparungen. Nur Zuschussbetrag und so weiter, Gebäudeverkauf, Verkauf von Immobilien. Das war Ihr Vorschlag. Und was machen Sie heute, wo die Diskussion in Plön tatsächlich relevant ist? Sie stellen sich hin und tun so, als würde die Landesregierung dem ganzen Kreis unendlich schaden wollen, weil wir über eine neue Konstruktion reden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Jost de Jager [CDU]: Sie haben Ihr Wahlversprechen gebrochen! - Weitere Zurufe von der CDU)

Ich könnte jetzt noch über Ihren „soliden“ Haushaltsvorschlag reden, der besagt: 66 Millionen DM mehr, weil Erhöhung des Haftkapitals Landesbank. Damit wollen Sie in diesem Haushaltsjahr Ihre Mehrausgaben finanzieren. Ich warte - wie wir alle - mit Spannung auf Ihre Vorschläge.

Herr Sager, nun zu den **Förderprogrammen**. Wir alle haben ja die Liste des Finanzministers zu den Förderprogrammen bekommen und wir haben uns im

(Monika Heinold)

Finanzausschuss darüber unterhalten. Da Sie es anscheinend nicht verstanden haben, will ich es Ihnen gern noch einmal erklären.

Es gibt eine Gesamtliste des Finanzministers, in der unter dem Strich steht, was in den Förderprogrammen enthalten ist. Das sind diese knapp 900 Millionen DM, Ansatz 2000 und so weiter. Dieser Ansatz steigt. Dort ist die Werftenhilfe und dort sind die Regionalisierungsmittel mit enthalten.

(Reinhard Sager [CDU]: Nein, nein!)

- Herr Sager - - Herr Sager - - Herr Sager! Hallo! - Es gibt außerdem einen Anhang. In diesem Anhang sind nicht alle Dinge, die in der Gesamtsumme enthalten sind, aufgelistet. Das hat der Finanzminister im Ausschuss erklärt und er hat auch gesagt, dass er uns dafür eine Aufstellung nachliefert, sodass wir nachvollziehen können, wie diese 900 Millionen DM zustande kommen.

(Reinhard Sager [CDU]: Das haben wir noch nicht!)

- Das haben wir noch nicht, aber das hat er uns zugesagt.

(Reinhard Sager [CDU]: Nichts als Nebel ist das!)

- Sie haben es nicht verstanden oder Sie wollen es nicht verstehen. - Allerdings finde ich das, was Sie in Ihrer Pressekonferenz gesagt haben, wiederum recht interessant. Sie haben gesagt, diese 70 Millionen DM seien gar keine **Sparsumme**. Das ließen Sie alles nicht gelten. Sie hätten schon immer reale 70 Millionen DM an Einsparungen gefordert. Deshalb gehe ich davon aus, dass Sie jetzt anhand des Haushaltes konkrete Einsparungen in Höhe von 65 Millionen DM oder 70 Millionen DM vorschlagen. - Natürlich. Das haben Sie gesagt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Liste, Herr Sager! - Reinhard Sager [CDU]: Die machen Sie doch, oder ?)

- Sie haben gesagt, das reiche nicht aus. Also präzisieren Sie doch einfach einmal Ihre Vorschläge.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Sie die Liste nicht bringen, Herr Sager, brauchen Sie sich hier gar nicht wieder sehen zu lassen! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das bestimmen noch immer nicht Sie, Herr Hentschel!)

Aber ich sehe Sie ja schon wieder auf der Seite der Demonstranten. Mit Tränen in den Augen wird der

schon geübte Transparentbemaler Kayenburg auch in diesem Herbst jeden **Sparvorschlag** der Regierung als ungerecht, wirtschaftsfeindlich und auch sonst als schädlich für Schleswig-Holstein bekämpfen. Heute Morgen standen Sie ja schon auf der Seite der Demonstranten.

(Zuruf von der CDU: Auf der Seite der Bürger! - Heinz Maurus [CDU]: Heute Morgen, als Sie wieder einmal versuchten zu vernebeln!)

Ich möchte noch einen Satz zu Frau Spooendonk sagen. - Frau Spooendonk, Sie haben gesagt, von den UMTS-Verkäufen hätte eigentlich mehr für die Länder ausgeschüttet werden müssen. Im ersten Moment habe ich ja Sympathie hierfür. Wenn ich mir dann aber die Situation des Bundeshaushaltes ansehe, muss ich feststellen, dass es den Länderhaushalten im Verhältnis wirklich besser geht. Der Bundeshaushalt ist - ich will gleich sagen, wem wir das zu verdanken haben - so in die Grütze gefahren worden, dass jetzt nicht 12,5 % der Nettoausgaben Zinslasten sind, sondern über 17 %.

(Reinhard Sager [CDU]: Ich finde es dreist, dass wir uns kurz vor dem zehnten Jahrestag der Deutschen Einheit so einen Mist anhören müssen! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Herr Kollege Sager, schweigen Sie! Die CDU kann keine Finanzpolitik machen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher unterstütze ich vehement, dass die rot-grüne Bundesregierung endlich damit anfängt, die Nettoneuverschuldung zu reduzieren

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Reinhard Sager [CDU]: Sie sollten sich schämen!)

und dass diese 100 Milliarden DM nicht einfach wieder ausgegeben werden. Es wäre ja sehr einfach, dies zu tun und damit auf Wählerfang zu gehen. Dies wird nicht stattfinden. Was wir aber immer wollten - das hat auch die Ministerpräsidentin sehr deutlich gemacht -,

(Thorsten Geißler [CDU]: Wissen Sie, was am 3. Oktober gefeiert wird?)

ist, dass wir an den **Zinsersparnissen** beteiligt werden. Dazu habe ich in meiner Pressemitteilung ganz klar gesagt: Schleswig-Holstein muss, brav wie wir bei der Steuerreform gewesen sind,

(Reinhard Sager [CDU]: Brav ist richtig! Sie haben überall abgenickt!)

(Monika Heinold)

an dieser Stelle sehr deutlich sagen, dass von den Zinsersparnissen auch Mittel nach Schleswig-Holstein fließen müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich komme damit zum Schluss. Die einzig spannende Frage ist für mich wirklich: Wann packt die CDU all das, was sie wollte, in einen gegenfinanzierten Antrag zum Haushalt? Das wird für mich ein schöner Tag. Dann habe ich etwas zum Lesen und kann mich auch einmal mit Alternativen beschäftigen.

(Heinz Maurus [CDU]: Hoffentlich tun Sie es dieses Mal dann auch! - Reinhard Sager [CDU]: Sie lesen die Anträge hier ja auch nicht!)

Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass die Opposition in Schleswig-Holstein oppositionsfähig ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Stritzl.

Thomas Stritzl [CDU]:

Frau Kollegin Heinold, wenn ich Ihre Rede richtig verstanden habe, lautet Ihre Frage nicht, ob die Opposition oppositionsfähig ist. Sie vermitteln zusammen mit dem Kollegen Neugebauer und den Mitgliedern der Regierung vielmehr die Frage, ob diese Regierung ohne diese Opposition überhaupt regierungsfähig ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Denn Ihr Betteln um Anträge und Vorschläge der Opposition ist ja ein Ausweis der eigenen Hilflosigkeit, den ich deutlicher in diesem Hause noch nie zu Protokoll bekommen habe. Deswegen freue ich mich auf das Protokoll, damit wir das den Leuten draußen einmal in gleicher Form darlegen können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ihr einziges Problem ist es, dass Sie immer auf die Gnade des kurzen Gedächtnisses setzen. Sie tun so, als habe es in diesem Haus nie Vorschläge der CDU oder der F.D.P. zur Haushaltssanierung gegeben.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

- Sehen Sie, Herr Kollege, genau da beginnt das Problem. Ich will es Ihnen nur kurz aufzeigen.

Wenn Sie in die **Haushaltsberatungen 1996/97** hineinsehen, werden Sie sehen: Über 400 Einzelanträge allein der CDU zum Haushalt, alle mit Nein bevotet. Wir haben auf Rahmenanträge umgestellt - alle mit Nein bevotet. Im letzten Jahr das gleiche Verfahren - immer nur Neinsager bei der Regierung. Dann kommen Sie hinterher an und sagen, Sie hätten keinen Antrag gesehen. Sie haben offensichtlich dagegen gestimmt, ohne die Anträge zu lesen. Sie hätten ihnen ja zustimmen können.

Die Verbeamtung, ein Vorschlag der Opposition, jahrelang von Ihnen verschleppt! Jetzt ist es Ihr eigener Vorschlag. Aber Sie vermeiden die Erinnerung, dass Sie von der Opposition über Jahre hinweg dazu aufgefordert wurden.

LEG-Verkauf! Über Jahre hinweg konnte der Minister nicht verkaufen. Jetzt sollen es 200 Millionen DM werden. Vorhin sagte der Oppositionsführer: offensichtlich über einen Anteilsverkauf. Da schüttelte der Finanzminister den Kopf. Ja, wie denn? Wollen Sie doch die Wohnungen verkaufen? Im letzten Jahr wollten sie das auf unseren Vorschlag hin nicht tun. Anteile wollen Sie offensichtlich auch nicht verkaufen. Bitte, was bei der LEG verkaufen Sie denn dann? Wieder nur Träume?

Bei Förderprogrammen ist es auch unser Vorschlag gewesen, um und bei 70 Millionen DM einzusparen. Sie selber sagen, Sie kriegen die Summe jetzt nicht zusammen. Das ist doch Ihr Problem, nicht unseres.

Bei der Sozialhilfe hatten wir gesagt, um und bei 80 Millionen DM. Jetzt machen Sie es selber. Unser Vorschlag ist es gewesen.

Verkauf Lotto! 100 Millionen DM haben wir gesagt. Der Finanzminister selber auch. Sie lehnen es ab. Ich wette mit Ihnen, darauf kommen Sie auch noch einmal zurück und fordern einen entsprechenden Vorschlag der CDU.

Man kann es hin- und herziehen, Herr Kollege. Selbst bei der Technologiestiftung war es so. Im letzten Jahr kürzten Sie von den 15 Millionen DM Stiftungskapital 7,5 Millionen DM. In diesem Jahr stocken Sie wieder um 7,5 Millionen DM auf und sagen, Sie förderten die **Technologiestiftung** und die Technologieentwicklung in diesem Land. Das ist doch ein Aberwitz, was Sie hier machen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ideen und Vorschläge der Opposition hat es hier kiloweise gegeben. Sie haben sie immer wieder abgelehnt.

Die Fehlbuchungen auf der Einnahmeseite, indem Sie Luftbuchungen ungeheuren Ausmaßes machen, das Negieren von bisher vorliegenden Vorschlägen der

(Thomas Stritzl)

Opposition, Ihr Hilfe-Suchen, das Sie hier deutlich machen, zeigen, dass Sie heute da sind, wo Sie die Wähler schon im Oktober letzten Jahres gesehen haben. „Sie haben schlicht und ergreifend fertig.“

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Erlauben Sie mir zum Abschluss eine Frage, Frau Kollegin Heinold, Herr Kollege Neugebauer und Frau Ministerpräsidentin. Sie hoben sehr stark auf die in der Tat hohe **Staatsverschuldung** des Bundes von 1,5 Billionen DM ab, eine Last, die uns alle drückt.

(Günter Neugebauer [SPD]: 1.500 Milliarden DM!)

- 1.500 Milliarden DM, völlig richtig! Ich darf an Sie alle drei die Frage richten und Sie bitten, sie mir und heute in diesem Haus zu beantworten: Was hätte die Freiheit von 17 Millionen Deutschen Ihrer Meinung nach kosten dürfen?

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat - -

(Minister Claus Möller geht zum Rednerpult)

- Herr Minister Möller, ich hatte eigentlich erst vor,

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist okay!)

einen Kurzbeitrag aufzurufen und anschließend Ihnen das Wort zu erteilen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist schade! Wir hätten das Highlight gern zum Schluss gehört!)

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordnete Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mir ist etwas aufgefallen. Die CDU hat mehr **Einsparungen** in Höhe von 70 Millionen DM verlangt. Dann hat die CDU in Person von Herrn Kayenburg Wünsche vorgetragen, die zusätzlich finanziert werden sollen, die mehrere hundert Millionen DM ausmachen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie doch auch!)

Das macht zusammen mehrere hundert Millionen DM plus 70 Millionen DM aus. Das heißt, Sie müssen für diese Summe einen Deckungsvorschlag machen und eine detaillierte Streichliste vorlegen. Ich schlage vor,

dass Sie zur nächsten Landtagstagung verbindlich eine Streichliste vorlegen, in der sie diese mehrere hundert Millionen DM belegen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Hentschel, gehen Sie auf Ihren Platz zurück! Wir machen jetzt Haushaltsberatungen!)

Danke schön.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mein Gott! Blinder geht es wirklich nicht!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich stelle klar: Herr Abgeordneter Hentschel hat noch innerhalb der Redezeit seiner Fraktion geredet. Es handelte sich also nicht um einen Beitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das macht es auch nicht besser!)

Ich erteile jetzt Herrn Minister Möller das Wort.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte auf ein paar wenige Punkte eingehen.

Erstens. Was die Einsparung von 70 Millionen DM angeht, haben Sie, Frau Heinold, alles dazu gesagt. Wir haben im Finanzausschuss ausführlich darüber gesprochen. Die Liste wird nachgereicht. Für alle Zuwendungsempfänger müsste es geradezu paradisisch sein, wenn gar nicht eingespart würde.

Zweitens zum Selbstverständnis, was eigentlich Landesmittel und was Bundesmittel sind, was die **Regionalisierungsmittel** angeht: Es gibt eine Vereinbarung, dass die Länder im Rahmen der Regionalisierung des Nahverkehrs einen Anteil an der Mineralölsteuer bekommen. Das sind Landesmittel.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nee! Das sind Bundesmittel!)

Diese Landesmittel setzten wir ein. Wir bekommen aus der **Mineralölsteuer** einen Anteil. Über den verfügen wir für Zwecke, wie sie im Gesetz bestimmt sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie sind zweckgebunden! Darüber verfügen Sie überhaupt nicht frei!)

Ich weiß gar nicht, was Sie da haben.

Ich möchte mich drittens deutlich gegen Begriffe wie „Luftbuchungen“ oder Ähnliches verwahren.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Darauf kommen wir noch zurück, Herr Minister!)

(Minister Claus Möller)

Sie sind ja immer sehr schnell dabei, wenn es darum geht, die Verfassung zu bemühen.

Zur LEG: Bei der Gründung der LEG war es der ausdrückliche Wunsch, in der Wirtschaft teilweise sogar Bedingung, dass wir uns von einem Teil der Anteile trennen, 49 %. Wir sind dabei.

Ich sage Ihnen: Es ist richtig, dass man, nachdem man bestimmte stille Reserven aufgedeckt hat, über den Zeitpunkt des Verkaufs noch einmal nachdenkt. Der Zeitpunkt ist jetzt da, nachdem wir den Konzern bereinigt haben, einschließlich der Schleswig-Holsteinischen Landgesellschaft.

(Reinhard Sager [CDU]: Bereinigung! Das ist keine Bereinigung!)

Wir brauchen uns gar nicht darüber zu streiten. Bis zur Verabschiedung des Haushalts wird das Verfahren so weit vorangetrieben sein, dass wir so viele Bewerber haben, dass wir eine so genannte short-list aufstellen. Das werden alles Bewerber außerhalb des öffentlich-rechtlichen Dunstkreises sein.

(Thomas Stritzl [CDU]: Das wird eine ganz „shorte“ Liste!)

- Das werden wir dann ja sehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das werden wir ja sehen!)

- Ja, das werden wir dann ja sehen.

Zum Haftkapital!

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Die WestLB kommt wieder!)

Ich habe hier ausdrücklich gesagt, es gehe um zwei Tatbestände. Beim laufenden Verfahren ist der Vergleich gescheitert. Daraus hätten wir auch Geld bekommen können. Es geht jetzt nicht um die Höhe der Vergütung für das Haftkapital, sondern darum, wie wir einem möglichen Verfahren gegen die **Landesbank** im Interesse der Landesbank präventiv entgegenwirken können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da fließen Ihnen keine 200 Millionen DM zu! Machen Sie keinen solchen Unsinn! - Thomas Stritzl [CDU]: Als Präventionsabgabe!)

- Ich muss hier sagen: Sie sind vielleicht ein Schlauberger, Herr Kubicki. Entschuldigung!

Es geht um die Umwandlung des Haftkapitals in stimmberechtigtes Kapital, übrigens eine Anregung, die die EU gemacht hat.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Des Landeseigentums!)

Auf diesen Weg begeben wir uns. Dass das geht, ist grundsätzlich geklärt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nur, Sie haben keinen, der das übernimmt!)

Wir sollten uns jetzt nicht im Plenum darüber streiten. Ich biete Ihnen an, gemeinsam mit Herrn Rümker noch vor der Sitzung des Finanzausschusses, in der wir den Einzelplan beraten, ein ausführliches Informationsgespräch über den Sachverhalt, über den Stand der Verhandlungen, die wir geführt haben, zu führen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Aber nicht unter sechs Augen! Ein bisschen größer!)

Ich gebe zu: Es gibt die Möglichkeit, dass wir uns mit den Anteilseignern nicht verständigen. Für den Fall bin ich in der Pflicht, andere Deckungsvorschläge zu machen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Genauso!)

Aber bitte unterstellen Sie nicht, wir hätten hier nicht **verfassungskonforme Vorschläge** gemacht.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Selbstverständlich kann man in einen Haushalt erwartete Einnahmen einstellen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Aber wenn Sie wahrscheinlich nicht kommen, nicht!)

Auch **Steuerschätzungen** sind erwartete Einnahmen. Man weiß nicht genau, ob sie eintreten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Haben Sie schon mal was von Wahrscheinlichkeit gehört?)

Da haben wir auch schon Überraschungen erlebt. Deshalb sollten Sie hier nicht mit Verbalinjurien um sich werfen. Ich biete Ihnen noch vor der Finanzausschusssitzung ein umfassendes Informationsgespräch gemeinsam mit Herrn Rümker an.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf und den Bericht der Landesregierung federführend dem Finanzausschuss und mitberatend den übrigen Fachausschüsse zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so angenommen.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 5 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/374

Ich erteile der Frau Ministerpräsidentin das Wort zur Begründung.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat Ihnen einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die rundfunkrechtlichen Vorschriften geändert werden sollen. Es geht um den so genannten **Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrag**, den alle Länder gemeinsam ohne Aufgeregtheiten vereinbart und gemeinsam paraphiert haben. Ich bitte jetzt um Ihre Zustimmung, damit der Staatsvertrag Landesrecht werden kann.

Der Fünfte Rundfunkänderungsstaatsvertrag veranlasst uns ferner, einige kleinere Anpassungen und Änderungen im **Landesrundfunkgesetz** vorzunehmen. Der Schwerpunkt des Ihnen vorliegenden Staatsvertrages betrifft dieses Mal den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Durch Anpassung der **Rundfunkgebühr** sollen sein Bestand und seine Entwicklung gesichert werden, so wie es das Bundesverfassungsgericht mehrfach gefordert hat. Die neue Gebührenhöhe ist ganz nach den Spielregeln festgelegt worden, die uns das Bundesverfassungsgericht vorgegeben hat. Die Länder des zu unterzeichnenden Staatsvertrages haben da keine politischen Spielräume. Das ist von uns in der Zwischenzeit akzeptiert und als gut befunden.

Eine unabhängige Expertengruppe, die **Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten** - kurz KEF -, hat angehört, ermittelt und errechnet und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass 3,33 DM monatlich mehr notwendig und somit auch zumutbar sind. Wie man auf eine solche Zahl kommen kann, weiß ich nicht. Ich hätte nicht gewagt, eine solche Schnapszahl vorzuschlagen, aber es ist das Ergebnis der langen Diskussion der KEF mit den Rundfunkanstalten.

Die Gebühr für den Rundfunkempfang beträgt dann monatlich 31,58 DM. Sie bleibt - obgleich sie nicht gerade niedrig ist - im Vergleich zu Zeitungsabonnements, Kinokarten, Internet-Surfen und Video-Ausleihe für das Gebotene noch recht erträglich.

In einer Protokollerklärung haben die Regierungschefin und die Regierungschefs der Länder festgehalten, dass diese neue Gebühr für ARD und ZDF unbedingt bis Ende 2004 Bestand haben muss - keine zusätzlichen Kredite in dieser Zeit, keine Vorbelastung der

nächsten Gebührenperiode. Das dürfte für die beiden großen Anstalten der schwierigste Punkt des Vertrages sein. Denn wir wissen, dass einige Anstalten ihren Geldbedarf in der Zwischenzeit durch Kreditaufnahme zu decken versuchen. Ebenfalls durch Protokollerklärung ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk aufgefordert worden, seine Sparanstrengungen fortzusetzen, Rationalisierungsbemühungen und die Zusammenarbeit auf der Tagesordnung zu lassen, um Kosten zu sparen.

Im Landesrundfunkgesetz hat die bedeutsamste Änderung ebenfalls mit der Rundfunkgebühr zu tun. Durch die Gebührenerhöhung kommt ein Mehrbetrag von rund 1 Million DM in die Kassen von NDR und ULR, der im Rundfunkstaatsvertrag besonderen landesspezifischen Aufgaben gewidmet ist.

Mit dem Gesetzentwurf schlägt Ihnen die Landesregierung vor, diese **Mehreinnahmen** für NDR und ULR mit einem besonderen Auftrag zu verbinden, damit sie nicht einfach versickern. Ziel ist eine Verwendung des Geldes zur nachhaltigen Förderung des Medienstandorts Schleswig-Holstein im Interesse der Angebotsvielfalt und auch der beruflichen Möglichkeiten von jungen Künstlerinnen und Künstlern oder Medienschaffenden, die hier bei uns im Lande eine Möglichkeit finden. Wir können diesen Vorschlag machen, weil alle übrigen Aufgaben bei NDR und ULR ordentlich und voll finanziert sind und bleiben. Der einzelne Bürger spürt also faktisch nicht, dass er indirekt an der Förderung des Filmgeschehens beteiligt ist.

NDR und ULR sollen mit diesem Geld eine **Beratungsstelle** einrichten, die unter dem Dach der MSH - Gesellschaft zur Förderung audiovisueller Werke in Schleswig-Holstein - angesiedelt werden kann und sollte. Die Beratungsstelle soll mit entsprechenden Einrichtungen der norddeutschen Länder zusammenarbeiten. Schleswig-Holstein ist schon öfter - darüber war in den „Kieler Nachrichten“ heute ein kurzer Hinweis zu finden - Dreh- und Produktionsort für Filme gewesen. Dieser Markt lässt sich noch stark ausbauen. Man muss nur eine gewisse Infrastruktur zur Verfügung stellen.

Die Beratungsstelle soll deshalb Produktionsunternehmen bei Standortfindungen beratend zur Seite stehen. Sie soll das Land Schleswig-Holstein als Drehort dort präsentieren, wo Film- und Fernseherschaffende zusammenkommen. Die Beratungsstelle ist für alle da, die in unserem Land Filmproduktionen herstellen wollen. Sie wird in diesem Bereich Schleswig-Holstein auf internationalen und nationalen Messen und Konferenzen vertreten. Die Beratungsstelle soll auch den privaten Rundfunkveranstaltern nutzen. Sie soll über neue Techniken und ihre programmlichen Nutzungs-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

möglichkeiten informieren und Innovationsberater sein.

Der Rundfunkänderungsvertrag wurde zwischen den Ländern zügig verhandelt. Das lässt mich hoffen, dass auch die bevorstehende Diskussion über eine grundlegendere Reform der Medienordnung erfolgreich verläuft. Das gemeinsame Rundfunkrecht muss an mehreren Stellen total überprüft und an die neuen modernen Möglichkeiten angepasst - also modernisiert - werden, damit es für die Zukunft weiter taugt. Dabei stehen auf der Tagesordnung: Medienkonzentrationsprüfung, die Struktur der Medienaufsicht insgesamt und die Frage, ob sie verändert werden muss, sowie die Frage, ob es eine **Medienanstalt** geben soll, die dezentral arbeitet oder sich die Aufgaben zentral stellt. Zu fragen ist auch, ob die Zulassung bundesweiter Medienangebote von einer Stelle oder - wie jetzt - regional von einem Land vergeben werden soll. Dabei blieben die Außenstellen in den Regionen für landesweite Programme zuständig. Das wäre ein Schritt in die richtige Richtung.

Die letzte Frage lautet, ob die Rundfunkgebühr angesichts der Gerätekonvergenz zu einem „**Kommunikationsbeitrag**“ modernisiert werden soll. Es ist langfristig nicht mehr aufrechtzuerhalten, dass ein PC, der Radiosendungen empfangen kann, nicht mit einer Rundfunkgebühr belegt wird, während für einen Radioempfänger - egal ob er gehört wird oder nicht - auf jeden Fall Gebühren bezahlt werden müssen.

Weitere **Deregulierungen** müssen diskutiert werden. Die Selbstverantwortung und Selbstkontrolle der Medienunternehmen müssen verstärkt werden. Wir müssen im Zeitalter des Internet ferner verhindern, dass beim Jugendschutz nachgegeben wird und die jugendlichen Programme sehen oder empfangen können, die für sie nicht geeignet sind. Wir brauchen gewaltfreie Programme und wir brauchen Programme, die frei von Pornografie sind.

Diese Fragen waren Gegenstand eines Forderungskataloges, den ich im Frühjahr dieses Jahres an die Regierungschefs der Länder gerichtet habe. Letzte Woche Freitag sind alle Länder übereingekommen, zu all diesen Fragen Prüfaufträge, teilweise unter dem Vorsitz von Schleswig-Holstein, an die Rundfunkkommission zu vergeben. Wir scheinen mit diesem Fragenkatalog offensichtlich den richtigen Nerv getroffen zu haben und wünschen uns, dass wir schnell vernünftige Antworten finden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Fünfte Rundfunkänderungsstaatsvertrag soll am 1. Januar 2001 in Kraft treten. Er wird dann in allen 16 Landesparlamenten behandelt worden sein. Deswegen

wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie dem Gesetzentwurf heute zustimmen können, damit er in Kraft treten kann.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Kayenburg, das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute beraten wir den **Fünfte Rundfunkänderungsstaatsvertrag** und die sich daraus ergebenden Änderungen anderer rundfunkrechtlicher Staatsverträge sowie unseres Landesrundfunkgesetzes. Ich hoffe allerdings, dass das der letzte Staatsvertrag sein wird, den wir in dieser Form beraten, wenngleich ich weiß, dass der sechste schon in der Pipeline ist, Frau Ministerpräsidentin. Allerdings wird die Verfallszeit dieser Staatsverträge immer kürzer. Der Vierte Rundfunkänderungsstaatsvertrag trat am 1. April dieses Jahres in Kraft, der Fünfte soll am 1. Januar nächsten Jahres in Kraft treten, also gerade einmal ein Dreivierteljahr später.

Wir wissen, dass die Chefs der Staatskanzleien am vergangenen Freitag zusammengesessen haben, um über Neues zu diskutieren. Frau Simonis hat ja bereits etwas über ein Gesetzeswerk berichtet, das den gesamten Bereich der Medien umfassen und in ein schlankes völlig neues **Mediengesetz** münden soll. Dazu gehört natürlich auch die Frage, wie es nach 2004 mit den Rundfunkgebühren weitergehen soll. Nach meiner Überzeugung werden die immer neuen Erhöhungen von den Konsumenten nicht mehr hingenommen. Sie sind inzwischen ein großes Ärgernis.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Je weniger sich das öffentlich-rechtliche gebührenfinanzierte Fernsehen künftig vom privaten werbefinanzierten Fernsehen unterscheidet, umso mehr wird die **Zwangsgebührenfinanzierung** in die Kritik geraten und desto weniger werden die Konsumenten zu zahlen bereit sein. Mit über 30 DM ist nach meiner Meinung eine Schallgrenze erreicht, die weitere Erhöhungen in Zukunft aufgrund des öffentlichen Widerstandes kaum noch möglich erscheinen lässt.

Ich habe den Eindruck, dass dies den Staatskanzleien bewusst ist, denn in den Gesprächen am letzten Freitag ging es gerade auch um Modelle der Finanzierung des öffentlichen Rundfunks. Zu definieren gilt aber auch, Frau Simonis, was wir unter dem besonderen **öffentlich-rechtlichen Auftrag** zu verstehen haben. Nur dann werden wir zu einem gemeinsamen Nenner

(Martin Kayenburg)

kommen. Da ist zu hinterfragen, wie es denn mit Spielshows, Krimis und dem Kinderkanal ist. Ich stelle nicht infrage, dass Phönix sicherlich einen solchen öffentlich-rechtlichen Auftrag erfüllt, aber bei anderen Sendungen haben wir doch gewisse Bedenken.

Für uns als Parlamentarier finde ich es im Übrigen äußerst unbefriedigend, dass wir einen Staatsvertrag absegnen müssen, an dessen Zustandekommen wir im Grunde nie beteiligt waren. Allerdings wird der schwarze Peter für die Gebührenerhöhung von den Laien und den Bürgern natürlich uns zugewiesen, denn wir sind es ja, die zugestimmt haben, obwohl die Entscheidungen auf einer anderen Ebene getroffen worden sind. Auch hierüber besteht nach meiner Meinung Diskussionsbedarf. In diese Diskussion sind jetzt offensichtlich auch die Staatskanzleien eingetreten.

Ich stimme Ihnen darin zu, Frau Simonis, dass zur Finanzierung natürlich auch die Frage der zukünftigen Behandlung multimedialfähiger Computer gehört. Insbesondere wenn es um die Multimediabereiche geht, gilt natürlich eine ähnliche Beurteilung wie beim normalen Hörfunk.

Allerdings haben Sie diesen Bereich bis zum Jahr 2004 zurückgestellt, wenn ich es richtig weiß, und insofern müssen wir wirklich intensiv darüber beraten, denn ich gehe davon aus, dass die Konvergenz aller Medien weiter fortschreitet. Der eigentliche Sprengstoff liegt eben darin, dass diese Konvergenz dann im Grunde die Rundfunkgebühr in der jetzigen Form zum Platzen bringen wird. Dies bedarf der Beratung auf der Ebene des Bundes und der Länder.

Im Übrigen sind die einzelnen Änderungen des Rundfunkstaatsvertrages doch so gravierend, dass wir sie nach meiner Meinung im Ausschuss näher beleuchten sollten. Die Änderungen eines Rundfunkstaatsvertrages haben nämlich auch Einfluss auf die Bestimmungen der Landesrundfunkgesetze. Die Änderungen scheinen in meinen Augen zwar im Wesentlichen unkritisch zu sein, aber kritisch bewerte ich nun doch die Änderung des § 73 des Rundfunkgesetzes und dabei vor allem die eben auch von Ihnen erwähnte neue Institution einer Fördereinrichtung zur **Beratung** von Produktionsunternehmen und von Einrichtungen und Projekten zur **Aus- und Fortbildung** im Bereich der Rundfunkproduktionen. Bedenklich sind für mich dabei zwei Dinge: zum einen der schwammige Begriff „Berücksichtigung der Belange Schleswig-Holsteins“ - was das eigentlich ist, sollten wir noch einmal definieren - und zum anderen die Alternativen zur Konstruktion einer solchen Fördereinrichtung, denn es wird ja offen gelassen, ob der NDR eine eigene Fördereinrichtung schaffen will oder ob eine gesonderte Abteilung der MSH einzurichten ist, bei der dann

allerdings ein vom NDR dominiertes Gemeinschaftsunternehmen gegründet werden soll. Dahinter steckt für mich der Gedanke, dass der ULR durch die Rundfunkgebührenerhöhung automatisch zusätzliche Mittel aus ihrem zweiprozentigen Anteil an den Rundfunkgebühren zufließen, die man der ULR in dieser Form jedenfalls nicht lassen möchte.

Ich denke also, dass wir vor diesem Hintergrund - obwohl wir wissen, dass die Rundfunkgebühren in den nächsten Jahren neu konzipiert werden müssen und daraus auch eine Senkung oder zumindest ein Status quo folgen kann - keine neue mit Personalkosten behaftete Institution schaffen sollten. Das ist der eigentliche Knackpunkt, Frau Simonis. In meinen Augen scheint es eine Fehlentwicklung zu sein, wenn wir eine solche Gesellschaft gründen, die dann, wenn die Gebührenregelung erneut auf den Prüfstand kommt, möglicherweise nach wenigen Jahren schon wieder beerdigt werden muss.

Wenn man überschüssige Gelder abschöpfen will, dann sollte man sie der vorhandenen Institution MSH für ihre bisherigen Förderaufgaben zuführen und lieber über geeignete Förderrichtlinien nachdenken als über eine neue Gesellschaft, die dann natürlich auch neue Personalkosten nach sich zieht.

Deswegen haben wir Beratungsbedarf und bitten um Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss mit der Bitte, auch die entsprechenden Anführungen dazu durchzuführen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Böhrk.

Gisela Böhrk [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll der Landtag zum einen dem **Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrag** zustimmen. In diesem Staatsvertrag ist die Erhöhung der Rundfunkgebühren ab Januar 2001 der zentrale, der wesentliche Inhalt.

Es ist gewiss nicht populär, in diesen Zeiten für eine Erhöhung von Gebühren zu plädieren. Allerdings ist guter Rundfunk nicht zum Nulltarif zu haben. Die Hörerinnen und die Zuschauer betrachten die öffentlich-rechtlichen Programme als die seriösesten und wichtigsten Informationsquellen. Das hat die Medienforschung erst kürzlich wieder festgestellt. Kultur, politische Bildung, Recherche, Hintergrundinformationen - dies alles findet überwiegend im öffentlich-rechtlichen Rundfunk statt. Deshalb muss der Landtag nach meiner Auffassung die verfassungsrechtlich ga-

(Gisela Böhrk)

rantierte Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch finanziell unterstützen.

Die **KEF** hat - die Frau Ministerpräsidentin hat es bereits angesprochen - die Höhe der zusätzlich erforderlichen Mittel festgelegt. Die Ministerpräsidenten haben im August zugestimmt.

Nun mag man darüber rechten, wie sinnvoll es ist, dass die Landtage im Falle von Staatsverträgen die bereits unterschriebenen Ergebnisse nur abnicken können. Praktisch ist es ja so. Das wird sich wohl auch nicht ändern lassen. Allerdings wäre es aus meiner Sicht sinnvoll, wenn die Regierung künftig bei Staatsverträgen vor deren Unterzeichnung rechtzeitig im Ausschuss berichtete.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies scheint mir ganz besonders sinnvoll und wichtig bei dem neuen Staatsvertrag zu sein, der ja faktisch der Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag sein wird, der aber aus gutem Grunde nicht so genannt wird, weil er ganz wesentliche grundsätzliche Änderungen mit sich bringen wird. Er wird ein **Kommunikationsstaatsvertrag** sein, der die Entwicklungen und Erfordernisse des Informationszeitalters sowie der sich entwickelnden neuen Technologien aufgreifen und die damit verbundenen Fragen beantworten soll. Sowohl die Frau Ministerpräsidentin als auch der Herr Oppositionsführer haben bereits einen wesentlichen Teil ihrer Ausführungen auf diesen neuen Staatsvertrag verwandt. Deswegen halte ich es für sinnvoll, dass wir genau diesen Staatsvertrag, die darin enthaltenen Themen und Problemstellungen - das, was jetzt im September beschlossen worden ist - im Ausschuss zugleich mit der gesetzlichen Veränderung, die wir jetzt beschließen sollen, ebenfalls behandeln, dass wir zugleich einen Blick auf die neuen Änderungen werfen und rechtzeitig daran mitwirken.

Ich denke, dass der neue Staatsvertrag mehr öffentliche Aufmerksamkeit fordert. Medien und Medienpolitik greifen stärker in das Leben der Bürgerinnen und Bürger ein als vieles andere, was wir hier mit erheblichem Kraft- und Zeitaufwand erörtern.

Ich halte es darüber hinaus für sinnvoll, dass sich die Fraktionen - genau genommen der Ältestenrat - einmal darüber Gedanken machen, ob es nicht angebracht wäre, die **Medienpolitik** einem anderen Ausschuss als bisher zuzuordnen. Bisher wird sie ja im Innen- und Rechtsausschuss beraten. Das hat etwas mit der Geschichte zu tun; früher ging es wesentlich um Aufsichtsfragen. Heute ist Medienpolitik aber immer mehr technologieorientiert, heute wächst ihre wirtschaftliche

Bedeutung, haben Standortfragen eine größere Bedeutung. Deswegen sollte darüber nachgedacht werden, ob es nicht Sinn macht, künftig die Medienpolitik etwa im **Wirtschaftsausschuss** ressortieren zu lassen. Vielleicht böte sich auch an, dass die Medienpolitik im **Europausschuss** wegen der Transparenzrichtlinie und der stärken europäischen Einbindung eine neue Heimat fände. Zumindest würde es wegen der stärkeren Bedeutung der Medienpolitik Sinn machen, auch bei der Beratung durch den Landtag neue Wege zu gehen.

Der Gesetzentwurf enthält auch einige Änderungen des Landesrundfunkgesetzes. Dabei geht es zum einen um die Anpassung an den neuen Rundfunkstaatsvertrag, es geht um einige neue Akzente - Lockerungen bei den Werbevorschriften - und es geht darum klarzustellen, dass mit den Mehreinnahmen aus der Rundfunkgebühr die **Beratung** von Produktionsunternehmen finanziert werden darf. Dies ist hier bereits angesprochen worden. Bei dieser Beratung wird es ganz wesentlich um „location“ gehen, also um die Bereitstellung von Drehorten, um den Service für Produktionen, also schlicht darum, dass mehr schöne Filme in Schleswig-Holstein gedreht werden. Das bringt Umsätze und Image für Schleswig-Holstein, das bringt zusätzliche Attraktivität für den Standort Schleswig-Holstein und das führt auch dazu, dass der Medienort Schleswig-Holstein stärker in das öffentliche Bewusstsein gerückt wird.

Sinnvoll ist auch - so habe ich die bisherige Debatte verstanden, Herr Oppositionsführer -, dass diese Beratung weiterhin durch die bestehende gemeinsame Fördergesellschaft von NDR und ULR, die MSH, geschehen soll, dass dafür keine neuen Institutionen geschaffen werden sollen. Die MSH hat bereits die Stelle eines Film-Commissioners ausgeschrieben, der genau dies machen soll, nämlich Drehorte vorbereiten und Ähnliches. So hat er beispielsweise die Bank, die für einen Krimi gebraucht wird, auszusuchen, die dann ausgeraubt werden kann - legal -, also alles das zu tun, was es den Produktionsfirmen erleichtert, hier in Schleswig-Holstein präsent zu sein.

Dass dies heute schon der Fall ist und weiter verbessert werden kann, merkt man ja auch daran, dass heute in den „KN“ zu lesen war, dass sich hier - so glaube ich - Hannelore Elsner mehrere Wochen lang aufhält. Das schmückt und putzt uns natürlich ungemein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir freuen uns nicht nur darüber, dass wir hier als Land Gastgeber sein dürfen, sondern wir freuen uns auch darüber, dass wir zwar sicherlich nicht zu den big players gehören werden, was Produktionsfirmen

(Gisela Böhrk)

anbelangt - da haben andere die Nase vorn -, aber wir können jedoch unsere Nischen - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die habt ihr ja alle weggetrieben!)

- Herr Kubicki, ich glaube, dass wir mit der Wirtschaftskraft und auch der finanziellen Potenz von Babelsberg/Berlin oder von Nordrhein-Westfalen oder Bayern nicht mithalten können. Wir sollten uns die Bereiche suchen, bei denen wir Standortvorteile und wirtschaftliche Vorteile haben, damit wir diese neuen Wege zugunsten des Landes Schleswig-Holstein und seiner Wirtschaftskraft nutzen können.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

(Lothar Hay [SPD]: Nun kommt der Schwarzenegger der F.D.P.!)

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Keinen Neid!

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden demnächst noch zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich die Medienpolitik des Landes Schleswig-Holstein unter der Führung dieser Regierung gegenüber früher etwas geändert hat - dankenswerterweise auch in eine liberalere Richtung, wenn ich das sagen darf.

Die Debatten zu **Änderungen des Rundfunkstaatsvertrages** sind keine Höhepunkte der Tätigkeit des Parlaments. Es geht nur noch darum - der Kollege Kayenburg hat darauf hingewiesen -, das vorher in zugebenermaßen mühsamer Kleinarbeit ausgehandelte Paket der Länder abzunicken, während die Ministerpräsidenten bereits an der nächsten Novelle stricken.

Deshalb nur ein paar kurze Anmerkungen. Für die Rundfunkzahler - das sind wir ja zwangsweise alle - ist die **Gebührenerhöhung** die zentrale Änderung der heute zu beratenden Novelle. Die **öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten** dürfen sich einen richtigen Schluck aus der Pulle genehmigen, steigen doch die Gebühren um gut 10 % an.

Über eine solche Erhöhung ließe sich reden, wenn die Gebühren die einzige Einnahmequelle der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten wären. Dem ist bekanntermaßen nicht so. Wer sich jetzt die Olympischen Spiele anguckt, wird immer von einem Baumarkt, von einer TV-Zeitung und sogar von einem Getränkelieferanten oder -hersteller beglückt.

Die öffentlich-rechtlichen Anstalten tummeln sich in immer größerem Umfang auf dem Werbemarkt. Das ist ganz eindeutig nicht der Sinn der **dualen Rundfunkstruktur** in Deutschland. Die Entwicklung läuft im Augenblick darauf hinaus, dass wir bei der Programmstruktur nur noch Privatanbieter haben und dass ein Teil davon auch noch über die Gebühren finanziert wird.

Die Öffentlich-Rechtlichen haben einen klar definierten Programmauftrag. Solange sie über Zwangsgebühren finanziert werden, müssen sie diesen Auftrag auch erfüllen. Es kann nicht sein, dass sie den Privaten immer ähnlicher werden und ihr eigenständiges Profil immer weiter verlieren. Wenn diese Entwicklung nicht gestoppt wird, dann sind langfristig die Struktur des dualen Rundfunksystems in Deutschland und insbesondere der Fortbestand des öffentlichen-rechtlichen Rundfunks gefährdet.

Ein weiteres Ärgernis ist die Nichtentscheidung zum Thema Gebührenpflicht für internetfähige PCs bis 2005. Das ist ein Ärgernis.

Mit der F.D.P. - das sage ich ausdrücklich und sage ich nicht nur für uns hier, sondern für die F.D.P. bundesweit - wird es keine **Gebührenpflicht für PCs** geben.

(Beifall bei F.D.P. und SSW sowie des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Niemand zwingt die Öffentlich-Rechtlichen, ihr Angebot im Internet bereitzustellen. Solange Web-Radio nicht einen signifikanten Anteil am Gesamtradioangebot hat und nur als Zusatzdienst angeboten wird, ist diese Diskussion aus der Sicht der F.D.P. nur schädlich und muss sofort beendet werden.

Ein besonderes Highlight ist die Änderung des § 73 des Landesrundfunkgesetzes. Auch hierzu hat Kollege Kayenburg schon einiges gesagt. Durch diese Neuregelung wird dem NDR die Aufgabe zugewiesen, Produktionsunternehmen zu beraten. Das Gesetz sieht weiter vor, dass der NDR über Form und Art der **Beratung** bestimmt, die ULR muss sich beteiligen. Sie darf aber die Rundfunkveranstalterberatung und die Infrastrukturförderung weiterhin selbst durchführen oder auf die neue Beratungseinrichtung übertragen - selbstverständlich mit den dazugehörigen Haushaltsmitteln.

Wir fragen uns, Frau Ministerpräsidentin: Wen soll der NDR eigentlich beraten - sich selbst oder die eigenen Tochtergesellschaften? - Wohl kaum! Aber wen dann? Etwa private Veranstalter, am besten noch solche, die Aufträge von privaten Anbietern durchführen sollen?

(Wolfgang Kubicki)

Nur weil dem NDR etwa 1,1 Millionen DM an Mehreinnahmen aus der Gebührenerhöhung zufließen, muss nicht automatisch ein neues Gremium geschaffen werden. Es ist allen bekannt, dass die F.D.P. die Landesmedienanstalten für überholt hält. Wir haben aber eine und diese kostet uns bis zu ihrer Abschaffung 7 Millionen DM pro Jahr und beschäftigt mittlerweile 18 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die ULR hat bereits die Aufgabe der Rundfunkveranstalterberatung. Wenn schon die Beratungsaufgabe im Gesetz festgeschrieben wird, dann muss sie wenigstens so kostengünstig und effizient wie möglich geleistet werden. Dafür ist die ULR der richtige Ort.

Auch die Möglichkeit zur Schaffung einer Förderungseinrichtung nach § 73 Abs. 5 des Landesrundfunkgesetzes ist unnötig. Damit würde nur unnötig Geld für die Vorhaltung einer Beratungsstruktur verbraucht werden, das viel dringender für die Verbesserung der technischen Infrastruktur im Land gebraucht wird.

Was nutzt denn die schöne Naturkulisse des Landes, Frau Kollegin Böhrk, wenn die Produktionsbedingungen so schlecht sind, dass die Teams trotzdem nicht ins Land kommen? Wenn schon Förderung aus Gebührenmitteln, dann in diesem Bereich!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Rundfunkstaatsvertrag sieht eine Gebührenerhöhung vor, die nicht hinreichend begründet wird, führt zu einer weiteren Verzerrung der Wettbewerbsbedingungen im dualen Rundfunksystem und führt eine Beratungsstelle ein, die absehbar außer neuen Personalkosten keinen Nutzen für das Land bringen wird.

Wir sollten uns im Innen- und Rechtsausschuss noch einmal sehr intensiv um § 73 des Landesrundfunkgesetzes kümmern. Es gibt keinen Grund, dieses Gesetz übereilt zu verabschieden, außer den, die Landesregierung will durch die Hintertür Strukturveränderungen erreichen. Deshalb stimmen wir nicht nur der Überweisung zu, sondern wir werden uns an der Beratung im Innen- und Rechtsausschuss auch sehr intensiv beteiligen.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der **Fünfte Rundfunkänderungsstaatsvertrag** soll hier nun von uns beschlossen werden

beziehungsweise wir haben eigentlich im Vorweg schon gesagt, dass die wirkliche Auseinandersetzung darüber und die Beratung dazu im Innen- und Rechtsausschuss stattfinden sollen. Hier ist schon viel Kluges und Sinnvolles und Wegweisendes gesagt worden.

Ich glaube, es ist ganz wichtig, an dieser Stelle noch einmal zu betonen, dass wir Grünen natürlich uneingeschränkt zum **Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks** stehen und ihn auch gestärkt wissen wollen. Ich glaube auch, dass es richtig ist, im Vergleich mit Zeitungspreisen zu sagen, dass dies eine Gebührenerhöhung ist, die man tragen kann. Außerdem ist sie ja gründlich geprüft worden. Daran können wir im Grunde genommen auch gar nichts mehr machen, weil die Strukturen eigentlich total festgezurr sind.

Deswegen würde ich es für sinnvoll halten, dem Vorschlag von Herrn Kayenburg nachzugehen und zu sagen, das nächste Mal wollen wir vor der Erörterung hier im Landtag eine Beratung im Innen- und Rechtsausschuss, um sich dann auch schon einmal über Details zu verständigen oder das Augenmerk etwas genauer darauf zu richten. Dann kann man hier vielleicht etwas qualifizierter und auch mit entsprechenden Nachfragen darüber beraten.

Der politische Spielraum bleibt dennoch sehr gering, was ich an sich in Bezug auf den Rundfunk auch richtig finde. Interessiert haben mich diesmal die Protokollnotizen. Ich finde es doch ganz interessant, dass offensichtlich den Rundfunkanstalten ausdrücklich mitgegeben werden muss, sich sozusagen in der Vorausschau auf den nächsten Schritt der **Gebührenerhöhung** nicht weiter zu verschulden. Ich glaube, das ist ein richtiger Schritt, bei dem man sich wahrscheinlich auch als Land an die Brust schlagen und sagen muss: Ja, genau, das ist Finanzpolitik; so müssen wir sie machen. Wir können immer nur im Rahmen der Einnahmen über die Ausgaben verfügen und nicht schon im Vorhinein alles vorwegnehmen.

Was ich auch in einer Protokollnotiz noch wichtig finde, ist etwas, was für mich dann die weitere Begründung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist, nämlich der besondere Augenmerk auf die ländlichen Räume, das heißt dahin, wo es nicht unbedingt lukrativ und nicht selbstverständlich ist, vernünftige Dienstleistungen vorzuhalten und alle Menschen in diesem Land an den Segnungen moderner Technologie zu beteiligen.

Letztlich will ich aber Folgendes sagen. Auch wenn wir womöglich die Beratungen über Rundfunkangelegenheit nicht mehr im **Innen- und Rechtsausschuss** behandeln würden, sie nur noch in den **Wirtschaftsausschuss** zu geben, Frau Böhrk, hielte ich für verkehrt. Aus unserer Sicht ist Rundfunk immer auch ein

(Irene Fröhlich)

Stück Kulturleistung. Ob das dann allerdings an den **Kulturausschuss** gehen soll, vermag ich hier so nicht zu sagen, weil ich glaube, dass die sowieso zu viel an der Hacke haben. Aber ich glaube, man muss einen solchen Gedanken auch mitbewegen, und zwar gerade dann, wenn man als Parlamentarierin oder Parlamentarier doch auch eine Verantwortung dafür hat, und gerade dann, wenn man sich in einer Auseinandersetzung - ich sage es einmal so - zwischen „Big Brother“ und 3 sat bewegen soll und sagen soll, wo der Weg eigentlich längs geht, wo hier Politik eigentlich auch gestaltend mitwirken soll.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Renate Gröpel [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landtag hat in den meisten Punkten bezüglich der **Rundfunkstaatsverträge** nur sehr beschränkte Änderungsmöglichkeiten. Sobald wir den Rahmen des von den Ministerpräsidenten verabschiedeten Papiers verlassen, wird der gesamte Änderungsstaatsvertrag null und nichtig. Daher möchte auch ich deutlich machen, dass uns die Anregung des Kollegen Kayenburg in dieser Sache weiterhelfen wird. Ich finde es wichtig, dass wir im Vorwege einen Bericht bekommen, dass eine **Beratung im Vorwege** stattfinden kann.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Änderungsmöglichkeiten beziehen sich de facto hauptsächlich auf die Umsetzung des Staatsvertrages in Landesrecht. Ein Bereich, in dem wir aber Spielraum haben, ist die Verwendung der Mittel für besondere Aufgaben. Hier hat die Landesregierung geplant, dass in Kooperation von NDR und ULR eine **Beratungsstelle** eingerichtet werden soll. Das ist schon aus den anderen Redebeiträgen hervorgegangen. Diese soll die Umstellung auf neue Technologien begleiten sowie Medienfirmen darüber aufklären, welche schöne Kulisse Schleswig-Holstein für deren Produktionen bietet und welche Fördermöglichkeiten im Lande bestehen. Das begrüßen wir natürlich; denn unser Land bietet sehr viel mehr als Heimattöne, Schifffahrtromantik oder bäuerliche Provinz und das ist im Rest der Republik noch nicht genug bekannt.

Wir haben allerdings unsere Zweifel, ob für diese Einrichtung ein eigener Beirat eingerichtet werden muss oder ob diese Aufgaben nicht auch von Mitglie-

dern bestehender Gremien wahrgenommen werden können. Diese Frage werden wir noch im Ausschuss erörtern müssen. Darum bin auch ich dafür, dass wir den Gesetzentwurf im Innen- und Rechtsausschuss ausführlich beraten.

Bezüglich der Vergabe terrestrischer Frequenzen für digitales Fernsehen gibt es keine Alternative zu einem Bestandsschutz für bestehende Anbieter. Besondere Aufmerksamkeit verdient aber die Protokollnotiz zu § 52 a des Rundfunkstaatsvertrages. Danach erwarten die Ministerpräsidenten eine angemessene Berücksichtigung der ländlichen Räume beim Aufbau digitaler terrestrischer Fernsehnetze. Diese Forderung ist zuerst einmal zu begrüßen; denn betrachtet man die gewöhnliche Vorgehensweise bei der Versorgung mit technischen Neuerungen, werden immer erst die **Balungsgebiete** und erst später die **ländlichen Bezirke** mit den neuen Techniken gesegnet. Allerdings wissen wir alle, wie biegsam das Wort „angemessen“ ist. Daher besteht auch für den Landtag Anlass anzumahnen, dass die flächendeckende Versorgung auch des ländlichen Raumes mit terrestrisch basiertem digitalen Fernsehen wirklich zügig erfolgen muss. Darauf werden wir im Interesse unserer ländlichen Räume pochen müssen.

Ich möchte nicht verhehlen, dass es der SSW mit äußerster Skepsis sieht, wenn die **Werbung** in den Medien weiter ausgedehnt wird. Die Öffnung der Möglichkeiten einer Ausweitung der Werbung in regionalen Fernsehprogrammen mag für deren Finanzen gut sein, für die Verbraucher ist sie es nicht. Wir hoffen, dass von dieser neuen Ausnahmeregelung, die ja eine Kann-Bestimmung ist, nicht großzügig Gebrauch gemacht werden wird. Das gilt auch für die neu hinzugekommene Zulässigkeit von Werbung in Krankenhausradios und ähnlichen Formen des vereinfacht zugelassenen Einrichtungsfunks. Der Landtag hat sicherlich nur begrenzte Möglichkeiten, die Werbung in den Medien einzudämmen. Angesichts der weiteren Ausweitung der Werbung fordern wir, dass die Förderung der Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen für den kritischen Umgang mit Werbung gestärkt wird. Diese Anstrengungen werden in den nächsten Jahren verstärkt und auf jüngere Altersgruppen ausgedehnt werden müssen.

(Unruhe)

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf wird die Zuständigkeit der **ULR** für die Finanzierung von Projekten zur Stärkung der Medienkompetenz noch einmal unterstrichen. Wir fordern die ULR auf, im Rahmen dieser Aufgaben auch die Medienkompetenz für den Umgang mit Werbung zu fördern.

(Anke Spoorendonk)

Wie gesagt, im Innen- und Rechtsausschuss gibt es zu diesem Gesetzentwurf allerhand zu sagen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Joachim Behm [F.D.P.]

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 23 und 34 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Ladenöffnungszeiten

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/377 (neu)

b) Abschaffung des Gesetzes über den Ladenschluss

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/388

c) Innenstädte und „Tante Emma“ stärken

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/418

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile als erstes der Frau Abgeordneten Strauß das Wort.

Roswitha Strauß [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe zunächst die Frage, wer zuständige Ministerin oder zuständiger Minister für dieses Thema ist.

(Minister Dr. Bernd Rohwer: Weil die Sozialministerin erkrankt ist, werde ich das machen!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, das ist alles geregelt. Ich finde es nett, dass Sie sich darum kümmern. Es ist geregelt, dass von der Regierungsseite selbstverständlich zu den Anträgen geredet wird.

Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Roswitha Strauß [CDU]:

Ich bedanke mich ganz herzlich.

Meine Damen und Herren, das Thema passt zur Uhrzeit. Das Thema **Ladenschluss** hat durch den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine reizvolle Komponente erhalten.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Danke!)

Eine Koalition, zwei extreme Positionen: Einmal völlige Flexibilisierung, einmal totale Regulierung! Das hat etwas!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Da stellt sich natürlich die Frage: Wer setzt sich durch? Herr Kollege Hentschel, ich möchte Ihre Bemühungen, wenigstens nicht auf Zeit zu spielen, durchaus anerkennen, aber auch Sie wissen: Gut gemeint ist das Gegenteil von gut.

Mit dem mutigen Vorstoß der Länder zu einer weiteren Liberalisierung des Ladenschlussgesetzes am 28. August dieses Jahres bestehen eigentlich alle Aussichten, diesen Ladenhüter endlich zu versenken, quer durch sämtliche Parteikonstellationen.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU] - Unruhe)

Die Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg haben sich für eine generelle Freigabe ausgesprochen und die Verlautbarungen aus Rheinland-Pfalz, Hamburg und Schleswig-Holstein lassen eigentlich nur einen Schluss zu: Dieses Relikt aus dem Jahre 1956 wird nun zügig entrümpelt und weitgehend liberalisiert.

(Beifall bei der CDU)

- Ich finde, dass das Beifall verdient hat. Die haben sich wirklich angestrengt.

Meine Damen und Herren, erinnern wir uns: In der Landtagsdebatte vom November 1998 bestand - wenn ich einmal von den Einlassungen des Kollegen Hentschel absehe - Einigkeit darüber, erstens dass das Ladenschlussgesetz weder den **Verbrauchergewohnheiten** noch den **Wettbewerbsinteressen** der Neunziger Jahre entspricht, geschweige denn denen des 21. Jahrhunderts, zweitens dass das **Arbeitnehmerschutzinteresse** nicht länger über das Ladenschlussgesetz, sondern besser über das Arbeitsrecht und tarifliche Vereinbarungen zu regeln ist, drittens dass dieses freiheitswidrige und bürokratische Ungetüm endlich zu den Akten gelegt wird und viertens dass Ihre viel be-

(Roswitha Strauß)

schworenen Tante-Emma-Läden, Herr Kollege Hentschel, jede Freiheit brauchen,

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

aber nicht anmaßende und zügellose Bevormundung. „Tante Emma“ weiß und kann sehr wohl selbst entscheiden, was sie wann und wo zu tun oder zu lassen hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dabei geht es nicht um generell längere Öffnungszeiten, sondern darum, die Zeitfenster zumindest so zu gestalten, dass jeder Wettbewerber das für sich Optimale wählen und entscheiden kann. Und das kann jeder Geschäftsinhaber allemal besser als die Politik. Das haben wir feststellen können.

Bereits im Juni 1998 stellt Ministerin Moser fest: „Nur Verdruss mit dem Ladenschluss.“ In der Novemberdebatte 1998 beglückte uns Ministerin Moser mit einer klaren Position zum Thema Ladenschluss und schlussfolgerte - ich bedaure sehr, dass Frau Moser krank ist:

„Für eine Gesetzesinitiative zur Abschaffung des Ladenschlussgesetzes müssen jetzt die politischen und rechtlichen Umsetzungsmöglichkeiten geprüft werden.“

Das war vor zwei Jahren.

Die „Welt“ titelte am 4. Januar 2000:

„Moser für völlige Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten.“

Die Ministerin erklärte im Gespräch mit der 'Welt': Ich bleibe dabei: Die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ist unumgänglich. Jeder Geschäftsinhaber sollte öffnen können, wann er will. Samstag ist eine gewisse Begrenzung denkbar, doch am Sonntag sollten die Geschäfte bis auf wenige Ausnahmen geschlossen bleiben.“

Meine Damen und Herren, genau das ist es und das entspricht unserem Antrag.

(Beifall bei der CDU)

Was also reitet die Ministerin Moser, nun ganz plötzlich wieder auf Zeit zu spielen? - Nie waren die Chancen größer, zumindest große Teile ihrer Vorstellungen umzusetzen. Was steht der **Liberalisierung des Ladenschlussgesetzes** im Weg? - Antwort: Im Prinzip nichts, wäre da nicht der „Rentendeal“ des Herrn Bundeskanzlers mit den Gewerkschaften. Nach dem Motto: Läden dicht ist gut für die Rente.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das ist es nämlich!)

Und schon hält Frau Ministerin Moser diesem politischen Irrsinn eilfertig das Händchen und verkündet in einem „dpa“-Gespräch am 6. September 2000:

„Die Diskussion ist derzeit hoch emotional, eine vernünftige und rationale Debatte ist einfach nicht möglich. Vor diesem Hintergrund hat Bundeskanzler Gerhard Schröder vielleicht Recht, zunächst einmal abzuwarten.“

Nein, Frau Ministerin Moser, der Herr Bundeskanzler hat nicht Recht und es gilt, jetzt zu handeln und nicht zu kneifen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der F.D.P.)

Den intensiven Diskurs zu diesem Thema führen wir nun schon jahrelang. Die Bevölkerung will die Liberalisierung und hat Anspruch darauf, dass gehandelt wird. Dazu braucht es Rückgrat. Das fehlt der Landesregierung und deshalb sind wir, ist das Parlament aufgerufen, die Initiative zu ergreifen, um endlich eine wirkliche Liberalisierung dieses antiquierten Gesetzes zu erreichen.

Deshalb bitte ich Sie herzlich, stimmen Sie unserem Antrag zu, damit wir die Landesregierung mit den notwendigen Korsettstangen ausrüsten können und das Bundesparlament aufgefordert wird, seine Pflichten aufzunehmen. Das ist nämlich der Gesetzgeber, nicht der Herr Bundeskanzler Schröder.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss!

Roswitha Strauß [CDU]:

Gestatten Sie mir einen letzten Satz - Sie wissen, dass diese Initiative der Länder von den neuen Bundesländern ausgegangen ist. Ich glaube, es steht uns allen gut zu Gesicht, dass wir das nicht abblocken oder auf Zeit spielen und verzögern, sondern dass wir das unterstützen. Die Freiheit haben sie lange genug entbehrt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mit einem Fazit beginnen, das 1998 - zwei Jahre nach der schon einmal vorgenommenen Reform des Ladenschlussgesetzes - gezogen worden ist:

„Wir öffnen meistens um 9 oder 10 Uhr, manchmal schon um 7 Uhr, aber dann wieder einmal erst um 12 oder 13 Uhr. Wir schließen ungefähr um 17:30 Uhr oder 18 Uhr, manchmal schon um 16 oder 17 Uhr, aber dann wieder erst um 23 Uhr oder Mitternacht.“

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Jetzt kommen Sie!

„Manche Tage oder Nachmittage sind wir überhaupt nicht hier. Aber in letzter Zeit sind wir fast immer hier, außer wenn wir woanders sind, aber dann sollten wir auch hier sein.“

(Zuruf von der CDU: Ach Herr Baasch!)

Dieses Fazit hat der frühere Vorstandsvorsitzende der Karstadt AG 1998, zwei Jahre nach der **Liberalisierung des Ladenschlussgesetzes**, gezogen. Es macht deutlich, dass sie zu einer Vielfalt geführt hat, aber auch zu mehr Verwirrung führen kann. Es zeigt auch, dass eine Auseinandersetzung mit dem Ladenschlussgesetz eine hoch emotionale Beschäftigung ist. Vehemente Befürworter des bestehenden Ladenschlussgesetzes treffen auf gnadenlose Deregulierer, die das gesamte Ladenschlussgesetz am liebsten einstampfen würden. Und das ist ein Thema, zu dem jeder in der Diskussion etwas beisteuern kann.

Sich aber seriös mit dem Ladenschlussgesetz zu beschäftigen, heißt auch, eine Reihe **gesamtschaftlicher Aspekte** zu berücksichtigen. Dazu gehört zum Beispiel, Strukturen und Wettbewerbsverhältnisse im Einzelhandel mit zu berücksichtigen. Die Auswirkungen auf den privaten Konsum, die Umsätze und das Preisniveau sind Bestandteil dieser Diskussion. Die Interessen der Verbraucher spielen eine ebenso wichtige Rolle wie die Beschäftigungswirksamkeit. Nicht zuletzt erhofft man sich von erweiterten Ladenöffnungszeiten auch die Entzerrung von Verkehrsspitzen und die Belebung der Innenstädte. Zu hinterfragen bleibt auch nach wie vor, ob mit dem Ladenschlussgesetz der Schutz und die Rechte der Beschäftigten gesichert oder verstärkt werden können.

Eine Feststellung bleibt zumindest: Nach der 1996 durchgeführten Änderung des Ladenschlussgesetzes hat es keinen maßgeblichen Beschäftigungsschub im Einzelhandel gegeben. Das Argument, längere Laden-

öffnungszeiten beziehungsweise veränderte Öffnungszeiten würden zu mehr Beschäftigung verhelfen, ist durch diese Erfahrung eindeutig widerlegt.

Eine veränderte Ladenschlussregelung muss nicht allein die Ausweitung von Verkaufs- beziehungsweise Einkaufszeiten und die weitere Kommerzialisierung des gesellschaftlichen Zusammenlebens zum Ziel haben, sondern sie sollte die Dienstleistungen im Handel den sich verändernden **Lebens- und Arbeitsbedingungen** der Menschen anpassen. Für die Zukunft ein ganz wichtiger Hinweis: Sie muss auch eine **Wettbewerbsfähigkeit** von Geschäften gegenüber neuen Dienstleistungen sichern. Internet und die Möglichkeiten des Einkaufens im virtuellen Raum erfordern, dass der stationäre Handel darauf angemessen reagieren kann.

Das Ladenschlussgesetz sollte unter Wahrung der Interessen der Beschäftigten sowie des Sonn- und Feiertagsschutzes flexibilisiert werden. Es wäre schön, wenn es wieder eine für alle geltende bundeseinheitliche Regelung zum Ladenschluss gäbe, eine Regelung, die eine sozialverträgliche Ausweitung von Ladenöffnungszeiten bei Berücksichtigung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes der Beschäftigten festschreibt. Klar muss aber auch sein: Die **Sonn- und Feiertage** müssen auf Dauer und verbindlich verkaufsfrei bleiben,

(Beifall des Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD])

denn zumindest einen Ruhetag pro Woche braucht jeder Mensch.

Wir schlagen vor, die vorliegenden Anträge federführend im Sozialausschuss und im Wirtschaftsausschuss weiter zu beraten. Ich glaube, da können wir uns dann inhaltlich intensiv damit weiter auseinandersetzen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich bitte darum, auch für den restlichen Teil des heutigen Tages ruhig zu sein, sodass wir die Redner verstehen können und diese nicht schreien müssen.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [F.D.P.]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Nur Verdruss mit dem Ladenschluss“ - das sind die legendären Worte der Sozialministerin und jetzt haben wir in diesem Sommer auch noch eine beinahe albernde Debatte zu diesem Thema erlebt.

(Dr. Heiner Garg)

Da treffen sich die Wirtschaftsstaatssekretäre der Länder und vereinbaren mehrheitlich eine vermeintliche **Liberalisierung** des längst völlig überflüssig gewordenen **Ladenschlussgesetzes** aus dem Jahr 1956. Originell ist im Übrigen, dass die Initiative unter anderem aus Nordrhein-Westfalen kam. Das ist deshalb originell, weil der Herr Bundeskanzler nur wenig später ausgerechnet den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten gewinnen wollte, um die Länder von einer gemeinsamen Initiative in diesem Land wieder abzubringen.

Aber letztlich kommt es darauf gar nicht an, denn im Gegensatz zu dem Kompromiss der Wirtschaftsstaatssekretäre und auch im Gegensatz zu dem Touch, den der Antrag der CDU hat, bin ich nämlich der Meinung, dass wir keine Liberalisierung des Ladenschlussgesetzes brauchen. Ein ganz und gar überflüssiges Gesetz muss nicht liberalisiert werden, es gehört schlicht und ergreifend abgeschafft.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Und insofern ist die Haltung der schleswig-holsteinischen Sozialministerin auch nur konsequent. Wer immer hier behauptet, Frau Moser stünde mit ihrer Forderung allein, der irrt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir stehen an ihrer Seite!)

- Jawohl, Kollege Kubicki! Ich darf Ihnen versichern, die F.D.P. steht in dieser Frage fest an Frau Mosers Seite -

(Beifall und Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

- ob sie das will oder nicht.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Einen Moment, Herr Dr. Garg. Ich habe das eben wirklich ernst gemeint. Seien Sie bitte Ihrem Kollegen gegenüber so fair, lassen Sie ihm das Wort.

Herr Dr. Garg, Sie haben das Wort.

Dr. Heiner Garg [F.D.P.]:

Kubicki quatscht immer dazwischen, das ist so!

(Beifall und Heiterkeit im ganzen Haus)

Aber meistens hat er auch Recht!

(Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, geradezu peinlich fand ich die Presseerklärung der DAG vom

13. September 2000. Sie war vor allem deshalb peinlich, weil mit an Penetranz grenzender Ignoranz nach wie vor behauptet wird, das Ladenschlussgesetz sei ein Arbeitnehmerschutzgesetz. Für wie dumm sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Einzelhandel eigentlich gehalten werden? Außer bis zu den Verfassern des erwähnten Presstextes hat es sich mittlerweile nämlich herumgesprochen, dass das Ladenschlussgesetz seine **Arbeitnehmerschutzfunktion** längst verloren hat. Daher ist die Forderung der Ministerin Moser im Zusammenhang mit der Abschaffung des Ladenschlussgesetzes arbeitnehmerschutz- und arbeitszeitrechtliche Bestimmungen in das Arbeitszeitgesetz zu übertragen, keineswegs skandalös - wie die DAG behauptet -, sondern nur konsequent.

(Beifall bei F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weniger konsequent finde ich dann allerdings, dass die Sozialministerin am Ende ihres 8-Punkte-Papiers so tut, als ob wir am Anfang eines jahrelangen Beratungsprozesses stünden. Seit Jahren wird in Deutschland eine Debatte um das Ladenschlussgesetz geführt, die im benachbarten **Ausland** nur noch mit einem amüsierten Kopfschütteln quittiert wird. Entscheidend ist, dass es bis heute in unserem Land offensichtlich nicht möglich ist, eine ohnehin gänzlich überflüssig gewordene Regelung ohne langes Hin und Her abzuschaffen.

Verdross sollte daher vor allem das ständige Signalisieren deutscher Reformunfähigkeit bereiten. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wissen Sie eigentlich, wie lange Heide Moser bereits an geschlossenen Ladentüren rüttelt? Es war dann ihre heimliche Vorliebe für liberale Politik, die sie immerhin so weit gebracht hat, unmissverständlich zu sagen, was sie vom Ladenschlussgesetz hält, nämlich gar nichts.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Lieber Herr Kollege Baasch, jetzt darf sich Frau Moser nicht länger ins Bockshorn jagen lassen. Jetzt muss sie endlich Nägel mit Köpfen machen, und zwar mit Ihrer Unterstützung. Sie soll ihren Kritikern zeigen, dass diese sich irren, dass die schleswig-holsteinische Sozialministerin eben nicht kneift, wenn es draufkommt.

Nun noch ein letztes Wort zu Ihnen, Herr Hentschel! Grünkernbratlinge oder rote Rüben können Sie mittlerweile rund um die Uhr in **Internetsupermärkten** ordern. Es gibt sie längst, die von Ihnen gefürchteten Rund-um-die-Uhr-Supermärkte - nur nicht so, wie Sie sie sich vielleicht vorstellen. An **Tankstellen** können Sie um Mitternacht Ihren gesamten Wochenendbedarf

(Dr. Heiner Garg)

decken und Ihre Weihnachtsgeschenke können Sie 24 Stunden lang rund um die Uhr über Home-Shopping-Center wie HÖT oder QVC bestellen. Wenn Sie also tatsächlich etwas für den Einzelhandel tun wollen, dann haben Sie jetzt die Gelegenheit dazu, jedoch nicht mit Ihrem grünen Wust neuer bürokratischer Vorschriften, sondern indem Sie die Handlungsfreiheit des einzelnen Ladenbesitzers erweitern.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Herr Hentschel, hören Sie auf, so zu tun, als ob mit der Abschaffung des Ladenschlussgesetzes die 24-Stunden-Öffnung vorgeschrieben werden soll. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Es soll eben gerade nicht mehr vorgeschrieben werden, wer wann was verkaufen darf. Diese Freiheit soll vollkommen zu Recht durch arbeitsschutz- und arbeitszeitrechtliche Regelungen sowie durch den Sonn- und Feiertagsschutz begrenzt werden. Mehr **Regulierungsbedarf** besteht aber nicht. Diese neue Freiheit kommt den kleinen Einzelhändlern weitaus mehr entgegen als den immer wieder ins Feld geführten Einkaufszentren auf der grünen Wiese, weil die so genannten Kleinen die neuen Möglichkeiten viel flexibler umsetzen und damit auf die speziellen Wünsche der Kunden genauer eingehen können.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es schade, dass dies wieder eine Schlagwortdebatte über die Frage ist: Bin ich liberal oder bin ich es nicht, und dass Sie sich nicht die Mühe machen, auf differenzierte Positionen einzugehen.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Mittlerweile gibt es eine Diskussion, die weit über das, was Sie hier vorgetragen haben, hinausgeht. Vielleicht wissen Sie, wie man ins Internet kommt. Dann hätten Sie sich darüber informieren können, was der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund oder die Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels vertritt. Dann werden Sie feststellen, dass all diese Organisationen mittlerweile die grüne Position zum Cityprivileg unterstützen. Das hat gute Gründe. Ich zitiere den Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Herrn Articus:

„Wir legen großen Wert darauf, dass zwischen städtischen Zentren und der grünen Wiese differenziert wird. Städte sind attraktiv, wenn sie eine Mischung aus Wohnen und Arbeiten, Handel, Kultur, Freizeit und Gastronomie bieten. Je mehr Handel auf die grüne Wiese zieht, desto mehr veröden die Innenstädte. Deshalb muss es für die großen Einkaufszentren am Rande der Stadt beim geltenden Ladenschluss bleiben.“

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe im Einzelhandel hat zu diesem Zweck bei dem Staatsrechtler Professor Isensee ein Gutachten in Auftrag gegeben, in dem die räumliche Differenzierung von Ladenöffnungszeiten verfassungsrechtlich untersucht worden ist.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr guter Staatsrechtler!)

Dieser Professor Isensee aus Göttingen hat in seinem Gutachten Folgendes gesagt:

„Citygeschäfte weisen Besonderheiten auf, die sie von Geschäften sonstiger Lagen - insbesondere solchen der grünen Wiese - erheblich unterscheiden. Das gilt vor allem für ihre Verflechtung mit der urbanen Umwelt.“

In der Folge kommt er zu dem Ergebnis, dass die **Erhaltung der Urbanität** - also die Erhaltung der Citylagen als urbanen Lebensraum, in dem die Menschen verschiedene Funktionen miteinander verbinden - eine verfassungsrechtliche Qualität hat, die so hoch ist, dass es gerechtfertigt ist, zu unterschiedlichen Regelungen zwischen den Städten und der grünen Wiese zu kommen. Ich halte das für eine bemerkenswerte Aussage.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe von der CDU)

Der Städtetag-Hauptgeschäftsführer Articus forderte die Bundesregierung deshalb auf, die Städte durch eine gesetzliche Regelung zu ermächtigen, per Satzung die Gebiete festzulegen, in denen Kommunen an Werktagen einen späteren Ladenschluss zulassen können. Notwendig sei ein Privileg für den Handel in den Zentren auch wegen der Entwicklung der Bahnhöfe zu Geschäfts- und Servicecentern. Die unterschiedlichen Ladenöffnungszeiten für Bahnhöfe und die übrige Innenstadt seien nicht mehr tragbar. Soweit zum Cityprivileg.

(Karl-Martin Hentschel)

Da die Zeit knapp ist, möchte ich noch ein paar Anmerkungen zum Tourismus und zu den Tante-Emma-Läden machen.

Wir haben in Schleswig-Holstein völlig unterschiedliche Situationen. Schleswig-Holstein ist in zwei Zonen gespalten. Ein Drittel Schleswig-Holsteins unterliegt dem Tourismusprivileg. In diesem Teil gibt es flächendeckend überall im Lande kleine **Tante-Emma-Läden**, die sich gehalten haben, weil sie das Tourismusprivileg haben. In den restlichen zwei Dritteln von Schleswig-Holstein sind die Dörfer tot und es gibt keine kleinen Läden mehr. Es gibt keine kleinen Läden in den Stadtteilen, es gibt nur noch Supermärkte und einige wenige Läden in den Zentren und auf der grünen Wiese.

Es zeigt sich ganz deutlich, dass eine Privilegierung von kleinen Läden durchaus erhebliche strukturpolitische Effekte hat. Ich bin absolut sicher: Wenn wir zu einem Tante-Emma-Laden-Privileg kommen, dann wird der Gastwirt in vielen kleinen Dörfern wieder nebenbei einen Laden aufmachen, in dem er außerhalb der Ladenöffnungszeiten verkaufen kann. Ich bin ziemlich sicher, dass die Dorfzentren dann mit kleinen Einkaufsläden verbunden werden und dass wir eine Wiederbelebung der Dörfer bekommen. Ähnliches wäre auch durch kleine Läden in den Stadtteilen der Städte der Fall. Ich glaube, das funktioniert, weil es sich in Schleswig-Holstein praktisch bewiesen hat.

Ich finde, auch im Bereich des **Tourismus** ist eine Neuregelung möglich. Obwohl ich ein strikter Verfechter des freien Sonntags bin - der übrigens auch verfassungsrechtlich so bestätigt worden ist -, halte ich im Tourismusbereich die Ausnahmeregelung für Sonntag für richtig, weil die Gäste - gerade außerhalb der Saison - am Sonntag ankommen und nicht an Werktagen. Das bedeutet, dass wir zu flexiblen Regelungen kommen. Die bisherigen Regelungen sind für mich absurd, denn ein Bäcker muss morgens zwei Stunden öffnen, darf aber nur Brötchen verkaufen und nichts anderes. Dann schließt er für eine Stunde, um danach wieder öffnen zu dürfen, um auch andere Waren zu verkaufen. Kein Kunde blickt durch, was das eigentlich soll.

Ich denke, wir haben durchaus einen Reformierungsbedarf. Die Abschaffung des Ladenschlusses löst keines der Probleme, die wir haben. Eine differenzierte Lösung, die auf die Probleme eingeht und mittlerweile von sehr vielen Organisationen gefordert wird, macht strukturpolitisch Sinn und ist wünschenswert.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Herr Kubicki, ich bitte auch die anderen Fraktionen des Landtags, nicht herumzubrüllen, sondern sich inhaltlich damit zu beschäftigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Sozialausschuss wurde uns gerade der Kompromiss, den die Wirtschaftsstaatssekretäre auf Bundesratsebene beschlossen haben, vorgestellt. Ich kann mich daran erinnern, dass ziemlich viele genickt haben. Dieser Kompromiss sieht vor, dass die **Öffnungszeiten** montags bis freitags von 6:00 Uhr bis 22:00 Uhr und samstags von 6:00 Uhr bis 20:00 Uhr möglich sein sollen. Schleswig-Holstein hatte sich zwar beim Beschluss enthalten, aber dies geschah eher aufgrund seinerzeit ausgebliebener Meinungsbildung innerhalb der Landesregierung als aufgrund von inhaltlichen Stellungnahmen.

Aus Sicht des SSW stellt dieser Kompromissvorschlag der Wirtschaftsstaatssekretäre eine Erweiterung der Öffnungszeiten dar, die noch verträglich ist. In anderen Wirtschaftszweigen sind die Arbeitszeiten schon wesentlich ausgeweiteter. Unter Berücksichtigung des Gleichbehandlungsgrundsatzes in Bezug auf andere Arbeitnehmer ist eine maßvolle Erweiterung der Öffnungszeiten in Ordnung.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Lars Harms [SSW]:

Nein, ich denke an den Feierabend.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Allerdings muss genau überprüft werden, welche Auswirkungen die **Liberalisierung** auf kleinere Geschäfte hat, die nicht mit einem großen **Personalpool** agieren und so die Öffnungszeiten automatisch ausweiten können. Diese kleinen Geschäfte dürfen nicht verdrängt werden. Das wäre eine Entwicklung in die falsche Richtung.

Schon bei vorigen Debatten über die Ladenöffnungszeiten und über den langen Donnerstag hat der SSW deutlich gemacht, dass mit der Liberalisierung der

(Lars Harms)

Öffnungszeiten auch Untersuchungen über die Auswirkungen auf kleinere Geschäfte durchgeführt werden müssen. Unseres Wissens gibt es bisher keine allgemein gültigen Ergebnisse. Wenn man die Zitate aus den verschiedenen Gutachten der verschiedenen Parteien heute gehört hat, so scheint sich dies auch zu bestätigen. Solange solche Ergebnisse nicht diskutiert werden können, kann der SSW einer weitergehenden Liberalisierung der Öffnungszeiten als im Bundesratskompromiss vorgeschlagen nicht zustimmen.

Den Änderungsvorschlag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der darauf abzielt, dass nur die Geschäfte in den Innenstädten und die so genannten Tante-Emma-Läden in Stadt und Land länger aufhaben dürfen, sehen wir sehr skeptisch. Zum einen ist es schwer, eine Grenze zu ziehen, ab wann es sich um zu privilegierte Geschäfte handelt. Das zeigen nicht zuletzt auch Erfahrungen in Dänemark. Dort hat man genau das gleiche Problem gehabt und kam zu dem Schluss, alles wieder einzusammeln. Zum anderen erscheint dieser Vorschlag aber auch rechtlich bedenklich; denn auch bei der Liberalisierung von Ladenöffnungszeiten gilt es, den Gleichheitsgrundsatz für alle Wettbewerber einzuhalten.

Der SSW hält an der bisherigen **Sonn- und Feiertagsregelung** fest, denn dies ist im Einklang mit unseren christlichen Werten und mit unserer Tradition.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Man darf nicht alles dem Diktat der ökonomischen Zwänge unterwerfen. Wichtig ist gleichwohl, dass an der **Bäderregelung** festgehalten wird, da diese für touristische Zentren notwendig ist. Hierbei handelt es sich nur um eine Ausnahme auf Zeit, die auf die Sommermonate beschränkt bleiben soll. Letztendlich wichtig ist es aber, dass die Gewerkschaften darauf achten, wie in den Betrieben die neuen Öffnungszeiten umgesetzt werden. Keine Überstunden, sondern mehr Jobs - das muss die Zielrichtung sein. Dazu bedarf es kreativer Gewerkschaftsarbeit und die Gewerkschaften müssen sich in den Prozess rechtzeitig - und zwar jetzt - einbringen; denn ich glaube nicht, dass man diesen aufhalten kann.

Da die SPD noch nicht zu einer Entscheidung gelangt ist, stimmen wir einer Ausschussüberweisung zu. - Vielen Dank. Schönen Feierabend!

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Für einen Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Garg das Wort.

(Lars Harms [SSW]: Feierabendkiller!)

Dr. Heiner Garg [F.D.P.]:

Nur damit es nicht so im Protokoll stehen bleibt:

Auf meine Frage im Sozialausschuss, warum sich Schleswig-Holstein als eines von zwei Ländern bei dem Kompromiss der Wirtschaftsstaatssekretäre enthalten habe, hat Sozialstaatssekretär Alt geantwortet, Schleswig-Holstein habe sich enthalten, weil Schleswig-Holstein keinen Kompromiss wolle, sondern weil Schleswig-Holstein für die Abschaffung des Ladenschlussgesetzes eintrete, und dies schon seit mehreren Jahren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Minister Dr. Rohwer das Wort.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin Moser ist erkrankt. Ich vertrete sie gern, zumal das Thema auch ein Anliegen des Wirtschaftsministers ist.

Frau Moser und ich sind gemeinsam der Auffassung: Das Ladenschlussgesetz muss liberalisiert werden.

(Beifall bei der CDU)

Bekanntlich gibt es dabei zwei kleine Probleme.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die SPD-Fraktion und die Grünen-Fraktion! - Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Das eine Problem ist, dass sich, wie bekannt, auf Bundesebene insbesondere die B-Länder nicht einig sind. Ich denke an Baden-Württemberg, an Bayern, an Thüringen, selbst an Rheinland-Pfalz, Herr Kubicki!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Alles Katholen!)

Unter all diesen Ländern gibt es keine Einigkeit über diese Frage.

Das zweite kleine Problem besteht darin, dass es nicht ausreicht, von einer Abschaffung des Ladenschlussgesetzes oder etwa der Öffnung bis 22:00 Uhr zu reden, sondern dass einige weitere Aspekte zu berücksichtigen sind.

Wir brauchen eine Lösung - davon ist die Regierung wirklich fest überzeugt -, die möglichst breit akzeptiert wird und mehrere Dinge gewährleisten muss: Sie muss natürlich für die **Händler** Flexibilität eröffnen, sie

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

muss Zeit und Souveränität für die **Verbraucher** gewährleisten, sie muss auch vertretbare tarifliche Regelungen für die Beschäftigten ermöglichen, sie muss weiteren Konzentrationstendenzen möglichst entgegenwirken, sie muss vermeiden, dass die Tendenz zur Auslagerung auf die grüne Wiese verstärkt wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie muss - darüber sind wir uns, glaube ich, auch einig; das wurde mir auch bestätigt - den **Schutz der Sonn- und Feiertage** sichern und sie muss - das ist kein Selbstgänger, meine Damen und Herren - die **Bäderregelung** auf Bundesebene durchsetzen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wer die Gespräche auf Bundesebene und auch in der Wirtschaftsministerkonferenz verfolgt hat, der weiß, dass es sehr unterschiedliche Interessenlagen gibt, was die Bäderregelung angeht. Das ist natürlich ein Anliegen der norddeutschen Länder, Mecklenburg-Vorpommerns und Schleswig-Holsteins. Die anderen Länder ziehen nicht ohne Weiteres mit.

(Lothar Hay [SPD]: Die Bayern haben doch auch Bäder, zumindest Wannebäder!)

Wir brauchen also sozusagen ein Paket, mit dem wir dann diese Bäderregelung auch sicherstellen können.

Ich habe den Eindruck, dass wir hier in Schleswig-Holstein gar nicht so weit auseinander sind.

Frau Moser und ich wollen eine größere **Flexibilisierung**, möglichst durch Aufhebung des Ladenschlussgesetzes. Wir haben - insofern sind wir der F.D.P. sehr nahe - den Vorbeschluss der Staatssekretäre der Wirtschaftsministerkonferenz ja nur deswegen gefasst, weil er dann, wenn die völlige Aufhebung nicht durchsetzbar wäre, eine vielleicht diskutabile Auffanglösung darstellte.

Wir wollen also möglichst eine Aufhebung des Ladenschlussgesetzes. Allerdings - da wird es jetzt wichtig - wollen wir im Gegenzug die Öffnungszeiten außerhalb der Werktage in einem neuen zustimmungspflichtigen Bundesgesetz verankern. Damit soll der Sonn- und Feiertagsschutz sichergestellt werden, damit soll hierfür die Wettbewerbsordnung gesichert werden und wir wollen damit den Verbraucher- und den Versorgungsbedürfnissen Rechnung tragen. Begleitend dazu müssen wir überlegen, wie tarifliche Regelungen aussehen könnten. Außerdem müssen wir - das ist die Konsequenz auch Ihrer Überlegung, Herr Kubicki - die arbeitsschutz- und arbeitszeitrechtlichen Bestimmungen, die wir ja nicht beiseite lassen wollen, - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hat aber mit dem Ladenschluss nichts zu tun!)

- Nein, sie sind aber jetzt im Ladenschlussgesetz enthalten und wir müssen sie in ein neues Gesetz überführen. Das ist auch kein Selbstgänger.

Wir werden diese Position in die weiteren Gespräche zwischen Ländern und Bund offensiv einbringen. Es gibt kein Denkverbot. Es gibt kein Handlungsverbot. Wir werden dieses Thema weiter auf Bundesebene betreiben. Ich freue mich, dass wir diese Anträge im Sozialausschuss und im Wirtschaftsausschuss diskutieren werden. Ich könnte mir auch vorstellen, dass wir auf der Basis der hier vorgelegten Papiere zu einer gemeinsamen Lösung kommen, vielleicht sogar nach dem Motto: first best und second best, dass wir also sagen: Am liebsten das, und wenn wir das nicht bekommen, das andere. - Das wäre ein Vorschlag für die Diskussion.

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Bevor wir zur Abstimmung kommen, gebe ich zu einer persönlichen Bemerkung nach § 55 - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nach der Abstimmung!)

- Nach der Beratung! Ob vor oder nach der Abstimmung, spielt keine Rolle. Ich dachte nur daran, dass alle Kolleginnen und Kollegen nach der Abstimmung ganz schnell das Weite suchen werden.

Zu einer persönlichen Bemerkung nach § 55 Abs. 1 der Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss einen gegen mich gerichteten Angriff des Abgeordneten Neugebauer zurückweisen. In der heutigen Haushaltsdebatte hat er erklärt, Bayern habe eine Investitionsquote von 9 %. Auf meinen Zwischenruf: „16 %!“ hat er mir zugerufen: „Sie haben keine Ahnung!“

Ich muss feststellen, dass diese Aussage des Kollegen Neugebauer unzutreffend ist. Mich wundert, dass die CDU dies nicht zurückgewiesen hat. Eine Durchsicht des Haushaltes des Freistaates Bayern hat ergeben, dass der Kollege Neugebauer absolute Zahlen mit relativen Zahlen verwechselt hat. Bayern hat ein Investitionsvolumen von 9,6 Milliarden DM und eine Inve-

(Wolfgang Kubicki)

stitionsquote von 16,4 %. Ich stelle fest: Kollege Neugebauer, ich habe Ahnung.

(Beifall bei F.D.P., SPD, CDU und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Eine Aussprache über die persönliche Bemerkung ist nicht vorgesehen.

Wir treten jetzt in die Abstimmung über die Tagesordnungspunkte 23 und 34 ein. Es ist beantragt worden,

die Anträge zur federführenden Beratung dem Sozialausschuss und zur Mitberatung dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Schluss: 18.10 Uhr